



herausgegeben von

Dieter J. Hecht

und dem

Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte
der Universität Salzburg

07/2009

LIT

Inhalt

HELENE BELNDORFER	Josef Burg (1912-2009): Erinnerung an einen Freund	1
Editorial		7
Einleitung:	Anfänge der Jüdischnationalen Bewegung in Österreich – eine Annäherung	9
ELEONORE LAPPIN-EPPEL	Nathan Birnbaum und der österreichische Zionismus 1882–1918	19
MATTHIAS FALTER / SASKIA STACHOWITSCH	„Denn für uns Juden erhebt sich keine Stimme“. Parlamentarische Praxis des Jüdischen Klubs im Abgeordnetenhaus 1907 bis 1911	43
DIETER J. HECHT	Jüdischnational-Zionistische Parteizeitungen	67
THOMAS SOXBERGER	Die Jüdisch-Nationalen und das Jiddische in Wien in den Jahren 1918–1919.	83
DIETER J. HECHT	Die Jüdischnationale Partei 1918–1938 . .	109
DIETER J. HECHT	„Wählen Sie die Frau . . .“ Frauen in der Jüdischnationalen Partei	137
ALBERT LICHTBLAU	Im Spannungsfeld: Die Ausblendung autonomer jüdischer Politik vor dem Nationalsozialismus in österreichisch-jüdischen Autobiografien . .	153

BIOGRAFISCHE SKIZZEN JÜDISCHNATIONALER POLITIKERINNEN:	
DIETER J. HECHT	Robert und Paula Stricker 169
EVELYN ADUNKA	Isidor und Antonia Schalit 179
DIETER J. HECHT	Anitta und Sam Cohen 189
EVELYN ADUNKA	Leopold und Lotte Plaschkes 199
EVELYN ADUNKA	Jakob und Irma Ehrlich 205
DIETER J. HECHT	Bruno und Charlotte Pollack-Parnau 209
Abbildungen 213
Literaturliste 235
Zeitungsvorzeichnis 247
Archive 248
Abkürzungen 249
Rezensionen 250
Abstracts 268
AutorInnenverzeichnis 277

HELENE BELNDORFER

Josef Burg (1912-2009): Erinnerung an einen Freund

Am 10. August 2009 beendete unser Freund Josef Burg seine lange Gratwanderung zwischen Leben und Tod. Oft war er dem Tod nahe gewesen, hatte ihn herbeigewünscht („das einzige, was ich will, ist sterben, ich kann nicht; ich weiß nicht, warum mich der Allmächtige plagt; ich liege 24 Stunden, ein lebendiges Grab“). Aber im nächsten Moment sprach er vom neuen Buch, das sein engagierter Verleger Hans Boldt herausbringen wollte, von der Erzählung, die Armin Eidherr übersetzen sollte, vom 100er. Jeden Tag erwarte ich den Schluss, sagte er Ende Juli am Telefon, aber ich habe noch so viel vor. Spät erfüllten sich langjährige Wünsche. Im Mai 2009 nahm er den Theodor-Kramer-Preis, der ihm gemeinsam mit Ilana Shmueli verliehen wurde, entgegen und hielt den überraschten Besuchern eine lange Rede („bei der Übergabe des Nobelpreises spricht ja auch der Preisträger“) im blauen Anzug am Schreibtisch sitzend. Im Juli 2007 hatte er der Direktorin des Kulturforums der Österreichischen Botschaft, die ihm das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse überreicht hatte, zur Freude der anwesenden Journalisten, die Hand geküsst. Nach diesen großen Auftritten in seinem kleinen Universum in der ehemaligen Landhausgasse, das er seit Jahren nicht mehr verlassen konnte, konnte er kaum sprechen. Aber auf physische Schwäche folgte „Wiederauflistung“. Wenn es kommt zum Leben, fehlen die Jahre, sagte er oft.

Begonnen hatte das lange Leben des Josef Burg in der Bukowina am Rande der Karpaten, am 30. Mai 1912 in Wischnitz. Die Berge, der Czeremosz, sind bei mir an der Wiege gestanden, sagte er. Die Wiegenlieder der Mutter, die Legenden des Vaters, eines Flößers auf dem Czeremosz, und die Fabeln Elieser Steinbargs in der Sommerkolonie für jüdische Kinder prägten sein Schreiben. „Lyrisch und zart“ seien seine Beschreibungen der Natur, sagte er. „In der Dämmerung verschwamm ein gewundener gepflasterter Weg mit dem Bergesrand. Ich suchte an dem Weg ein großes Haus mit einer breiten, hölzernen Galerie, wo einst Blumenbeete in Dutzenden von Farben geleuchtet hatten.“

Ich suchte nach dem Beginn meiner ersten Träume und wußte nicht, dass das Haus vor Alter schon längst eingestürzt war. [...] Auf der anderen Seite des Zaunes starben still und langsam Apfelbäume mit alten, entrindeten Zweigen dahin. Ich blickte in den verlassenen Garten. Und mir schien, als ginge zwischen den Bäumen eine kleine menschliche Gestalt spazieren. Ein Mensch mit der starken Brille eines Kurzsichtigen sprach langsam zu sich selbst. *Schwer und traurig ist das Erdenlos zu tragen, Euch zum Troste, Kinder, will ich eine Fabel sagen*“, schrieb er in der Geschichte *Ferne Welten* im Buch *Über jiddische Dichter*.

1924 kommt er nach Czernowitz, zu dieser Zeit rumänisch „Cernauți“. Gegen den Willen der Eltern, die ihn gern als Handwerker gesehen hätten, besucht er das Lehrerseminar des *Jüdischen Schulvereins* in Czernowitz. „Eine alte österreichische Provinzstadt, wo jüdische Assimilation Seite an Seite mit jüdischer Verwurzeltheit geblüht hat. Die ersten – echte ‚Deutsche mosaischer Konfession‘ – haben sich der Aufrechterhaltung und Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur in der vielsprachigen Bukowina wahrlich mit Leib und Leben hingegeben. Die anderen – eine kleine Minderheit aus der jüdischen Armut – zog es zur Jiddisch-Tradition, sie suchten Halt im jüdischen Volksleben und in der jüdischen Geisteswelt“, schreibt er später in dem Buch „Mein Czernowitz“. Das Multikulturelle der Stadt prägt ihn wesentlich. „Czernowitz ist eine multinationale Stadt, sie war multinational bei Österreich, auch bei Rumänien, aber der Unterschied ist der österreichische Geist vom Miteinander, vom Zusammenleben. Er lebt noch heute, keine Feindseligkeiten zwischen den Menschen, es ist unmöglich in Czernowitz eine antisemitische Zeitung herauszubringen, im Gegensatz zu benachbarten Regionen. Beim Fest zum 85. Geburtstag für den Czernowitz Paul Celan hatte er sich wieder gezeigt“, war sich Josef Burg bei einem Gespräch sicher. „Kaiser Josef II. ist der Ahnherr des Geistes und Namensgeber vieler jüdischer Bürger. Er hatte den Juden das Bürgerrecht gegeben, sie zu selbständigen Bürgern und Menschen gemacht, die Juden haben aufgelebt, sie haben es sehr gut gehabt. Ich bin der einzige, der gekommen und geblieben ist und seinen Weg in Czernowitz beendet.“

Er spricht die vielen Sprachen seiner Stadt, aber das Jiddische ist seine Passion, die Sprache seiner Erzählungen. Warum schreibst du auf Jiddisch, hatte der Vater gefragt, schreib doch deutsch. Aber der Sohn wollte, dass ihn der

Schuster an der Straße lesen könne. So erzählte er es dem bekannten österreichischen Germanisten Wendelin Schmidt-Dengler, der Burgs Vorlass für das Österreichische Literaturarchiv an der Nationalbibliothek aufgekauft hatte und zeitlebens für das gesprochene Deutsch Josef Burgs schwärmte. „Er verkörpert für mich eine Stimme, die wir nicht mehr hören, ein anderes Deutsch, nicht dieses vom Fernsehen korrumptete. Die Vokale kommen fein und elegant, ziseliert, ein Deutsch, das sich als Konserven erhalten hat, ein Erlebnis, wie unsere Väter und Großväter gesprochen haben, andere Dimension des Sprechens.“ Bei Veranstaltungen meinte Josef Burg kokett: „Ich weiß nicht, wie ich Deutsch spreche, Jiddisch spreche ich sehr gut“, um dann die Komplimente entgegenzunehmen. „Sprache und Ziel bei Heinrich Heine“ war das Thema seiner Dissertation an der Universität Wien. Während des Krieges arbeitet er als Deutschlehrer in Rosendamm in der Wolgadeutschen Republik, bis die dort ansässigen Deutschen nach Sibirien deportiert werden, bringt in Tscheljabinsk Panzeringenieuren die Sprache des Feindes bei, unterrichtet nach dem Krieg fremdsprachige Literatur an der pädagogischen Hochschule in Ivanovo. Hier lernt er seine Frau Nina kennen („schönes russisches Mädchen mit langen Zöpfen, eine Russin, das war meine Stütze, dank ihr habe ich erreicht mein Alter“). Nach Stalinschen Schikanen geht er in die tolerantere Vielvölkerregion Kaukasus. In Pjatigorsk wird Tochter Marjana geboren.

Vier verschiedene Staatsbürgerschaften erlebt Josef Burg und zahlreiche enttäuschte Hoffnungen. „Ich bin von der Geburt aus Österreicher, 6 bis 7 Jahre bis 1919, dann bin ich Rumäne geworden für 20 Jahre, bin in die rumänische Schule gegangen, dann bin ich ein Sowjetbürger geworden, für ein halbes Jahrhundert abgeschlossen für andere, jetzt nach der Wendung bin ich Bürger der Ukraine.“ Als Österreicher freut es uns, wenn er betont, als Österreicher geboren zu sein. Das Wohlwollen dem Habsburgerreich gegenüber, das Erzählungen des Vaters über die Zeit bei der k.u.k. Armee und einen Kaiserbesuch am Lazarett-Krankenbett begründeten und ihn zum Studium nach Wien führten, wurde 1938 brüsk unterbrochen. „Ich habe das Gute und Schöne in Österreich erlebt, aber auch den Anschluss. Ich kann mir bis heute nicht vorstellen, dass die Österreicher mit den Nazis zusammenarbeiten, sie päpstlicher als der Papst sein würden“, sagte er im Gespräch. Aber nach dem Fall des Eisernen Vorhangs lädt ihn Vizekanzler Erhard Busek 1989 als erster nach

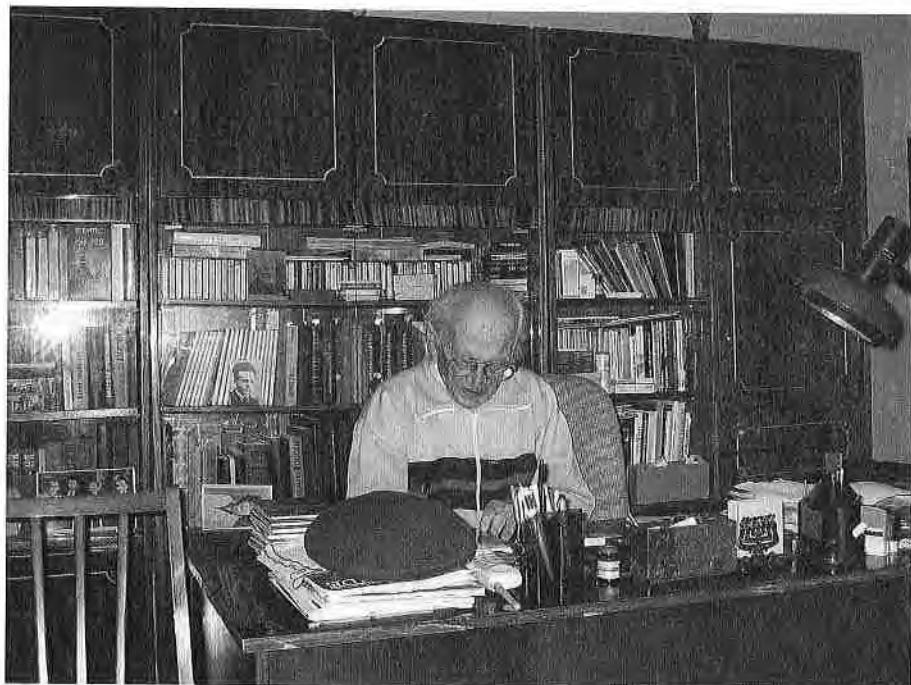
Österreich ein, seinen Auftritt in der Hofburg hat er nie vergessen. 2007 besucht Otto Habsburg, ebenfalls ein 1912er Jahrgang, den noch während der Monarchie Geborenen in seiner Wohnung in Czernowitz.

Seinen Glauben an die Sowjetunion, den er 1945 noch hatte und der ihn von seiner Auswanderung abhielt („Damals glaubte ich noch an die Sowjetunion. In Moskau erschien damals noch die *Einigkeit*, eine jiddische Zeitung, in der ich veröffentlichte [...], die Jugend in den 30er Jahren war sehr linksgerichtet, nicht nur Juden, ich war auch schon vorher prokommunistisch gestimmt, das lag in unserer Familie [...]“), verliert er bald. Der 12. August 1952, der schwarze Tag in der Geschichte der jüdischen Literatur in der Sowjetunion, als in den Kellern des KGB die größten Schriftsteller erschossen wurden, war stets präsent. Das neue Glück, die Auferstehung für die Juden kam nicht, die blühenden roten Sterne wurden zu blutigen Sternen.

In diesem Fall ist es keine Phrase, wenn man sagt, mit dem Tod von Josef Burg geht eine Ära zu Ende, erkannte der häufige Czernowitz- und Burg-Besucher Helmut Kusdat. Der letzte jiddische Schriftsteller der Stadt, dem nur mehr Freund Kleinmann jiddisch vorlesen konnte („es ist geblieben ein Schreiber und ein Leser, ich schreibe und er liest [...]“) war eine Klammer zwischen Osten und Westen, zwischen dem Czernowitz oben und unten, zwischen den Sprachen und Kulturen. Er war in Kontakt mit der Tel Aviv *Stimme*, der Wiener *Zwischenwelt*, dem New Yorker *Forverts*. Das Telefon war seine Lebensschnur zur Welt. Besucher, die den Mythos Czernowitz suchten, fanden Josef Burg. Felix Mitterer war den Wurzeln seines Vaters auf der Spur und fand Josef Burg. Bernhard Stillfried, der Chef der Österreich-Kooperation unterstützte ihn seit Jahren. Armin Eidherr, dessen Jiddisch er schätzte, übersetzte ihn und suchte ihn regelmäßig auf. Die Theodor Kramer Gesellschaft war häufiger Partner bei Veranstaltungen, die ihn im Bewußtsein der Leser und damit am Leben hielten, und Benefizaktionen, die für seine rund-um-die-Uhr-Pflege notwendig waren, bis die Stadt Wien auf Initiative seines Vorlassbetreuers Werner Rotter eine Pension zahlte. Ich hörte ihn erstmals bei einer Lesung 1999 in München und blieb ihm fasziniert verbunden, schätzte seinen Humor und Pragmatismus.

Das Grab des Ehrenbürgers der Stadt Czernowitz und seiner Frau, die ihm im November 2007 voranging, liegt am neuen städtischen Friedhof an der Eh-

renallee neben jenem der berühmten Czernowitzer Schauspielerin Sidi Thal, („wie ich vier Jahre nach der jiddischen Sprachenkonferenz – 1912 – geboren“). In *Mein Czernowitz* widmete er ihr die Geschichte *Sie wurde zur Erinnerung*. „Unbarmherzig und schmerhaft zog das Schicksal mit einem Mal Bilanz – Trauerschleifen, Blumen und ein kleines Hügelchen auf unserer weiten Welt. Und auf dieser Welt gehen Menschen herum, für die sie das höchste Lied gesungen, das herrlichste Gelächter gelacht und das heftigste Weinen geweint hat [...]. Ein Hügelchen Lehm und ein leerer grauer Himmel – als Bilanz? Nein! Es sterben nur jene, die auf Erden keine Spuren hinterlassen.“ Er hat viele Spuren und einen Leerraum hinterlassen, der nicht mehr zu füllen ist.



Editorial

Dieser Band präsentiert erstmals die vielfältigen Aktivitäten der *Jüdischnationalen Partei* in Österreich zwischen 1906 und 1938. Mit den vorliegenden umfangreichen wissenschaftlichen Forschungen konnte eine Lücke in der österreichischen Geschichtswissenschaft geschlossen werden. Den Autorinnen und Autoren gelang es, der Ausblendung und Verdrängung jüdischnationaler Lebensentwürfe in der zweiten Republik fundierte Forschung entgegen zu setzen und Spuren der Erinnerung aufzugreifen, die über jüdischnationale Politik hinausgehen. Der Nachruf auf den jiddischen Schriftsteller Josef Burg führt zurück in die Bukowina, nach Czernowitz, wo Benno Straucher 1907 in den österreichischen Reichstag gewählt wurde, und 1908 die erste jiddische Sprachkonferenz stattfand. Aber auch die Rezensionen machen das Interesse an jüdische Identitätenkonstruktionen in den Ländern der Habsburgermonarchie und ihren Nachfolgestaaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts sichtbar. Die Vernichtung des europäischen Judentums in der Shoah spiegelt sich auch im Verlust des Jiddischen wider. Jiddische Schriftsteller und ihre Übersetzungen ermöglichen Einblicke in eine verlorene Kultur und führen die Leser in jenen geografischen Raum, wo die jüdischnationale Bewegung ihre größte Anhängerschaft besaß.

Aus dem Raum der Habsburgermonarchie, nämlich aus Olmütz, stammte der Rechtsanwalt Egon Michael Zweig (1877–1949), ein Mitglied der *Jüdischnationalen Partei* und Mitbegründer des *Palästina Amtes* in Wien. Seit 1922 lebte er in Jerusalem. Egon Zweigs Familie gehörte eine Malzfabrik in Olmütz, die damals von seinen Brüdern Felix und Otto geleitet wurde. Felix verübte nach seiner Verhaftung durch die Gestapo Selbstmord, Otto und seine Familie wurden ermordet. Der Nachlass von Egon Zweig befindet sich seit kurzem im Jerusalemer Antiquariat Kaufmann. Die Briefe liegen auf Egon Zweigs Esstisch, stehen in Kisten auf einem alten Teppich zwischen dem Buffet und den Büchern. Möbel, Dokumente, Fotos, etc. verweisen auf ein bewegtes Leben, auf viele Brüche und wenige Kontinuitäten. Beim Lesen der Briefe findet man sich wieder in Olmütz, Wien und Jerusalem. Ein gefalteter Bogen

erweist sich als Kandidatenliste der *Jüdischnationalen Partei* für den 3. Bezirk in Wien mit Egon Zweig als Kandidaten; einer der Anknüpfungspunkte, dessen Ende neue Kenntnisse und Bewertungen der jüdischnationalen Bewegung bilden. Tomer Kaufmanns Bereitschaft, Einsicht in den Nachlass zu gewähren, ist hier nachdrücklich zu würdigen.

Für die Entstehung dieses Bandes gebührt der Dank den Autorinnen und Autoren sowie dem Redaktionsteam von Chilufim. Alle Beteiligten haben von der ersten Idee bis zur Fertigstellung mit Begeisterung und Ausdauer für die Verwirklichung dieses Projektes gearbeitet. Zahlreiche Universitätsangehörige aus Israel, Österreich, Tschechien, den USA und anderen Ländern haben das Projekt durch Diskussionen und Ideen bereichert. Besonderer Dank gilt den Nachkommen von ehemaligen Mitgliedern der Jüdischnationalen Partei für die Überlassung von Fotos und Dokumenten.

bli gemach ejn tora – es ist eine angenehme Pflicht, jenen Institutionen zu danken, die das Zustandekommen dieser Bandes durch ihre finanzielle Unterstützung erst möglich gemacht haben. Allen voran dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Martina Maschke ohne deren Unterstützung der Druck der Plakate und Fotos nicht stattgefunden hätte. Weiters sei der Österreichischen Nationalbibliothek, der Wienbibliothek im Rathaus, dem Jüdischen Museum Wien und dem Central Zionist Archive für ihre Unterstützung gedankt.

Dieter J. Hecht

Einleitung: Anfänge der Jüdischnationalen Bewegung in Österreich – eine Annäherung

Wien als Hauptstadt eines Vielvölkerstaates mit der zweitgrößten jüdischen Bevölkerung Europas wurde am Ende des 19. Jahrhunderts zum Brennpunkt verschiedener jüdischer Bewegungen. Für diese Arbeit stehen *Zionismus* und *Landespolitik* im Mittelpunkt der Betrachtungen. Innerhalb dessen liegt der Schwerpunkt auf den bürgerlich orientierten Parteien und Organisationen, vornehmlich auf der *Jüdischnationalen Partei*, welche nach 1918 die dominierende jüdische Partei Österreichs war und sowohl *Zionismus* als auch *Landespolitik* zu ihrem Programm gemacht hatte. Der *Zionismus* nach Theodor Herzl strebte die Errichtung eines Judenstaates durch internationale politische Entscheidungen an. Diese Taktik war innerhalb der zionistischen Bewegung umstritten. Eine der Gegenströmungen war die so genannte *Landespolitik* oder *Gegenwartsarbeit*. Die Proponenten der *Landespolitik* strebten nach Lösung der *Judenfrage* durch politische und kulturelle Arbeit in der Diaspora; die Gründung eines Judenstaates wurde lediglich als Fernziel betrachtet. Im Vordergrund standen Bemühungen um die Anerkennung der Juden als Nation, wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung sowie die Vertretung durch jüdischnationale Repräsentanten in politischen Gremien. Besondere Bedeutung erlangte diese Politik in Staaten mit mehreren nationalen Minderheiten, wie der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Gleichzeitig gab es innerhalb der Landespolitik auch rein jüdischnationale Gruppen, wie jene um Nathan Birnbaum (1864–1937), der obwohl zunächst glühender Zionist, sich im Laufe der Jahre gegen die Gründung eines Judenstaates aussprach und stattdessen die kulturelle und politische Autonomie der Juden innerhalb des österreichischen Vielvölkerstaates forderte.¹ Eleonore Lappin geht in ihrem Beitrag der Rolle Birnbaums als ideologischer Vordenker der frühen zionistischen Bewegung nach. Sie zeigt anschaulich, wie

¹ Weiterführende Literatur: Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, S. 328–333; Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 49–60; Simon, *The Jewish Vote in Austria*, S. 97–121; Shimoni, *The Zionist Ideology*; Wistrich, *The Clash of Ideologies*, S. 201–230.

er sich von einem Anhänger Herzls zu dessen Kritiker wandelte, der sich zunehmend vom politischen Zionismus abwandte und sich mit Jiddisch und der religiösen Orthodoxie auseinandersetzte. Besondere Bedeutung erlangte sein Engagement für die Czernowitz Sprachkonferenz im Jahr 1908 und für das *Jüdische Kriegsarchiv* während des Ersten Weltkrieges in Wien.

Jüdischnationalen und/oder zionistischen PolitikerInnen und ihren Parteien standen zur Umsetzung ihrer Ziele verschiedene Strategien zur Verfügung, vor allem die Teilnahme an der allgemeinen Politik ihres Landes, politische Arbeit in den Israelitischen Kultusgemeinden und anderen jüdischen Organisationen sowie in internationalen jüdisch/zionistischen Organisationen. Als Meilenstein für *Zionismus* und *Landespolitik* innerhalb der Habsburgermonarchie gilt die *Krakauer-Konferenz* vom 1. Juli 1906. Vor der *Krakauer Konferenz* arbeiteten die meisten jüdischnationalen Organisationen nur auf lokaler Basis und bestanden lediglich nur wenige Jahre lang.² Dem Konferenzbeschluss folgend, sollte die *Zionistische Organisation* weiterhin eine überregionale Organisation bleiben, in den einzelnen Ländern der Monarchie jedoch eigene jüdischnationale Parteien gegründet werden, deren vorrangiges Ziel die Anerkennung der Juden als eigene Nation unter den Völkern Österreichs war. Obwohl sich die Delegierten nur auf ein provisorisches Programm einigen konnten, wurde die gesamtösterreichische *Jüdische Nationalpartei* gegründet. Nach Ausrufung der Republik in Österreich am 12. November 1918 änderte die *Jüdische Nationalpartei* ihren Namen in *Jüdischnationale Partei*.

Bei den ersten allgemeinen Parlamentswahlen (Männerwahlrecht) in Cisleithanien im Jahr 1907 kandidierte in Wien Isidor Schalit (1871–1954). Er erhielt nur etwas mehr als 500 Stimmen. In Galizien und in der Bukowina konnte aber die *Jüdische Nationalpartei* einen großen Erfolg erringen. So wurden insgesamt vier jüdischnationale Politiker in den österreichischen Reichstag gewählt, wo sie den *Jüdischen Klub* gründeten.³ Die Gründung und die Aktivitäten des *Jüdischen Klubs* behandeln Matthias Falter und Saskia Stachowitzsch in ihrem Beitrag. Sie zeigen nicht nur die umfangreichen außerparlamentarischen Aktivitäten der Abgeordneten auf, sondern analysieren auch deren politische

² Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 461–465.

³ Böhm, *Die Zionistische Bewegung*, S. 342–345; Wiener Zeitung, 15.5.1907, S. 5.

Arbeit und ihren Wirkungsbereich. Obwohl die *Jüdische Nationalpartei* eine überregionale Organisation war, verhinderten die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Landesorganisationen eine dynamische Entwicklung.⁴ Der Anspruch der Wiener Politiker, eine Vertretungsinstanz für die ganze Monarchie zu sein, d.h. eigentlich nur für Cisleithanien, wurde vor allem von den Landesorganisationen in Galizien und der Bukowina abgelehnt und führte in den Jahren 1905 bis 1908 zu Etablierung eigener Landesorganisationen. Der Einfluss Wiens ging im Wesentlichen nicht über das Gebiet *Westösterreichs*, das heutige Österreich und Tschechien, hinaus.⁵ Die praktische Umsetzung des jüdischnationalen Programms wurde vom 1907 in Wien gegründeten *Jüdischen Nationalverein* getragen, dessen Programm auf jenem der *Krakauer Konferenz* basierte.⁶

Bei den nächsten Reichstagswahlen im Jahr 1911 wurde Benno Straucher in der Bukowina als einziger jüdischnationaler Politiker in den Reichstag gewählt. In Wien konnte Robert Stricker mit rund 1.000 Stimmen einen Achtungserfolg erzielen.⁷ In den folgenden Jahren entwickelte sich Robert Stricker zu einem der führenden jüdischnationalen-zionistischen Politiker in Wien, der in zahlreichen Organisationen, wie dem *Zionistischen Zentralverein* und dem *Jüdischen Kriegsarchiv* sowie verschiedenen Zeitungen tätig war. Die Arbeit Strickers und seiner KollegInnen beschränkte sich nicht nur auf die österreichische Politik, sondern erstreckte sich auch auf Israelitische Kultusgemeinden und den *Zionistischen Weltkongress*. Die ersten großen Erfolge erreichten die ZionistInnen in Wien im Jahre 1912, als Robert Stricker und Jakob Ehrlich nach den Wahlen zur Israelitischen Kultusgemeinde Wien in deren Vorstand aufgenommen wurden. 1913 fand der XI. *Zionistische Weltkongress* in Wien statt, wo Robert Stricker in dessen Exekutive, das *Große Aktionskomitee*, gewählt wurde.⁸ Letzteres sicherte den österreichischen ZionistInnen eine wichtige Funktion im *Zionistischen Weltkongress*, dessen Bedeutung in den 1920er Jahren weiter zunehmen sollte. In Bezug auf die Israelitische Kultusgemeinde

⁴ Vgl. Selbstwehr, 12.7.1912, S. 3.

⁵ Vgl. Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 298f.

⁶ Programm des *Jüdischen Nationalvereins*. In: *Jüdische Zeitung*, 16.4.1909, S. 1f.

⁷ *Jüdische Zeitung*, 27.4.1911, S. 1f.

⁸ *Protokoll des XI. Zionistischen Weltkongresses*, S. 358f.

bedeutete die Aufnahme der Zionisten, dass diese erstmals direkten Einfluss auf Entscheidungen der liberal orientierten Kultusgemeinde nehmen konnten. Darüber hinaus war der Zeitpunkt entscheidend, weil die nächsten Wahlen erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stattfanden. Nach der Ausrufung der Republik konnten Stricker und Ehrlich daher an der Ausarbeitung von Reformen für die Kultusgemeinde mitwirken.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges schuf für die jüdischnationale und zionistische Arbeit eine gänzlich veränderte Situation. Zu einer der Hauptaufgaben wurde die Betreuung von jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina.⁹ Daneben wurden auch die politischen Ziele weiter verfolgt. Die *Balfour Declaration* (1917), das 14-Punkte Programm von Präsident Woodrow Wilson, die Thronrede von Kaiser Karl I. und die Anerkennung der Juden als Nation in der Ukraine (1918) gaben Anlass zur Hoffnung auf die Gründung einer „Nationalen Heimstätte“ in Palästina/Erez Israel und die Anerkennung der Juden als Nation in Österreich.¹⁰ Ab Dezember 1917 gab es diesbezüglich Treffen von Zionisten mit führenden österreichischen Politikern, wie z. B. Ernst Seidler oder Heinrich Lammasch.¹¹ Gleichzeitig versuchte der Prager Zionist Siegmund Kaznelson (1893–1959) Ende 1916/Anfang 1917, die Einberufung eines *Österreichisch-Jüdischen-Kongresses* nach amerikanischem Vorbild zu organisieren, um die Stellung des Judentums in der Monarchie zu stärken. An diesem Kongress sollten ZionistInnen und NichtzionistInnen aller Richtungen teilnehmen. Kaznelson konnte eine in nationalen und internationalen zionistischen Gremien breite Zustimmung für seine Idee gewinnen und selbst NichtzionistInnen dafür interessieren.

Auch in Wien wurde er von prominenten ZionistInnen, wie Adolf Böhm und Anitta Müller-Cohen, unterstützt. Zugleich befanden sich dort aber auch seine schärfsten Kritiker unter der Führung von Robert Stricker, der in der Teilnahme von NichtzionistInnen einen Nachteil für zionistische Interessen sah und einen eigenen zionistisch orientierten Kongress forcierte. Nach lan-

⁹ Protokoll des *Zionistischen Zentralkomitees* über die Verhältnisse der jüdischen Flüchtlinge in Nikolsburg und deren Einweisung in ein Flüchtlingslager, 30.10.1914. Central Archive History of the Jewish People (CAHJP), AU 259.

¹⁰ Vgl. Berkley, *Vienna and Its Jews*, S. 140; Jüdische Zeitung, 22.3.1918, S. 1.

¹¹ Weltsch, *Jüdischer Nationalrat*, S. 209.

gen Verhandlungen schlugen die Bemühungen zur Einberufung des Kongresses im Mai 1918 vor allem wegen Strickers Widerstand fehl. Neben ideologischen Differenzen spielten auch Kompetenzstreitigkeiten zwischen Wien als Zentrum der zionistischen Bewegung und der Provinz, wie z. B. Prag, eine Rolle.¹² Den letzten jüdischnational-zionistischen Versuch, die Stellung der Juden in der Monarchie zu verbessern, stellte der Beschluss der *Jüdischen Nationalpartei* auf ihrer Reichskonferenz vom 20. Oktober 1918 in Wien dar, einen *Jüdischen Nationalrat* als repräsentatives Gremium zu gründen und ihn bis zur Wahl eines jüdischen Parlaments einzusetzen.¹³ Die Reichskonferenz war jedoch bereits von den Zerfallserscheinungen der Monarchie überschattet, die schließlich zur Gründung von regionalen jüdischen Nationalräten führten. Darüber hinaus traten abermals ideologische und personelle Konflikte zwischen den Teilnehmern zu Tage. Diese beeinträchtigten die Arbeit der jüdischnationalen und zionistischen Bewegung während der Monarchie wesentlich.

Die Fortdauer des Krieges machte die Arbeit jüdischer PolitikerInnen wie überhaupt der Juden in der Monarchie immer schwieriger. Auch während der letzten Kriegsjahre hielt die Mehrheit der österreichischen Jüdinnen und Juden an ihrer seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Identität fest und hoffte auf den Weiterbestand der supranationalen Monarchie. In dieser sahen sie sowohl ihre Gleichberechtigung als auch ihre Identität garantiert.¹⁴ Gleichzeitig erhofften sich aber manche durch die Niederlage Russlands und die sich abzeichnende Auflösung der Habsburgermonarchie eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Juden. Die Anerkennung der Juden als eigene Nation in der Ukraine und in Litauen im Frühjahr 1918 verstärkte diesen Trend. Diese Hoffnungen wurden aber schnell zunichte gemacht. Unter judenfeindlichen Regierungen in Polen, Rumänien, Litauen, Russland und der Ukraine erstarkte der Antisemitismus und bewirkte eine Beschränkung der Rechte für Juden.¹⁵

Der Zerfall der Monarchie warf für Jüdinnen und Juden aller politischen Richtungen in Österreich die Frage nach ihrer zukünftigen Stellung auf. In der Republik mussten alle jüdischen Gruppen ihre Identität neu definieren. Viele

¹² Vgl. Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 137–160.

¹³ Jüdische Zeitung, 25.10.1918, S. 1f.

¹⁴ Rozenblit, *Reconstructing A National Identity*, S. 126f.

¹⁵ Lappin, *Der Jude*, S. 110f.

hofften letztendlich erfolglos, dass das *Habsburger-Modell* mit einer Dreifach-Identität auf die Republik übertragen werden könnte; d.h. dass sich Jüdinnen und Juden weiterhin politisch als ÖsterreicherInnen, kulturell als dem deutschen Kulturreis zugehörig und als jüdisch im ethnischen/religiösen Sinne würden definieren können.¹⁶ In dieser unsicheren Situation fanden die Forderungen der jüdischnational-zionistischen Parteien als Alternative zum bisherigen liberalen Akkulturationsmodell und den Bestrebungen der Orthodoxie großen Anklang. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Tatsache, dass Wien durch den Krieg und die Flüchtlingsbewegung zum zionistischen Zentrum Mitteleuropas avanciert war. Damit gelangten auch viele jiddische Journalisten und Schriftsteller nach Wien. Thomas Soxberger behandelt in seinem Beitrag die Stellung des Jiddischen als *Nationalsprache* zwischen Hebräisch und Deutsch. Besondere Bedeutung kam hierbei jiddischen Publikationen zu, vor allem Zeitungen und Büchern. Anhand namhafter Jiddisch schreibender Autoren veranschaulicht er politische Positionierungsstrategien zwischen der linksorientierten *Po'ale Zion* und der bürgerlichen *Jüdischnationalen Partei*.

Einer jener Flüchtlinge war der aus Galizien stammende Emanuel Fiscus (1900–1984). Sein Tagebuch aus den Jahren 1916–1921 ist ein rares Zeugnis über die Arbeit und Wirkung der *Jüdischnationalen Partei*. Es gibt das Engagement und die Hoffnungen eines jungen Mannes wider, der euphorisch an das Erstarken der jüdischnational-zionistischen Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg glaubte:

„Ich kämpfe und agitiere für jüdische National, weil sie reine Hände, klaren Kopf und ein jüdisches Herz haben. Der als erster [aufgestellte] jüd[isch] Nat[ionale Kandidat] Ing. Robert Stricker sah die Zeit kommend und gründete nach [dem] Zusammenbruch der Monarchie einen jüdischen Nationalrat, der in kurzer Zeit seines Bestandes mehr geleistet hat, als alle seinerzeitigen vierzehn so genannten jüdischen Abgeordneten im früheren Parlamenten: die Jüdisch Nationalen waren es, die eine starke jüdische Selbstwehr gründeten, und die bereits schon inserierte Pogrome im Keim ersticken konnten. [...]“¹⁷

¹⁶ Rozenblit, *Jewish Ethnicity*, S. 135–146.

¹⁷ Adunka, *Tagebücher*, S. 49.

Als Wahlhelfer arbeitete er für die *Jüdischnationale Partei* bei den Wahlen zum Parlament am 16. Februar 1919 und drückte seine Freude über die Wahl von Robert Stricker aus. Im März 1919 wandte er sich unter Einfluss der Gründung der *Räterepublik* in Ungarn der jüdischen Arbeiterbewegung zu und bezeichnete sich fortan als *Bolschewik*. Seine intensive und positiv beschriebene Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hinderte ihn jedoch nicht, bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1919 wieder für die *Jüdischnationale Partei* als Wahlagitator aufzutreten und deren Arbeit zu loben.¹⁸ Fiscus Verhalten zeigt die fließenden Grenzen innerhalb der jüdischnationalen Bewegung auf, deren AnhängerInnen sowohl die bürgerlich-orientierte *Jüdischnationale Partei* als auch die jüdisch-zionistische Arbeiterbewegung unterstützten.

Die der Arbeiterbewegung zuzurechnenden jüdischen Organisationen verloren durch den Wegfall der Mehrheit ihrer Anhänger in den östlichen Provinzen der Monarchie und der Auswanderung führender Funktionäre im Wien der Nachkriegszeit rasch an Bedeutung. Die Oberhand gewannen bürgerlich orientierte ZionistInnen, allen voran die *Jüdischnationale Partei*. Ihr Obmann Robert Stricker und seine ParteikollegInnen traten für Gleichberechtigung und Anerkennung der Juden als Nation in Österreich sowie für die Gründung eines Judenstaates in Palästina/Erez Israel ein. Darauf hinaus propagierten sie eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft: sie verurteilten die Benachteiligung der Armen und trachteten die Gleichberechtigung von Männern und Frauen durchzusetzen. Hierin spiegelte sich unter anderem der Einfluss von Josef Popper-Lynkeus wider, der sowohl jüdischnationale als auch sozialdemokratisch orientierte ZionistenInnen in seinen Bann zog.¹⁹ Die Forderungen der *Jüdischnationalen Partei* und ihre politische Agitation zeigen, dass die formative Phase der jüdischnationalen PolitikerInnen in Österreich mit den letzten Jahren des österreichischen Vielvölkerstaates zusammenfiel; eine Periode, die von Nationalitätenproblemen und dem Kampf um die Gleichstellung der Nationen geprägt war. Sie glaubten auch unter den neuen politischen Verhält-

¹⁸ Adunka, *Tagebücher*, S. 69–93.

¹⁹ Belke, *Die sozialreformerischen Ideen von Josef Popper-Lynkeus*, S. 241-245. Die Wertschätzung von Josef Popper-Lynkeus in der Jüdischnationale Partei verdeutlicht auch die Widmung der gesamten Titelseite der *Neuen Welt* zum 91. Geburtstag von Popper-Lynkeus im Jahr 1929. *Neue Welt*, 22. 2. 1929, S. 1f.

nissen der Republik Österreich als Nationalstaat, eine divergierende politische, kulturelle und nationale Identität entwickeln zu können. Als ein Mittel zur Umsetzung ihrer Ziele diente ihnen wie während der Monarchie die aktive Teilnahme an der allgemeinen Politik. Im Zentrum ihrer Arbeit stand dabei stets der Zionismus. Ihre Politik war somit von der Interdependenz zwischen den Anforderungen der Arbeit in der Diaspora und der Gründung eines Judenstaates in Palästina/Erez Israel geprägt.²⁰

Die Politik der *Jüdischnationalen Partei* zwischen 1918–1938 behandelt Dieter J. Hecht. Er analysiert die verschiedenen Strategien, mit denen sie auf institutioneller und ideologischer Ebene jüdischnationale Politik zu treiben versuchte. Im Mittelpunkt stehen dabei die allgemeine österreichische Politik, die Israelitische Kultusgemeinde Wien und der *Zionistische Weltkongress*. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte neben der Versorgung der Kriegsflüchtlinge nach Erlangung des allgemeinen Frauenwahlrechts 1918 vor allem die Einbindung der Frauen in die öffentliche Arbeit große Bedeutung. Wichtige Unterstützung erhielt die jüdischnationale Bewegung bei ihren Bemühungen vom neuen Wiener Oberrabbiner, Zwi Perez Chajes (1876–1927), der als Zionist maßgeblichen Einfluss ausübte. Besondere Verdienste erwarb er sich um den Aufbau jüdischer Lehr- und Sozialeinrichtungen. So engagierte er sich beispielsweise für das *American Jewish Joint Distribution Committee*, das den Großteil der Hilfslieferungen für jüdische Organisationen finanzierte, und unternahm 1921 und 1924 *fund raising* Reisen in die USA, wo er Kontakte zu international bedeutenden jüdischen Persönlichkeiten wie Rebekah Kohut, der späteren Vorsitzenden des *Weltbundes Jüdischer Frauen*, und Stephen Wise, dem Zionisten und Präsidenten des *American Jewish Congress*, knüpfen konnte.²¹ Darüber hinaus arbeitete Chajes führend im *Zionistischen Weltkongress*, z. B. von 1921–1925 als Präsident der Exekutive, dem *Großen Aktionskomitee*.²² Der frühe Tod von Chajes bedeutete einen großen Verlust für die zionistisch-jüdischnationale Bewegung in Österreich.

Die Erinnerungen von Kohut und Wise an Zwi Perez Chajes und Robert Stricker in ihren Memoiren verweisen auf die Bedeutung der österreichischen,

²⁰ Rozenblit, *Jewish Ethnicity*, S. 140.

²¹ Vgl. Kohut, *As I know Them*, S. 234–238.

²² Hecht, *Zwischen Feminismus und Zionismus*, S. 199f.

zionistisch-jüdischnationalen Politik im internationalen Kontext. Mit der Ermordung von führenden jüdischnationalen PolitikerInnen während der Shoah und der Vernichtung von Dokumenten geriet auch das Wissen über die *Jüdischnationale Partei* weitgehend in Vergessenheit. Albert Lichtblau behandelt in seinem Beitrag die Erinnerungen an die Partei und ihre PolitikerInnen nach 1945 bzw. die Ausblendung von Erinnerungen. Wichtige Beiträge hierzu liefern u.a. das Gedenkbuch an Robert Stricker von seinem ehemaligen „Schüler“ Josef Fraenkel im Jahr 1950, und Interviews im Rahmen von *Oral History* Projekten. In Fraenkels Buch verfassten Freunde und ehemalige politische WeggefährtInnen kurze Essays, um die Erinnerung an Robert Stricker wach zu halten. Im Unterschied dazu zeigen *Oral History* Projekte, dass die Erinnerung an die Jüdischnationale Partei weitgehend ausgeblendet wird. Darüber hinaus wurden viele die *Jüdischnationale Partei* betreffende Dokumente von den Überlebenden der Shoah bzw. deren Nachkommen aus Unachtsamkeit bzw. Geringschätzung der Vernichtung preisgegeben. In manchen Fällen ist die Bewahrung wertvollen historischen Materials der Privatiniziativengagierter Menschen zu verdanken. So konnte etwa der Nachlass des Rechtsanwaltes Egon Zweig (1877–1949), einem der Mitbegründer des *Keren Kajemet le Israel* (*Jüdischer Nationalfonds*), des *Palästina Amtes* in Wien und Kandidat der *Jüdischnationalen Partei*, in Jerusalem von Tomer Kaufmann gerettet werden.

Mit den Kurzbiografien führender jüdischnationaler PolitikerInnen von Evelyn Adunka und Dieter J. Hecht sollen schließlich vertiefenden Einblicke in das Leben und Wirken von jüdischnationalen PolitikerInnen ermöglicht werden. Neben familiären Beziehungen wurde hier auch das Schicksal der Familien während des Nationalsozialismus und nach Kriegsende eingehend berücksichtigt. Mit dem vorliegenden Band von Chilufim soll 90 Jahre nachdem die *Jüdischnationale Partei* im Jahr 1919 zum ersten Mal in das österreichische Parlament und den Wiener Gemeinderat gewählt wurde an ihre PolitikerInnen und WählerInnen sowie an ihren Beitrag zur Etablierung der Republik und der Demokratie erinnert werden.

Wien/Jerusalem, August 2009

Dieter J. Hecht

ELEONORE LAPPIN-EPPEL

Nathan Birnbaum und der österreichische Zionismus 1882–1918

Bis zum Auftreten Theodor Herzls war Nathan Birnbaum der einflussreichste zionistische Ideologe Österreichs. Doch bereits nach dem Zweiten Zionistenkongress zog Birnbaum sich vom politischen Zionismus Herzls zurück und wandte sich zunehmend dem Diasporanationalismus zu. Dennoch brach Birnbaum die Kontakte zu den cisleithanischen Zionisten nicht ab und arbeitete mit ihnen bis Ende des Ersten Weltkriegs wiederholt zusammen. Erst danach wandte sich Birnbaum endgültig vom „heidenjüdischen“ Zionismus ab und der strikten Toratreue und antizionistischen Orthodoxie zu.

Frühzionistische Anfänge

Nathan Birnbaum wurde, wie er nach seiner Hinwendung zur Orthodoxie 1919 schrieb, 1864

„als Sohn, Gott sei Dank, ostjüdischer Eltern in einer großen westjüdischen Gemeinde, in Wien, geboren. Ich wuchs in den Vorstellungen und in der Übung überliefelter jüdischer Gläubigkeit, aber doch in einem Milieu auf, das wenig mehr von jener intensiven, lebendigen Jüdischkeit an sich hatte, wie wir sie bei der Mehrheit des jüdischen Volkes im Osten auch heute noch antreffen. Immerhin war ich als Kind und Knabe gläubig [...] Erst später begann sich der Einfluss der mir zugeführten Bildungselemente und auch die nichtjüdische Kulturmgebung geltend zu machen.“¹

An die Stelle der Religion trat als identitätsstiftendes Element die Nation. Bereits als Mittelschüler propagierte Birnbaum unter seinen Kollegen den jüdischen Nationalismus.² Als er 1882 sein Jusstudium an der Universität Wien

¹ Birnbaum, *Freigeist*, S. 4.

² Birnbaum Nathan. In: EJ, Bd. 3, S. 714.

begann, gründete er wenige Monate später, im März 1883, zusammen mit dem Studenten Moritz Schnirer (1861–1941) und dem Arzt Reuben Bierer (1835–1931) den *Akademischen Verein Kadimah*, der als erste nationaljüdische Studentenvereinigung westlicher Prägung in die Geschichte einging. Tatsächlich brachte die *Kadimah* den in Osteuropa im Entstehen begriffenen Frühzionismus nach Wien und entwickelte sein Gedankengut hier im studentischen Milieu weiter. Ihre Mitglieder waren zunächst jedoch meist Studenten aus den Kronländern. Auch der Mitbegründer Reuben Bierer stammte aus Lemberg. Eine Generation älter als Birnbaum und Schnirer war er bereits überzeugter Zionist. Noch vor der *Kadimah* gründete er 1882 zusammen mit dem russischen Journalisten und Schriftsteller Perez Smolenskin und mit Salman Spitzer, dem Rabbiner der *Schiffsschul* und Führer der Wiener Orthodoxie, die *Ahawat Zion Gesellschaft zur Förderung der Kolonisation Palästinas*.³ Moritz Tobias Schnirer stammte aus Bukarest und war 1880 zum Medizinstudium nach Wien gekommen, das er 1887 erfolgreich abschloss.⁴ Bierer und Schnirer wurden später treue Gefolgsleute Theodor Herzls. Die Studentenorganisation *Kadimah* führte einen Kampf nach innen und nach außen. Nach innen, unter den jüdischen Studenten, bekämpfte sie die Assimilation, nach außen insbesondere den deutschnationalen Antisemitismus. Von beiden Gruppen forderte sie die Anerkennung der jüdischen Nation.

Die Mentoren der *Kadimah* waren die beiden russischen Juden Leon Pinsker (1821–1891) und Perez Smolenskin (1842–1885). Smolenskin hatte auch den Namen der Vereinigung vorgeschlagen: *Kadimah* bedeutet auf Hebräisch sowohl „ostwärts“ – also zurück nach Palästina und zum eigenen, aus dem Orient stammenden Volk – als auch „vorwärts“ zu einer erneuerten säkularen jüdischen Kultur und Tradition, zu einer nationalen „Wiedergeburt“.

Perez Smolenskin hatte die *Jeschiwa* in Shlov besucht, bevor er unter dem Einfluss seines älteren Bruders die weltliche Bildung entdeckte und gegen die Orthodoxie rebellierte. In Odessa schloss er sich den *Maskilim*, den jüdischen Aufklärern, an und begann, für die moderne hebräische Presse zu schreiben. Bei einem Aufenthalt in Rumänien gelang es ihm, die türkische Staatsbürger-

³ Bierer Ruben. In: EJ, Bd. 3, S. 691.

⁴ Moritz Tobias Schnirer. In: EJ, Bd. 18, S. 151.

schaft zu erwerben,⁵ die es ihm ermöglichte, sich 1865 in Wien niederzulassen.⁶ Hier arbeitete er zuerst als Lektor und als Hebräischlehrer, bis er schließlich ab 1868 die hebräische Monatsschrift *Haschachar* (*Die Morgenröte*) herausgab, die vor allem in Osteuropa gelesen und rasch eine der wichtigsten hebräischen Zeitschriften wurde. Smolenskin propagierte darin zunächst kulturelle Erneuerung sowie Säkularisierung der jüdischen Tradition. Die Bibel und das religiöse Schrifttum betrachtete er als geistiges Erbe, das er national umdeutete. *Haschachar* wandte sich sowohl gegen die „falsche“, das heißt: assimilatorische Aufklärung, als auch gegen die „Scheinheiligkeit“ der Orthodoxie und des Chassidismus. Als Ursache für den Antisemitismus bezeichnete Smolenskin die Schwäche des jüdischen Nationalbewusstseins. Später setzte er sich in *Haschachar* auch für die Rückkehr der Juden nach Palästina ein.⁷

Politischer war das Programm des zweiten Mentors der *Kadimah*, Leon Pinskers. Pinsker war bereits in einem aufgeklärten russisch-jüdischen Haus aufgewachsen, hatte Jus und Medizin studiert und sich in Odessa eine gut gehende Arztpraxis aufgebaut. Daneben schrieb er Beiträge für die russisch-jüdische Zeitschrift *Razsvet* (*Morgenröte*), deren Mitbegründer er war und die für die Anpassung der Juden an die russische und die europäische Kultur warb. Die russische Pogromwelle von 1881/82 und vor allem der dabei zutage tretenten Antisemitismus der russischen Behörden erschütterten Pinskers aufklärerische Zuversicht, dass sich die Juden durch Modernisierung und kulturelle Anpassung in die russische, aber auch in die europäische Gesellschaft überhaupt würden integrieren können. 1882 verfasste er die Schrift „Autoemanzipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“. Auch Pinsker bezeichnete die „nationale Anomalie“ des extraterritorialen Volks der Juden, die überall Fremde waren und kein eigenes Land besaßen, als Ursache für den Antisemitismus. Die Lösung sah er in der Gründung eines nationalen Zentrums, wohin ein Teil der Juden auswandern könnte, das aber auch für die

⁵ Rumänien unterstand bis 1878 de jure dem Osmanischen Reich, das Königreich Rumänien wurde 1881 gegründet.

⁶ Gemäß dem Friedensabkommen von Passarowitz, das 1718 zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich unterzeichnet wurde, besaßen Untertanen des Sultans in Wien das Wohnrecht.

⁷ Perez Smolenskin. In: EJ, Bd. 18, S. 691–693.

Diaspora einen gewissen Schutz darstellen würde. An Palästina dachte Pinsker vorerst allerdings nicht. Von der Notwendigkeit der Rückkehr nach Palästina überzeugten Pinsker die in Odessa vertretenen Mitglieder der frühzionistischen Bewegung. Sie bewogen ihn, 1884 eine Konferenz nach Kattowitz (Katowice, Hauptstadt von Schlesien, heute Polen, damals Preußen) einzuberufen und sich an die Spitze der dort gegründeten internationalen Bewegung der *Chibat Zion*, der „Zionsliebe“, zu stellen, deren Zentrale in Odessa eingerichtet wurde.⁸

Geprägt von diesen Einflüssen versuchte auch die *Kadimah* das nationale Selbstbewusstsein zu stärken. Ihre Mitglieder studierten jüdische Geschichte, Literatur und Kultur sowie Hebräisch, um den Stolz auf ihr nationales Erbe zu erwecken und sie zur Errichtung eines Gemeinwesens in Palästina zu befähigen und vor dem „Verfall“ zu bewahren.⁹ 1884 publizierte Birnbaum eine Schrift mit dem ebenso aussagekräftigen wie selbstbewussten Titel „Die Assimilationssucht. Ein Wort an die sogenannten Deutschen, Slaven, Magyaren etc. mosaischer Confession von einem Studenten jüdischer Nationalität“. 1885 gründete er die Zeitschrift *Selbst-Emanzipation* – der Name war ein deutscher Hinweis auf den Einfluss Pinskers –, welche bis zu ihrer Einstellung 1891 die Ideen der *Kadimah* und Birnbaums propagierte, für die dieser die Begriffe „Zionismus“ und „Zionisten“ prägte.

Die Masse der jüdischen Studierenden erreichte die *Kadimah* aber nicht mit ihren Kursen, Diskussionen oder der Zeitschrift, sondern mit geselligen Veranstaltungen. Überaus erfolgreich waren die ab 1883 jährlich zu Chanukka abgehaltenen Makkabäerfeiern. Dies waren Bälle, welche den ruhmreichen Aufstand der Juden gegen die Seleukiden feierten. 1884, als die *Kadimah* sechzig Mitglieder hatte, besuchten fünfhundert Personen ihren Makkabäer-Ball.¹⁰ Während der Wiener Oberrabbiner den militanten Makkabäer-Kult ablehnte, hielt der Floridsdorfer Rabbiner und streitbare Kämpfer gegen Antisemitismus und für jüdisches Selbstbewusstsein, Josef Samuel Bloch, 1884 die Eröffnungsrede. Darin pries er den Sieg der Makkabäer als Triumph der Schwachen über die Mächtigen, von Freiheit über Tyrannei, aber auch vom Geist über brutale Kraft. Daher erinnerte er die Studenten daran, dass das Feiern militärischer

⁸ Leon Pinsker. In: EJ, Bd. 16, S. 173f.

⁹ Ebd., S. 41.

¹⁰ Ebd., S. 42.

Siege unjüdisch sei und sie sich den großen kulturellen Herausforderungen der Menschheit widmen sollten, anstatt anderen Völkern mit Feindschaft zu begegnen.¹¹ Die Mehrheit der jüdischen Studenten war anderer Meinung. Ange-sichts des zunehmenden deutschnationalen Antisemitismus, dessen Anhänger den Juden nicht nur Würde, Schönheit und Kraft sowie die Fähigkeit zu geistig und moralisch Höherem absprachen, sondern sie gerade auf der Universität immer wieder tätlich angriffen, hielten sie Wehrhaftigkeit für angemessen und vor allem ehrenhaft. Nachdem sich die *Kadimah* 1890 zur schlagenden Bewe-gung erklärt hatte, wurde sie bald zur führenden jüdischen Studentenvereini-gung Wiens, welche jüdische Studierende schützte, vor allem aber die jüdische Ehre verteidigte. Ab 1892 stellten auch nicht mehr Studenten aus den Kronländern, sondern Wiener die Mehrheit der Mitglieder. Jüdisches Nationalgefühl, Interesse am Hebräischen oder gar an einer Rückkehr ins Land Israel blieben den meisten Wienern fremd. Sie wollten den Wiener Antisemitismus bekämp-fen, um hier leben zu können. Birnbaum lehnte Duelle als „Nachäffung frem-der nationaler Art“ ab, zog sich aus der *Kadimah* zurück und gründete 1894 die nichtschlagende *Gamlah*.¹² Daneben rief er den national-jüdischen Ver-ein *Zukunft*, den Kolonisationsverein *Admath Jeschurun* und den hebräischen Sprachverein *Safah Berurah* ins Leben, den er auch leitete.

Die aus den Kronländern stammenden Mitglieder der *Kadimah* verbrei-teten die zionistischen Ideen in den Ferien in ihren Heimatorten in Mähren, Galizien und der Bukowina und riefen dort neue zionistische Vereine ins Le-ben. Galizien, wo 70 Prozent der cisleithanischen Juden lebten, hatte bald die stärkste zionistische Bewegung in Österreich und entwickelte ein ent-sprechend ausgeprägtes Selbstbewusstsein gegenüber Vormachtsansprüchen Wiens. Nach dem Vorbild der *Kadimah* entfalteten die zionistischen Vereine eine rege Vortragstätigkeit über jüdische Geschichte, Kultur, aber auch Hebrä-isch und Jiddisch sowie hebräische und jiddische Literatur und gaben eigene Presseorgane heraus. In Mähren und der Bukowina fanden aber auch schla-gende zionistische Studentenverbindungen Zulauf. Die österreichischen Zio-nisten entzweite bald die Frage, ob das Schwergewicht zionistischer Agitati-

¹¹ Wistrich, *Jews of Vienna*, S. 287f.

¹² Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 44.

on auf der Stärkung des Nationalgefühls oder der Palästinakolonisation liegen sollte. Daher entstanden sowohl jüdisch-nationale wie Kolonisationsvereine. Zentrum der nationaljüdischen Bewegung Galiziens war der Lemberger Verein *Zion*, der 1892 die Zeitschrift *Przyszolc (Zukunft)*, *Organ der jüdisch-nationalen Partei* herausbrachte, die im April 1893 zum Organ der neugegründeten *Jüdisch-nationalen Partei* Galiziens wurde. Deren Programm beinhaltete neben dem Kampf gegen den Antisemitismus und der Palästinakolonisation auch den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der galizischen Juden, also „Landespolitik“. Damit gab sie auch, wie Adolf Gaisbauer feststellt, „den Anstoß zur Gründung einer gesamtösterreichischen jüdisch-nationalen Partei“.¹³ Dennoch firmierten ihre Unterorganisationen in erster Linie als *Ahawat-Zion-Vereine*. Die Gründung von Kolonisationsvereinen kam erst nach einer ausgedehnten Vortragsreise durch Galizien, die Nathan Birnbaum im Mai und Juni 1892 im Auftrag des Wiener Vereins *Admath Jeschurun* unternahm, in Schwung. Birnbaum begleitete die Vereinsgründungen und deren Zusammenschluss zum *Verband Zion* auch weiterhin. Dass dieser 1895 23 Mitgliedsvereine zählte – von denen nicht weniger als 19 galizisch waren –, war nicht zuletzt seinem Engagement zu verdanken.¹⁴ Dennoch blieb der österreichische Zionismus vorrangig auf Diasporaarbeit und Landespolitik sowie den Kampf gegen den Antisemitismus in Politik und Gesellschaft ausgerichtet – eine Tatsache, die auch Theodor Herzl nur vorübergehend zurückdrängen konnte.

Birnbaum und der österreichische Zionismus zwischen 1896 und 1908

Im Februar 1896 erschien Theodor Herzls Broschüre „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Kernaussage auch dieser Schrift war, dass die Judenfrage keine soziale, sondern eine nationale Frage sei und die Assimilation daher scheitern müsse. Die Lösung erwartete sich Herzl vom „Rat der Kulturvölker“: „[...] man gebe uns die Souveränität eines für unsere

¹³ Ebd., S. 62–66, Zitat S. 66.

¹⁴ Ebd., S. 66–68 und 80.

gerechten Volksbedürfnisse genügenden Stückes Erdoberfläche, alles andere werden wir selbst besorgen“.¹⁵ Von der bereits existierenden zionistischen Bewegung wusste Herzl nichts, doch die begeisterten *Kadimahner* entdeckten und unterstützten ihn tatkräftig bei der Organisation des *Ersten Zionistenkongresses* in Basel 1897, während die Führung der *Chibat Zion* zunächst abwartend blieb. Auf dem Kongress gelang es den Osteuropäern, Herzl, der ebenso wie Pinsker zunächst kein spezifisches Territorium für seinen Judenstaat ins Auge gefasst hatte, auf die Rückkehr nach Palästina einzuschwören und dies im *Basler Programm* festzuschreiben.¹⁶

Bis zum Auftreten Herzls war Birnbaum der umstrittene Führer des österreichischen Zionismus. Diese Position nun Herzl zu überlassen, fiel ihm schwer. Dazu kamen aber auch inhaltliche Differenzen. Am *Ersten Zionistenkongress* 1897 hielt Birnbaum eine Rede über Zionismus als Kulturbewegung. Wie oben erwähnt, hatte sich Birnbaum während der 1890er Jahre verstärkt für die Gründung von Kolonisationsvereinen in Galizien eingesetzt. Herzl hingegen vertrat einen ausschließlich politisch-diplomatischen Zionismus. Alle Aktivitäten mussten auf die Erreichung des Charters, des öffentlich-rechtlichen international abgesicherten Dokuments, das den Juden das Recht auf Rückkehr nach Palästina verbrieftet, ausgerichtet sein. Die bisher geübte Palästinakolonisation lehnte Herzl als illegale „Infiltration“ ab und verhängte eine Sanktion. Kulturarbeit hingegen erschien ihm als gefährlich für die Einheit der zionistischen Bewegung, weil sie Anathema für die orthodoxen Zionisten war, die einen erheblichen Teil der Gefolgschaft ausmachten. Birnbaum kritisierte Herzls einseitige Ausrichtung auf die Erlangung des Rückkehrsrechts nach *Erez Israel* und die damit verbundene Verneinung der Diaspora. Mit seinem Slogan „Israel kommt vor Zion“ drückte Birnbaum aus, dass für ihn das jüdische Volk wichtiger war als das Land. Die Juden verbinde ihre eigenartige Kultur, wie sie vor allem von den Jiddisch sprechenden osteuropäischen Massen getragen werde und die auch im Westen propagiert und gestärkt werden sollte. Passend für die Lebensweise des jüdischen Volkes entwickelte Birnbaum einen kulturellen Nationsbegriff, der sowohl von einem eigenen Territorium als auch

¹⁵ Ebd., S. 83, Anm. 1.

¹⁶ Siehe dazu ausführlich: Vital, *Origins*, S. 274–278, 317–319, 366.

von einer eigenen Sprache unabhängig war.¹⁷ Damit sollte auch den Juden die Möglichkeit gegeben werden, nationale Minderheitenrechte in der Diaspora zu beanspruchen.

Birnbaums Hinwendung zum Diasporanationalismus war nicht nur eine Abkehr vom Herzl'schen Zionismus, sondern in gewisser Weise auch von Hebräisch. Obwohl Birnbaum die hebräische Sprache nach wie vor als eine der jüdischen Nationalsprachen schätzte, sah er darin das Medium der religiösen und geistigen Elite. Jiddisch hingegen war die wahre Nationalsprache, welche den jüdischen Massen in Osteuropa als Umgangssprache diente. Außerdem war im 19. Jahrhundert eine eindrucksvolle Literatur und Presse auf Jiddisch entstanden, das so zu einer modernen Kultursprache geworden war. Birnbaums Ziel war es, Jiddisch zur Nationalsprache der gesamten europäischen Diaspora, also auch der westlichen, zu machen, ihm das Stigma, ein verballhorntes Deutsch und die verächtliche Sprache des Gettos und der Rückständigkeit zu sein, zu nehmen. Er propagierte seine Ideen nicht nur in Zeitungsartikeln und Vorträgen, sondern gründete 1905 in Wien auch den Verein *Jüdische Kultur*, den ersten Studentenverein zur Pflege des Jiddisch. Dieser bot Jiddischkurse an – Birnbaum selbst musste Jiddisch erst lernen – und veranstaltete *Jüdische Abende*, um den assimilierten Wiener Juden Jiddisch und jiddische Literatur und Kultur nahe zu bringen.¹⁸

1905 gilt auch als Jahr der endgültigen Abkehr Birnbaums vom Zionismus und Hinwendung zum Diasporanationalismus, in diesem Fall zur österreichischen Minderheitenpolitik. Laut Artikel 19 des österreichischen Staatsgrundgesetzes vom Dezember 1867 waren alle „Volksstämme des Staates [...] gleichberechtigt und jeder Volksstamm [hatte] ein unverletzliches Recht auf Wahrung seiner Nationalität und Sprache“.¹⁹ Basis des nationalen Ausgleichs in der Habsburgermonarchie waren die Umgangssprachen, wobei sich jeder Bürger bei den Volkszählungen zur Sprache einer anerkannten Nation bekennen musste. Die Juden Österreichs galten nicht als „Volksstamm“ oder „Nationalität“, sondern als Religionsgemeinschaft und mussten sich daher zur Umgangssprache einer anerkannten Nationalität bekennen. Aufgrund der josephi-

¹⁷ Siehe dazu: Birnbaum, *National Autonomy*, S. 131–146.

¹⁸ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 44.

¹⁹ Zitiert in: Stourzh, *Juden als Nationalität*, S. 74.

nischen Toleranzpolitik aber auch wegen der besseren Karrierechancen innerhalb der Hegemonialkultur hatten sich die Juden zunächst deutsch akkulturiert und zur deutschen Sprache und damit auch Nation bekannt.

Nach dem Ausgleich von 1867 setzte unter den Juden des cisleithanischen Teils der Habsburgermonarchie eine sprachliche Diversifizierung ein. Der Polonisierungsdruck in Galizien bewirkte, dass die Juden vermehrt Polnisch statt Deutsch als Umgangssprache wählten. Hatten 1900 noch 17,3 Prozent der jüdischen Bevölkerung Galiziens Deutsch als Umgangssprache angegeben, waren es 1910 nur mehr drei Prozent, 94,4 Prozent bekannten sich zur polnischen Umgangssprache.²⁰ In der Bukowina hielten sich Ruthenen – also Ukrainer –, Rumänen, Deutsche und Polen sowie andere kleinere Gruppen nationalpolitisch im Gleichgewicht. Dass Deutsch auch nach dem Ausgleich Amts- und Vermittlungssprache blieb, war aber darauf zurückzuführen, dass die jüdische Bevölkerung es mehrheitlich als seine Umgangssprache angab.²¹ Die jüdische Bevölkerung der tschechischen Länder, Böhmen, Mähren und Schlesien, war sprachlich gespalten. Während die Landbevölkerung tschechisch sprach, setzte sich die Prager jüdische Oberschicht erfolgreicher Unternehmer und Bankiers unter Hinweis auf den tschechischen Antisemitismus rigoros für Deutsch als Umgangssprache ein und sorgte dafür, dass das jüdische Schulsystem weitgehend deutschsprachig war. Eine Wende brachte Tomáš Masaryks Eintreten für Leopold Hilsner, der 1899 eines Ritualmords beschuldigt wurde. Masaryk vertrat von 1900–1914 die Realistische Partei im Reichsrat und wurde 1918 erster Präsident der Tschechoslowakei. Sein liberaler Nationalismus, aber auch der zunehmende deutschnationale Antisemitismus ließen selbst in Prag eine tschechisch-jüdische Kulturbewegung entstehen und bewogen auch Prager Juden vermehrt, sich zu Tschechisch als Umgangssprache zu bekennen. Im Gegensatz zu Galizien und zur Bukowina spielte hier Jiddisch als Umgangssprache keine Rolle. Die tschechischen Zionisten lernten Jiddisch und die jiddische Kultur 1911 durch eine galizische Theatergruppe kennen. Um sich mit ostjüdischer Kultur vertraut zu machen, führten sie Studienreisen nach Galizien

²⁰ John/Lichtblau, *Mythos „deutsche Kultur“*, S. 85.

²¹ Ebd., S. 85, S. 101.

durch.²² In der Residenzstadt Wien bestand kein Zweifel an der Zugehörigkeit der Juden zur deutschen Kultur, als deren Träger Juden um die Jahrhundertwende eine immer wichtigere Rolle spielten.

Die sprachlichen und kulturellen Identitätskonstruktionen bestimmten auch das Interesse an einer nationaljüdischen Politik. Diese erhielt durch die Wahlrechtsreform bei den Reichsratswahlen von 1907 erheblichen Auftrieb, was zu einer ganzen Reihe von nationaljüdischen Kandidaturen führte. Realistische Erfolgssäussichten hatten diese jedoch nur in Galizien und in der Bukowina. Nathan Birnbaum, der bereits in seiner zionistischen Phase zahlreiche Vortragsreisen nach Galizien unternommen hatte und dort einiges Ansehen genoss, entschloss sich, 1907 in Buczacz zu kandidieren, wo er aufgrund der Unterstützung durch die jüdischen und die ruthenischen Wähler auf einen Sieg hoffen konnte. Um seinen politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, gründete Birnbaum 1906 in Wien die *Neue Zeitung*, in der er sich für die kulturelle Autonomie der Juden einsetzte, aber immer wieder auch über zionistische Aktivitäten berichtete. Seine Kandidatur scheiterte, wie nicht nur er überzeugt war, aufgrund von Wahlschwindel des polnischen Kandidaten.²³ Danach stellte er die *Neue Zeitung* ganz in den Dienst des Aufzeigens solcher und ähnlicher Missstände im Reichsrat. Der erhoffte Erfolg bei den Behörden blieb jedoch aus. Die Zeitschrift wiederum wurde durch die Fokussierung auf ein Thema eintönig. Noch im selben Jahr ging die *Neue Zeitung* in die neu gegründete zionistische *Jüdische Zeitung. National-jüdisches Organ*²⁴ auf, die bis 1920 erschien. Die *Jüdische Zeitung* machte sich den Kampf gegen den Antisemitismus ebenso wie die Verbreitung nationaljüdischen Ideenguts zur Aufgabe.²⁵ Dass Birnbaums *Neue Zeitung* in der wichtigsten Wiener zionistischen Zeitschrift aufgehen konnte, zeigt, dass ihre politischen Ziele ähnlich genug waren, um sich weitgehend an dieselbe Leserschaft zu richten.

Denn bei den Reichsratswahlen 1907 hatten auch Zionisten kandidiert. Als

²² McCagg, *Habsburg Jews*, S. 174–180. Für eine etwas abweichende Interpretation der tschechischen Entwicklungen vgl.: Kieval, *The Making of Czech Jewry*.

²³ Vgl.: Birnbaum, *In eigener Volkssache*, S. 2; Fishman, *Ideology*, S. 30.

²⁴ Herausgeber/Chefredakteure: Isidor Margulies, Alexander Geller, Moses Waldmann, David Nebenzahl u.a.

²⁵ Siehe dazu: Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 57–68.

der *Dritte Zionistenkongress* 1899 beschloss, einheitliche Landeskomitees zu schaffen, stellte er die österreichischen Zionisten mit dieser Forderung vor große Probleme. Denn der *Verband Zion*, also die Kolonisationsvereine, hatte sich zwar für politisch-zionistisch bekannt und Herzl aktiv unterstützt. Die galizischen *Ahawat-Zion-Vereine* unter der Leitung von Abraham Salz, blieben jedoch der frühzionistischen, auf Kultur- und Diasporaarbeit ausgerichteten Linie treu und traten der zionistischen Organisation nicht bei. Der österreichische zionistische Landesverband hatte sich daher zunächst ohne Galizien, wo die *Ahawat-Zion-Vereine* besonders stark vertreten und das Misstrauen gegenüber Wiener Vormachtsansprüchen besonders ausgeprägt war, konstituiert, musste aber auch auf ähnlich gesinnte Vereine in anderen Kronländern verzichten. Eine Lösung bewirkten Berthold Feiwel und Martin Buber. Sie legten 1901 dem österreichischen Zionistentag einen Entwurf vor, der ein ausgeprägtes „Gegwartsprogramm“, also kulturelle und soziale Diasporaarbeit, mit der Vorbereitung auf eine Rückkehr nach *Erez Israel* verband, was den Vorstellungen der galizischen und anderen abtrünnigen Vereine entsprach und diese – allerdings nur bis zur nächsten Spaltung im Jahr 1907 – wieder in den österreichischen Landesverband brachte.²⁶

1906 erweiterte das österreichische zionistische Landeskomitee in Wien dieses Programm um die „Landespolitik“ und beschloss, dass sich auch Zionisten aktiv an der österreichischen Wahlrechtsdiskussion beteiligen und sich für die Schaffung einer nationalen Kurie, also nationale Autonomie der Juden, einsetzen sollten. Dies war eine für die zionistische Organisation problematische Entscheidung. Denn viele Zionisten lehnten „Landespolitik“, also das parlamentarische Engagement in den Heimatländern, als Vergeudung wertvoller Kräfte und Ablenkung vom eigentlichen Ziel, der Rückkehr der Juden nach Palästina, ab. Im Juli 1906 fasste ein außerordentlicher Zionistentag den Kompromissbeschluss, eine von der zionistischen Organisation weitgehend unabhängige *Jüdische Nationalpartei* zu gründen, die bei den Reichsratswahlen von 1907 in einigen Wahlkreisen Kandidaten aufstellte. Sie erreichte drei Mandate in Galizien und eines in der Bukowina.²⁷ Die Jüdischnationalen waren somit

²⁶ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 97–99.

²⁷ Ebd., S. 126ff. Vgl. hier den Beitrag von Matthias Falter/Saskia Stachowitzsch, „Denn für uns Juden erhebt sich keine Stimme“. Parlamentarische Praxis des Jüdischen Klubs im Ab-

im Reichsrat vertreten, ohne ihrem Ziel der Anerkennung der jüdischen Nation und der kulturellen Autonomie näher gekommen zu sein. Denn diese hingen ja vom Nachweis einer einheitlichen nationalen Umgangssprache – Jiddisch oder Hebräisch – ab. Wie schwer selbst nationaljüdischen Politikern das Bekenntnis zu einer jüdischen Sprache fiel, zeigt das Beispiel von Benno Straucher, dem gewählten Vertreter der Juden aus der Bukowina im Reichsrat. Straucher sah keinen Widerspruch zwischen seiner jüdischnationalen Politik und seiner Zugehörigkeit zur deutschen Kultur und Sprache.²⁸

Die Czernowitz Sprachkonferenz

Nach seinem Scheitern in der österreichischen Politik begab sich Birnbaum Anfang 1908 nach New York, um auch dort für eine Belebung der jiddischen Sprache und Kultur zu werben. Seine Vorträge stießen auf entschiedene Ablehnung. Wie er später zugab, machte er es seinen Gegnern leicht, ihn zu verunglimpfen, denn noch hielt er seine flammenden Plädoyers für Jiddisch auf Deutsch. Trotzdem fand Birnbaum in New York im Schriftsteller David Pin-ski (1872–1959), einem Anhänger des Arbeiterzionismus, und im Philosophen und Soziologen Chaim Schitlowsky (1865–1943), der einen sozialistischen jüdischen Nationalismus vertrat, prominente Gleichgesinnte, mit denen zusammen er den Plan entwickelte, in Czernowitz eine Weltkonferenz für Jiddisch einzuberufen.²⁹ Czernowitz eignete sich deshalb als Veranstaltungsort, da es in der Habsburgermonarchie lag, die eine vergleichsweise große demokratische Rede- und Versammlungsfreiheit bot, sich gleichzeitig aber nahe der Grenze zu Russland und Rumänien befand, von wo zahlreiche Teilnehmer/innen erwartet wurden. Gleichzeitig war fast ein Drittel der Czernowitz Bevölkerung jüdisch. Im April 1908 übersiedelte Birnbaum nach Czernowitz, wo er bis 1911 blieb.

Wesentliche Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz erhielt Birnbaum vom Wiener Studentenverein *Jüdische Kultur*. Einige Wochen vor Beginn der Czernowitz Sprachkonferenz, die zwischen

²⁸ geordnetenhaus 1907 bis 1911.

²⁹ Sternberg, *Juden in Czernowitz*, S. 33; John/Lichtblau, *Mythos „deutsche Kultur“*, S. 111.

²⁹ Birnbaum, *Demolt un atsind*.

dem 28. August und dem 3. September stattfinden sollte, schickten die Studenten ein „Zirkular“ an die jüdische Presse, um diese anzukündigen. Angesichts des zum Teil mit Erbitterung geführten Streits zwischen Hebraisten und Jiddischisten, der oft als Auseinandersetzung zwischen Zionisten und Diasporanationalisten gesehen wurde und wird, mag es erstaunen, dass *Die Welt*, das in Köln herausgegebene Zentralorgan der Zionistischen Weltorganisation, das „Zirkular“ am 7. August veröffentlichte. Jiddisch und die Frage der Nationalsprache der Juden war jedoch ein Thema, das Zionisten interessierte, was sich auch im hohen Anteil zionistischer Teilnehmer an der Konferenz niederschlug. Das „Zirkular“ zeigte, dass es Birnbaum und seinen Mitarbeitern gelungen war, bedeutende jiddische Autoren und Intellektuelle wie Scholem Jakov Abrahamowicz (Mendele mojcher sform, Odessa), Schalom Asch (Kazimierz), S. Ansky (Shlojme Zanvl Rappoport, Wilna), Dr. Nathan Birnbaum (Wien) und Dr. Chajim Schitlowsky (New York) als Proponenten zu gewinnen.³⁰ Die Veranstalter hatten ein betont unpolitisches Programm zusammengestellt, um Teilnehmer/innen aus Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen,³¹ aber auch mit unterschiedlichen politischen und kulturellen Anschaulungen anzusprechen. Das Anliegen, Jiddisch als Nationalsprache der österreichischen Juden durchzusetzen, das für Birnbaum und seine österreichischen Mitarbeiter, aber eben nur für sie, von Bedeutung war, musste Fragen der jiddischen Kultur, Literatur und Linguistik weichen. Aber selbst diese innerjüdische Diskussion um die Anerkennung von Jiddisch als Literatur- und Nationalsprache barg, wie sich bei der Konferenz bald zeigen sollte, erheblichen Sprengstoff.

Die österreichischen Veranstalter warben geradezu um das Wohlwollen der Zionisten. Die Birnbaum nahe stehende *Jüdische Zeitung* betonte, dass „die Streitfrage Jüdisch-Hebräisch nicht berührt“ werde, weshalb sie die Konferenz als „ein Zeichen des entwickelten jüdischen Nationalgefühls [...] freudig“ begrüßte.³² Die Wiener *Neue National-Zeitung* brachte am 4. Septemberein von dem Czernowitz Zionisten Salomon Kassner verfasstes fiktives Gespräch, in dem ein zionistischer Student assimilierte Czernowitz Juden überreden kann,

³⁰ *Die Welt*, 12. Jg. Heft 31 (Köln, 7.8.1908), S. 15.

³¹ Fishman, *Yiddish*, S. 258–260.

³² Die jüdische Sprachkonferenz. In: *Jüdische Zeitung*. 2. Jahrgang, Heft 36 (4.9.1908), S. 3.

trotz ihrer Vorbehalte gegen die Konferenz zumindest den Dichterabend zu besuchen.³³ Dies wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Zusammenstellung des Programms, das möglichst unterschiedliche Gruppen ansprechen sollte. Doch tatsächlich wurden die Konferenz und Jiddisch als Nationalsprache von Czernowitzer Zionisten unterstützt, allen voran von Löbl Taubes, einem der wichtigsten Gegenspieler von Benno Straucher.³⁴

Auch J. L. Perez war um Einheit bemüht und betonte am ersten Konferenztag: „Sinn der Konferenz sei es, durch gegenseitiges Kennenlernen die Grenzen zu verwischen, die zwischen den jiddischen Autoren der verschiedenen Länder entstanden seien.“³⁵ Dennoch zeigten die Diskussionen der nächsten Tage das tiefe Misstrauen zwischen Bundisten³⁶ und Zionisten, aber auch erhebliche Meinungsunterschiede unter den Vertretern unterschiedlicher zionistischer Strömungen. Obwohl der Zionismus Hebräisch als Nationalsprache der Juden forcierte, hielten die Arbeiterzionisten Jiddisch auch als wichtiges Mittel für die „Nationalisierung“ des Volks und als unverzichtbar für die Massenagitaton. So berichtete *Die Welt* sehr anschaulich über die entscheidende Diskussion zur Frage, ob Jiddisch die Nationalsprache der Juden sein könne: „Als erster Redner trat Gg. [Gesinnungsgenosse, E. L.] Weinreb (Buczacz) auf. Er erklärt den Standpunkt der Zionisten, welche als einzige nationale Sprache der Juden

³³ Neue National-Zeitung. *Jüdisch politische Wochenschrift*, 10. Jg. Nr. 35 (4.9.1908), S. 3–5. Salomon Kassner wurde 1881 in Czernowitz geboren, wo er sich nach dem Studium an der dortigen Universität als Rechtsanwalt niederließ. 1903 war er Präsident der zionistischen akademischen Verbindung *Hasmonäa* und wurde im selben Jahr erstmals ins Bukowinaer Distrikt-Komitee gewählt, dem er jahrelang angehörte.

³⁴ Sternberg, Czernowitz, S. 33; John/Lichtblau, *Mythos „deutsche Kultur“*, S. 111.

³⁵ Verschiedene Nachrichten. Czernowitz. In: Die Wahrheit. Unabhängige Zeitschrift für jüdische Interessen, Nr. 37 (Wien, 18.9.1908), S. 8; Jüdische Sprachkonferenz. In: Die Welt, 12. Jg. Heft 36 (11.9.1908), S. 6–10.

³⁶ Mitglieder des *Bunds*, eigentlich: *Allgemeiner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Polyn und Russland*, gegründet 1897. Der *Bund* war eine marxistische jüdische Arbeiterbewegung, die für jüdische Minderheitenrechte eintrat und die jiddische Kultur pflegte, ohne die Assimilation der Juden abzulehnen. Die nationalen Elemente ihrer Ideologie sahen die Bundisten durch die jüdischen Lebensumstände bedingt, ohne in ihnen einen Wert ansich zu erblicken. Bewegungen wie den Zionismus, die ideologisch vom Bestehen einer weltweiten, extrateritorialen jüdischen Nation ausgingen, lehnte der *Bund* ab und beschränkte seine Tätigkeit auf die Juden Osteuropas sowie die internationale Arbeiterbewegung.

das Hebräische betrachten (Lebhafter Beifall.) In der Entwicklung der jüdischen Sprache sehen die Zionisten nur ein Mittel, das Judentum in den Golusländern zu erhalten.“ Der Vertreter der *Po’ale Zion* (Arbeiterzionisten) hingegen wies darauf hin, dass Hebräisch sich nur in Palästina zur Umgangssprache entwickle, weshalb in Ländern der Diaspora, „wo Juden in kompakten Massen lebten“, Jiddisch als nationale Sprache anerkannt werden sollte. Für den Schriftsteller Schalom Asch war das Hebräisch von Bibel und Talmud heilig, doch: „Das modernisierte Hebräisch ist ihm auch Jargon!! Nur das Jüdische ist unsere Volks- und daher auch Nationalsprache.“³⁷ Nach langen Diskussionen und mehreren Abstimmungen, die immer wieder angefochten wurden, konnte sich die Konferenz am nächsten Tag schließlich auf eine mehrheitsfähige Resolution einigen, die lautete:

„Die erste jüdische Sprachkonferenz erkennt ‚Jiddisch‘ als eine nationale Sprache des jüdischen Volkes und fordert ihre politische, gesellschaftliche und kulturelle Gleichberechtigung. Gleichzeitig erachtet es die Konferenz für nötig zu erklären, dass einem jeden Teilnehmer an dieser Konferenz, wie auch jedem Mitglied der zu schaffenden Organisation die Freiheit bleibt, sich zu der hebräischen Sprache gemäß seiner Überzeugung zu beziehen.“³⁸

Die Organisation wurde nicht gegründet und es gelang Birnbaum, der zu ihrem Sekretär gewählt worden war, auch nicht, die Protokolle der Konferenz zu publizieren. Der Kompromiss zwischen Bundisten und Zionisten sowie zwischen Jiddischisten und Hebraisten, welcher in Czernowitz zustande gekommen war, wurde in der jüdischen Welt nicht wahrgenommen, die Fronten zwischen den Lagern sollten sich in Zukunft sogar noch verhärten.³⁹ Aber auch die Einstellung Birnbaums, der Hebräisch keineswegs zugunsten Jiddisch abgeschworen hatte und wesentlich zur Annahme der Resolution beigetragen hatte, wurde vor allem in zionistischen Kreisen nicht rezipiert, hätte sie doch nicht in das von ihm entworfene Bild des Renegaten und Verräters gepasst.

Dennoch trug die Konferenz dazu bei, das Ansehen von Jiddisch zu stärken. Auch Birnbaum setzte sich nach der Konferenz weiterhin dafür ein. Mit

³⁷ Alle Zitate: *Die Welt*, 12. Jg. Heft 36 (11.9.1908), S. 10.

³⁸ *Jüdische Zeitung*, 2. Jg. Nr. 37 (11.9.1908), S. 6.

³⁹ Katz, *Words on Fire*, S. 264–275.

Hilfe des Zionisten Löbl Taubes brachte er in Czernowitz zwei kurzlebige jiddische Zeitschriften, *Dr. Birnbaums Wochenblatt* (1908) und *Das Volk* (1910), heraus, rief den jiddischen Gesangsvverein *Hasomir* ins Leben und gründete nach Wiener Vorbild den Studentenverein *Jüdische Kultur*, der eine jiddische Bibliothek anlegte, Vorträge in der ganzen Bukowina organisierte und jiddische Sprachkurse anbot.⁴⁰ Ein wichtiges Ziel dieser Unternehmung war die Nationalisierung der Bukowinaer Juden und der Kampf gegen die Assimilation, Anliegen, die Birnbaum nach wie vor mit den Zionisten gemeinsam hatte und die zeigten, dass er die Grundüberzeugungen seiner zionistischen Periode auch als Diasporapolitiker vertrat. Wie der Zionist Hermann Sternberg rückblickend schrieb, öffnete die Sprachkonferenz „vielen im deutschen Kulturkreis Befannten die Augen“ und die jiddisch sprechenden Juden der Bukowina nahmen

„zum ersten Mal am geistigen Leben der Nation teil. Dem jüdischen Arbeiter wurden nunmehr Kulturgüter in einer ihm vertrauten Sprache vermittelt. Als bald erfasste er die sozialen Probleme seiner Zeit und fand in der jiddischen Presse ideologische Aufklärung. Eine Studentengruppe („Die jüdische Kultur“) eröffnete einen zähen Kampf gegen die deutsche Umgangssprache.“⁴¹

Dennoch provozierte nicht der Verein *Jüdische Kultur*, sondern der Verein *Jüdisches Theater* einen Testfall für die Anerkennung der jüdischen Nation, als der Czernowitzer Rechtsanwalt Dr. Max Diamant 1909 dem Innenministerium seine Statuten auf Jiddisch einreichte.⁴² Diamant war ebenso wie Birnbaum deutschsprachig aufgewachsen und musste Jiddisch erst lernen.⁴³ Für beide war Jiddisch politisches Programm, doch war Diamant überzeugter Zionist. Als Student hatte Diamant 1897 die jüdisch-nationale – also zionistische – akademische Verbindung *Zephirah* an der Czernowitzer Universität mitbegründet, 1906 die *Jüdische Nationalpartei*, deren Vizepräsident er wurde, 1908 hatte er die Sprachkonferenz mitorganisiert. Als das Innenministerium die Behandlung der Statuten – wie erwartet – ablehnte, weil diese nicht in einer landesüblichen Sprache abgefasst waren, erhob Diamant Beschwerde, dass damit sein Recht

⁴⁰ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 44ff.

⁴¹ Sternberg, *Juden in Czernowitz*, S. 33f.

⁴² Stourzh, *Juden als Nationalität*, S. 80–87.

⁴³ John/Lichtblau, *Mythos „deutsche Kultur“*, S. 111.

„auf Wahrung und Pflege seiner jüdischen Nationalität“ verletzt worden sei. Als Beweis dafür, dass Jiddisch in der Bukowina sehr wohl eine landesübliche Sprache war, legte er eine Bestätigung des Bürgermeisters von Radautz vor,

„dass es hierorts üblich ist, die gemeindeamtlichen Kundmachungen und sonstigen öffentlichen Verlautbarungen in deutscher, rumänischer und jüdischer Sprache und Schrift ergehen zu lassen.“⁴⁴

Das Wiener Reichsgericht wies die Beschwerde ab. Jiddisch sei zwar in Galizien und der Bukowina landestüblich, werde aber in den westlichen Kronländern nicht gesprochen. Daher sei es nicht die Sprache des Volksstamms, sondern nur ein lokaler Dialekt. Damit war auch die Anerkennung der jüdischen Nation abgelehnt worden. Der nächste Versuch, die nationale Anerkennung der Juden durchzusetzen, erfolgte bereits 1910. Der *Jüdischen Nationalpartei* war es gelungen, in der Bukowina einen nationalen Ausgleich auf der Basis von fünf Nationalitäten: Rumänen, Ruthenen, Deutschen, Polen und Juden vom Landtag beschließen zu lassen. Wieder legte die Zentralregierung in Wien ein Veto gegen diese jüdische Kurie und die damit verbundene *de facto* Anerkennung der jüdischen Nation ein, da, wie der Innenminister argumentierte, politische Rechte nicht von der Religionszugehörigkeit abgeleitet werden könnten.⁴⁵

Das „Jüdische Archiv“

Zu einer neuerlichen Zusammenarbeit zwischen Nathan Birnbaum und Zionisten kam es während des Ersten Weltkriegs. Bereits im Herbst 1914 lösten die Kriegsereignisse eine massive Fluchtbewegung aus Galizien und der Bukowina nach Ungarn, Böhmen, Mähren und Wien aus. Neben Polen und Ruthenen verließen etwa 400.000 Juden ihre Heimatorte teils freiwillig, teils wurden sie von der Armee zwangsevakuierter oder als Arbeiter für die Kriegswirtschaft angeworben. Zum Jahreswechsel 1914/15 lebten 150.000 Kriegsflüchtlinge in Wien, davon 125.000 Juden. Im September 1918 befanden sich noch immer 25–30.000 jüdische Flüchtlinge in der Stadt, von denen 17.275 auf öffentli-

⁴⁴ Stourzh, *Juden als Nationalität*, S. 83.

⁴⁵ Ebd., S. 90–94.

che Unterstützung angewiesen waren.⁴⁶ Die Wiener Bevölkerung machte die mittellosen jüdischen Kriegsflüchtlinge verantwortlich für die kriegsbedingte Versorgungskrise, viele Wiener Juden sahen in ihrer Anwesenheit die Ursache für das Anwachsen des Antisemitismus. Den Zionisten gab den Flüchtlingen Gelegenheit, ein eindrucksvolles Hilfswerk aufzubauen und zu einer ernstzunehmenden Kraft der jüdischen Politik zu werden.⁴⁷

Unter den Kriegsflüchtlingen befanden sich auch zahlreiche zionistische Führer aus den östlichen Kronländern. Dies bot eine Gelegenheit, den österreichischen Landesverband, der seit der Abspaltung der Galizianer 1907 ein Provisorium war,⁴⁸ zu vereinen. Anfang 1915 konstituierte sich das *Exekutivkomitee der Vereinigten Zionisten Österreichs*. Diese hatten ein breites Arbeitsgebiet vor sich. Es galt nicht nur, die schwierige Situation der jüdischen Bevölkerung in und aus den Kampfgebieten zu lindern, sondern auch ihre Zukunft zu sichern. Da sich sehr bald abzeichnete, dass die Polen gestärkt aus dem Krieg hervorgehen und weitgehende nationale Rechte innerhalb der Monarchie erhalten würden, erfüllte die Zionisten mit Sorge. Als einzige Möglichkeit, die nationale aber auch wirtschaftliche Zukunft der galizischen Juden nach dem Krieg zu sichern, erschien ihnen ihre nationale Anerkennung, da damit auch der Minderheitenschutz verbunden war. Als Religionsgemeinschaft wären die Juden, wie die Zionisten befürchteten, dem polnischen Antisemitismus ausgeliefert. Eine offene Diskussion dieser Frage war aufgrund der strengen Zensur unmöglich. Dennoch wollten die Zionisten eine positive Stimmung für ihre Anliegen unter den politischen Entscheidungsträgern und in der Öffentlichkeit schaffen. Daher riefen sie Anfang 1915 ein „vorbereitendes Komitee *Jüdisches Kriegsarchiv*“ ins Leben, in dem Zionisten aus Galizien, der Bukowina und Westösterreich zusammenarbeiteten. Obwohl auch das Komitee *Jüdisches Kriegsarchiv* die Einheit des österreichischen Zionismus fördern sollte, wies es genau jene Eigenschaft auf, welche diese stets verhindert hatte: Es war von Wiener Zionisten dominiert.

Alfred Lanzer war seit 1908 Mitglied des provisorischen Präsidiums des österreichischen zionistischen Landesverbands. Rudolf Taussig gehörte dem

⁴⁶ Hoffmann-Holter, „*Abreisendmachung*“, S. 15.

⁴⁷ Siehe dazu hier: Hecht, *Anitta Müller-Cohen*.

⁴⁸ Zu dieser Spaltung siehe: Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 132f.

kurz zuvor gegründeten *Exekutivkomitee der Vereinigten Zionisten Österreichs* an, dessen Führung er im März 1916 übernahm. Isidor Margulies und Paul Weisengrün waren Mitglieder der Exekutive der *Jüdischen Nationalpartei*. Nichtwiener Mitglieder waren Ludwig Stein, der 1910/11 Obmann der Prager zionistischen Studentenvereinigung *Bar Kochba* gewesen war, sowie der aus Krakau geflohene Fischl Waschitz, der seit 1907 Generalsekretär des galizischen Distrikt-Komitees gewesen war.⁴⁹ Benno Straucher, der bedeutendste nationaljüdische Politiker der Bukowina, schloss sich dem Komitee *Jüdisches Kriegsarchiv* lediglich als „Stifter und Förderer“ an.⁵⁰ Obmann des Komitees war Robert Stricker, seit 1912 zusammen mit Jakob Ehrlich Vertreter der Zionisten im Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, seit 1913 auch Mitglied des *Aktionskomitees der Zionistischen Weltorganisation*. 1915 trat auch er dem *Exekutivkomitee der Vereinigten Zionisten Österreichs* bei und gehörte ab 1916 der Reichsexekutive der *Jüdischen Nationalpartei* an.⁵¹

Sekretär, Archivar und Leiter des Büros in Wien 2, Zirkusgasse 33, war Nathan Birnbaum.⁵² Birnbaum hatte sich bereits seit Kriegsbeginn für die nach Wien strömenden Flüchtlinge eingesetzt. 1915 war er Mitbegründer und Vorstandsmitglied des *Komitees zur Aufklärung über ostjüdische Fragen*. Im selben Jahr publizierte er die Schrift „Den Ostjuden ihr Recht“. Seine Mitarbeit zeigte aber auch, dass das Komitee zwar eine zionistische Gründung war, sich aber als überparteilich verstand. Auch die Liste der „Stifter und Förderer“ des Komitees vom Mai 1915 weist nichtzionistische Organisationen wie die *B'nai Brith Loge*, Wien, mehrere nicht-zionistische Mitglieder des Vorstands der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde sowie die drei prominenten Schriftsteller Richard Beer-Hofmann, Arthur Schnitzler und Martin Buber auf, die trotz zionistischer Sympathien keine Parteizionisten waren. Dennoch stellten auch unter den „Stiftern und Förderern“ Zionisten und zionistische Organisationen wie das *Jüdischnationale Komitee in Berlin* oder der *Verein Jeschurun*

⁴⁹ Für eine vollständige Namensliste der Mitglieder des vorbereitenden Komitees siehe: Prospekt *Jüdisches Kriegsarchiv*, Central Archive of the History of the Jewish People, Jerusalem [CAHJP] A/W 2477.

⁵⁰ „Aus der Liste der Stifter und Förderer des Jüdischen Kriegsarchivs“, CAHJP A/W 2477.

⁵¹ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 306, 336, 344.

⁵² Ebd. Vgl. auch: Fraenkel, *Robert Stricker*, S. 15.

in Troppau die Mehrheit.⁵³ Im Mai 1915 suchte Stricker auch bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien um finanzielle Unterstützung für das Komitee an, das

„die große und besonders für die Juden so bedeutungsreiche Zeit in Dokumenten und einwandfreien Schilderungen der Ereignisse festhalten [...] und] die geistige Rüstkammer darstellen [soll], für den Kampf um Recht und Existenz, welchen die Judenschaft nach dem Weltkriege in noch erhöhtem Maße wird führen müssen. Es droht die Gefahr, dass speziell den österreichischen Juden, welche doch fürs Vaterland willig die schwersten Opfer gebracht haben, statt des wohlverdienten Dankes und der Anerkennung, schmähliche Verleumdung und Vergewaltigung zuteil wird. Waren zu Beginn des Krieges die höchsten Militär- und Zivilbehörden voll des Lobes über unser Verhalten, so ist es inzwischen einer wohlorganisierten, weit und hochreichenden antisemitischen Clique gelungen, durch perfide Wühlarbeit die Wohlmeinung zu erschüttern, unsern Ruf zu besudeln.“⁵⁴

Das Komitee sammelte verlässliche Berichte über die Leiden der Juden in den Kriegsgebieten Galiziens und der Bukowina. Seine wichtigsten Informanten waren dabei jüdische Kriegsflüchtlinge, die häufig Nathan Birnbaum im Büro in der Zirkusgasse ihre Erlebnisse schilderten oder aus den Flüchtlingslagern, schriftliche Berichte einschickten. Das *Jüdische Kriegsarchiv* erhielt aber auch schriftliche Artikel und Notizen über die überaus schwierige Situation der jüdischen Zivilbevölkerung in Galizien und der Bukowina. Gleichzeitig sammelte das Komitee aber auch Beweise für die Tapferkeit der jüdischen Soldaten in der k.u.k. Armee und für die Loyalität der Juden zum österreichischen Staat. Dieses Faktenmaterial diente zur Untermauerung von Eingaben des Komitees bei österreichischen Behörden und Politikern zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Juden im Osten oder der Flüchtlinge in den westlichen Kronländern.⁵⁵ Das *Jüdische Kriegsarchiv* setzte seine Dokumentation aber auch dazu ein, für die Anerkennung der Juden als nationale Minderheit in einer reformierten Habsburgermonarchie zu werben. Das stärkste Argument

⁵³ „Aus der Liste der Stifter und Förderer des Jüdischen Kriegsarchivs“, CAHJP A/W 2477.

⁵⁴ Schreiben des Büros des *Jüdischen Kriegsarchivs*, gez. Ingenieur Robert Stricker, G[eschäftsführender] Obmann, an den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, 25.5.1915, CAHJP A/W 2477.

⁵⁵ Waldmann, *From His Debut*, S. 68.

für diese Forderung war neben dem nationalen Empfinden vor allem der Ostjuden die unverbrüchliche Loyalität aller österreichischen Juden zur Habsburgermonarchie. Dazu kam aber auch die Furcht vor dem polnischen Chauvinismus und Antisemitismus, die, wie ein Teil der Berichte zeigte, durchaus berechtigt war.

Um die Sympathien einer breiteren Öffentlichkeit zu erwecken, sollten ausgewählte Berichte publiziert werden. Daher brachte das Komitee ab Mai 1915 die Zeitschrift *Jüdisches Archiv. Mitteilungen des Komitees „Jüdisches Kriegsarchiv“* heraus. Herausgeber war Robert Stricker, Redakteur Nathan Birnbaum.⁵⁶ Allerdings konnten, vermutlich mangels ausreichender finanzieller Mittel, bis Januar 1917 lediglich vier weitere Ausgaben folgen, dann wurde die Zeitschrift ganz eingestellt. Dies hatte nicht nur finanzielle, sondern auch politische Gründe. Zu Lebzeiten Kaiser Franz Josefs I. verhinderte die strenge Zensur eine offene nationaljüdische Agitation. Sein Nachfolger, Karl I., versprach bereits bei seiner Thronrede aus Anlass der Reichsratseröffnung Ende Mai 1917, die Monarchie in Richtung eines Staatenbundes zu reformieren, und lockerte die Zensur erheblich. Dies löste politische Aktivitäten sämtlicher jüdischer Lager,⁵⁷ insbesondere aber der Nationaljuden aus.⁵⁸ Das *Jüdische Archiv*, welches mit Dokumentationen um Sympathien für jüdische Anliegen geworben hatte, ohne diese auszusprechen, verlor nun, da politische Ziele offener dargelegt werden konnten, seine Bedeutung. 1920 legte der Löwit Verlag die Hefte des *Jüdischen Archivs* als Sammelband jedoch neuerlich auf, diesmal mit dem Ziel, den virulenten Antisemitismus der Ersten Republik zu bekämpfen.

Birnbaums Abkehr vom Zionismus

Birnbaum hatte bereits in Czernowitz erste Schriften zu religiösen Fragen verfasst. Wie er 1919, nach vollzogener Hinwendung zur Orthodoxie, schrieb, hatte er sich „vor etwa zwölf bis vierzehn Jahren in meinem Materialismus unbe-

⁵⁶ Ebd. Vgl. auch: Fraenkel, *Robert Stricker*, S. 15. Siehe auch: Lappin, *Zwischen den Fronten*, S. 229–246.

⁵⁷ Rechter, *Jews of Vienna*, S. 31, 51ff.

⁵⁸ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 535.

haglich zu fühlen“ begonnen, hatten sich „die ersten Spuren spiritualistischer Elemente in meine materialistische Weltanschauung gemischt“. Ausgelöst habe die Wandlung „der Übergang vom Gesinnungsnationalismus zur Betonung des Volkstums“.⁵⁹ Angesichts der, wie er sie beschrieb: kontinuierlichen Entwicklung „Vom Freigeist zum Gläubigen“ erstaunt doch die Vehemenz, mit der Birnbaum 1918 in seiner Schrift „Gottes Volks“ – herausgebracht beim zionistischen Verlag Löwit – den Zionismus und vor allem die Zionisten attackierte. Zwar billigte er ihnen zu, dem jüdischen Zusammenhalt und dem jüdischen Volkstum zu nutzen.

„Aber ich sehe, dass sie im Entscheidensten, in der Frage Gott und die Welt, nicht anders sind als die von ihnen so verketzerten Assimilanten. Ich [...] sehe sie, trotz angestrengtester Stilspielerei, ebenso stilverwaist allem Snobismus zugänglich, ebenso auf dem Ideen-Jahrmarkt eingerichtet, ebenso jeden Augenblick geneigt, in die alte, eitle, unfruchtbare journalistische Betriebsamkeit und literarische Selbstgefälligkeit zu verfallen, ebenso machtlos gegen die Entartung jüdischen Sozialgefühls und jüdischen Zuchtgedankens.“⁶⁰

Birnbaum setzte die Zionisten mit den Assimilanten gleich und sprach ihnen die Fähigkeit zu einer jüdischen Erneuerung ab. Er setzte nun alle Hoffnungen in die gläubigen Ostjuden, „ein mächtiger Block im Judentum [...], der seine Verantwortlichkeit kennt, die Ehre und die Ewigkeit Israels rettet“.⁶¹ Während er die säkularen Zionisten als „Heidenjuden“, die gegen das jüdische Gesetz rebellierten, verloren gab, versuchte er nun die Orthodoxen für die entscheidende Tat zu erwecken. Er rief sie auf, dem Messias den Weg zu bereiten, indem „in ihrer Mitte eine unabhängige, festgefügte und geordnete Glaubenshüterschaft, die sie berät, führt und vertritt, entstehe“.⁶² Damit solle der religiösen Anarchie Einhalt geboten werden. Darüber hinaus forderte er eine Absage an Lebensformen, welche die „gläubige Judenheit“ zu Sünde und Abfall verleiteten.

„Sünde muss ihr die Großstadt werden, diese ergiebigste Quelle der Verheidung, Glau-

⁵⁹ Birnbaum, *Freigeist*, S. 11f.

⁶⁰ Birnbaum, *Gottes Volk*, S. 19.

⁶¹ Ebd., S. 24.

⁶² Ebd., S. 35.

benstat die Rückkehr zum Landbau als Bürgschaft jüdischer Einsamkeit und Heiligung.“⁶³

Um dieses Ziel zu erreichen hatte Birnbaum, wie er ausführte, bereits 1916 mit „Gleichstrebenden“ die Gruppe *Huojlim* (*die Aufstrebenden*) gegründet.⁶⁴ Den am Ende von „Gottes Volk“ abgedruckten Auszügen aus dem Organisationsstatut ist zu entnehmen, dass *Huojlim* eine Berufsumschichtung der Juden auf sittlich-religiöser Grundlage anstrebten. Neben strenger Gesetzestreue sollte diese Gruppe ein beispielhaftes Leben in der Natur fern von den korrumpernden Einflüssen der Großstadt führen, landwirtschaftlich tätig sein und sich körperlich ertüchtigen.⁶⁵ Solche lebensreformerischen Ideen und Projekte waren zu Kriegsende unter Nichtjuden und Juden weit verbreitet. Sie fanden zum Beispiel auch bei Teilen der zionistischen Jugend Anklang, die in der Nähe Wiens jüdische Siedlungen gründen wollten.⁶⁶ Unter den Orthodoxen fand diese Botschaft jedoch, wie Birnbaum in seinen „Nachbemerkungen zu „Gottes Volk““ im Oktober 1918 feststellte, keinen Anklang. Die strenggläubige Leserschaft spendete seiner Kritik am „Heidenjudentum“ und seiner persönlichen Abkehr davon Beifall, „während alles, was [...] über Kritik und Bekenntnis hinausgeht, von ihnen ganz übersehen oder in einem Tone erledigt wurde, der sagen sollte: Um der schönen Hauptsache willen sei dir verziehen [...]“⁶⁷ Trotz des Scheitern von *Huojlim* resignierte Birnbaum nicht. 1919 fand er ein geeignetes Betätigungsfeld in der wieder gegründeten Weltorganisation der *Agudas Jisroel*, der Vereinigung der antizionistischen Orthodoxie, deren erster Generalsekretär er wurde.⁶⁸

⁶³ Ebd., S. 36.

⁶⁴ Ebd., S. 37.

⁶⁵ Ebd., S. 44–48.

⁶⁶ Vgl.: *Jerubbaal. Zeitschrift der jüdischen Jugend.* Monatsschrift. R. Löwit-Verlag, Wien, Berlin.

⁶⁷ Birnbaum, *Nachbemerkungen zu „Gottes Volk“*, S. 545.

⁶⁸ *Agudas Jisroel* [heute meist *Agudat Israel*] (*Bund Israels*), Weltorganisation aller toratreuen Juden zur Pflege und Vertretung ihrer religiösen Interessen. Gegründet 1912 in Kattowitz, später Hauptsitz in Wien. Die *Agudas Jisroel* eröffnete zwar 1921 eine eigene Palästinazentrale zum Aufbau von *Erez Israel* im Geist der Tora, doch lehnte sie den Zionismus strikt ab. Auch heute noch zählt die *Agudat-Israel-Partei* zu den nichtzionistischen Parteien in der israelischen Knesseth.

MATTHIAS FALTER / SASKIA STACHOWITSCH

,Denn für uns Juden erhebt sich keine Stimme‘.* Parlamentarische Praxis des Jüdischen Klubs im Abgeordnetenhaus 1907 bis 1911

Dieser Beitrag behandelt das Wirken der *Jüdisch-Nationalen Partei* (JNP) im Abgeordnetenhaus des Reichsrats und untersucht zu diesem Zweck politische Praktiken¹ von Mitgliedern des *Jüdischen Klubs*. Neben diesen gab es auch parteilose jüdischnationale Abgeordnete, wie den Journalisten Henryk Reizes und den Rechtsanwalt Adolf Gross. Dieser Artikel konzentriert sich jedoch in erster Linie auf den *Jüdischen Klub*, der von 1907 bis 1911 bestand. Auch die parlamentarische Tätigkeit seines prominentesten Mitgliedes Benno Straucher vor und nach dieser Phase wird daher außer Acht gelassen. Der Themenkomplex jüdische Repräsentation im Parlament wird in Zusammenhang mit allgemeinem sozialem Wandel, Strukturveränderungen innerhalb des österreichischen Judentums und Parlamentarismusentwicklung in der konstitutionellen Monarchie Österreichs betrachtet. Dabei werden soziale und politische Entwicklungen in den Blick genommen, die Ausmaß und Formen jüdischer Partizipation am parlamentarischen Geschehen beeinflussten.

Jüdischnationale Bewegungen waren eine von vielen Formen politischer Repräsentation des Judentums im Untersuchungszeitraum, die im Kontext politischer Integration österreichischer Juden und Jüdinnen entstanden. Diese Integration war ein konflikthafter Prozess, der einerseits durch antisemitische Abwehr und andererseits durch Auseinandersetzungen innerhalb des Judentums über „jüdische Interessen“ und ihre bestmögliche Verteidigung geprägt war. Es bedarf daher sozialer, politischer und nationaler Differenzierung des oftmals vereinheitlichten Judentums, um diesen internen und externen Konflik-

* Zit. nach Wininger, *Große jüdische National-Biographie*, S. 46.

¹ Dazu werden in erster Linie Reden, Gesetzesanträge und Interpellationen aus den Stenografischen Protokollen des Abgeordnetenhauses ausgewertet.

ten bei der Untersuchung jüdischer parlamentarischer Repräsentation gerecht zu werden. Das Themenfeld verweist in diesem Sinne auf die Relationalität der Begriffe „jüdisch“ und „Judentum“, sowie auf ihre oftmals bereits implizierte negative Definition als vom Antisemitismus bedroht.

Kulturwissenschaftliche Zugänge haben dualistische Sichtweisen der gegenwärtigen Historiografie kritisiert, die innergesellschaftliche Differenzierungen abseits der Trennlinie Jüdisch/Nicht-Jüdisch oftmals vernachlässigen. Jewish Studies rücken die Zusammenhänge und Wechselwirkungen von jüdischer und allgemeiner Geschichte in den Vordergrund.² Zusätzlich zu dieser Verschiebung des Fokus ist es notwendig, jene gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse in die Analyse mit einzubeziehen, in denen „jüdisch“ als Selbst- oder Fremddefinition konstituiert wird.

1. Parlamentarismusentwicklung und politische Integration des österreichischen Judentums

Repräsentation jüdischnationaler Bewegungen im Parlament wurde durch strukturelle Bedingungen ermöglicht, die auf sozialen Wandel innerhalb und außerhalb der jüdischen Bevölkerung, sowie auf Entwicklungen im parlamentarischen System der späten Habsburgermonarchie zurückzuführen sind. Es gilt daher, Sozialgeschichte des österreichischen Judentums und Parlamentarismusgeschichte gemeinsam zu betrachten. Letztere ist dabei nicht als Geschichte einer Institution, sondern in erster Linie als Geschichte eines dynamischen gesellschaftlichen Prozesses zu begreifen.³ Dieser wird von Interessen verschiedener sozialer Gruppen beeinflusst, die sich in Konflikten um politische Repräsentation ausdrücken. Parlamentarismusentwicklung ist auch Entwicklung der Legitimierung von Herrschaft und den damit verbundenen

² Vgl. Hödl, *Der Platz der allgemeinen Geschichte*, S. 55–86. Vgl. dazu auch die Differenzierung von Judaistik und Jüdischen Studien: „Whether Judaistik is largely about viewing Jewish culture and Jewish heritage as a distinct whole from the centre out, the centre of gravity of Jewish Studies is that point where the Jewish and non Jewish experiences meet.“ Beller, *Knowing your Elephant*, S. 13–23, bes. S. 16.

³ Nick/Pelinka, *Parlamentarismus*, S. 25, S. 51.

Formen politischer Partizipation, wobei das parlamentarische Wahlrecht eine zentrale Einrichtung zur Durchsetzung dieser Partizipation darstellt.⁴

Industrialisierung, Urbanisierung und nationale Konflikte innerhalb der Habsburgermonarchie führten ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu langsamem, aber kontinuierlicher Demokratisierung von politischem System und Wahlrecht. Das österreichische Parlament entwickelte sich auf der Ebene der Repräsentation von einer Ständevertretung zu einer (partei-) politischen Interessensvertretung. Auf der Ebene der Partizipation wurde dieser Prozess von der Entwicklung eines Klassenwahlrechts zu einem demokratischen Wahlrecht begleitet. Dadurch veränderte sich die soziale Zusammensetzung repräsentierter politischer Gruppierungen und der Wählerschaft.

Demokratisierung bedeutete Aufstieg moderner Massenparteien in Gestalt von Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen als organisatorischer Ausdruck sozialer Massenbewegungen von Arbeiterschaft einerseits und Kleinkürtgertum und niederer Bauernschaft andererseits, die vom staatlichen Institutionensystem bisher nur schwach erfasst worden waren,⁵ sowie zunehmende Nationalisierung von Politik.⁶ Mit diesem Wandel wurde das Parlament auch zur „Bühne“ für modernen Antisemitismus. Ausweitung von Repräsentation und Partizipation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und bisher benachteiligter Nationalitäten, besonders durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts 1907, war wesentlicher Kontext für die Etablierung jüdisch-nationaler Parteien im Parlament. Der Wettbewerb um neue, wahlberechtigte Gruppen führte zu Kampagnen der Massenmobilisierung, die erstmals auch jüdische Wähler gezielt anzusprechen versuchten.⁷

Veränderungen parteipolitischer Strukturen und Machtverhältnisse führten zu Verlusten für die Liberalen, die wegen der Konzentration von Juden und Jüdinnen in mittelständischen und selbstständigen Berufen lange Zeit die politische Heimat für die Mehrheit jüdischer Abgeordneter und Wähler dargestellt hatten. Teile der Liberalen hofften auf eine Allianz mit deutschnationalen Gruppierungen, um im Kampf gegen *Christlich-Soziale* und *Sozialde-*

⁴ Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht*, S. 14.

⁵ Ebd. ' S. 223f.

⁶ Berchtold, *Die politischen Parteien*, S. 159f.

⁷ Pauley, *From Prejudice to Persecution*, S. 45.

mokratische Partei konkurrenzfähig zu bleiben, und distanzierten sich von ihren jüdischen Mitgliedern.⁸ Für viele Juden stellten weder die antisemitische CSP, noch die bürgerfeindliche SdP eine Alternative dar.⁹ Daher hielten viele an den Liberalen fest, die 1867 ihre Emanzipation unterstützt hatten, selbst nachdem sich ein Teil dieser dem Antisemitismus zugewandt hatte.¹⁰ Innerhalb des Judentums allgemein, sowie unter jüdischen Abgeordneten bestand Uneinigkeit über die bestmögliche Verteidigung gegen steigenden Antisemitismus und schwindende Integrationsmöglichkeiten durch Konversion. Die effektivste Strategie sahen viele in der Abwendung vom liberalen Universalismus und in der Hinwendung zum expliziten Partikularismus von Zionismus oder Nationaljudentum einerseits oder Kommunismus und Sozialdemokratie andererseits.¹¹ Bereits ab den 1880er Jahren kam es zu einer partikularistischeren, betont jüdischen Politisierung, die sich etwa in Joseph Samuel Blochs Einzug ins Abgeordnetenhaus 1883 ausdrückte. Neben diesen Verschiebungen in politischem System, Wahlrecht und parteipolitischen Kräfteverhältnissen veränderte sich außerdem die Sozialstruktur des österreichischen Judentums. Das jüdische Bürgertum war durch die Immigration von jüdischen ArbeiterInnen und „Handelsproletariat“ weniger repräsentativ für die jüdische Bevölkerung geworden.¹² Diese Veränderungen in der Berufsstruktur wirkten sich ebenfalls auf das jüdische Wählerpotential aus.

2. Jüdische Repräsentation¹³ im Parlament um 1907

Die traditionelle Verbindung zwischen Liberalismus und Judentum begann sich mit Veränderungen in der Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung, so-

⁸ Ebd., S. 43.

⁹ Rozenblit, *Die Juden Wiens*, S. 182.

¹⁰ Ebd., S. 43.

¹¹ Kornberg, *Vienna, the 1890s*, S. 154f.

¹² Lichtblau, *Antisemitismus und soziale Spannung*, S. 239.

¹³ Definitionen von „jüdisch“ und „Judentum“ sind selbstverständlich umstritten. In die folgenden Betrachtungen werden alle Parlamentarier inkludiert, die im Laufe ihres Lebens dem jüdischen Glauben angehörten, also auch Konvertiten und nach dem Austritt Konfessionslose. Damit wird keinesfalls impliziert, dass religiöse Kriterien die einzige möglichen zur Bestimmung der angesprochenen Kategorien darstellen.

wie im politischen System aufzulösen. Die Gruppe liberaler jüdischer Abgeordneter schrumpfte mit den Verlusten der Liberalen. Immer mehr jüdische Parlamentarier waren im *Polenklub* oder unter den Sozialisten zu finden. Jüdischnationale Bewegungen profitierten von der Ausweitung des Stimmrechts und konnten bei den Wahlen 1907¹⁴ erstmals breitere jüdische Wählerschichten mobilisieren. Für die Teilnahme an Parlamentswahlen wurde die *JNP* als Plattform gegründet, die institutionell von der zionistischen Organisationstruktur abgetrennt war.¹⁵ Die Mandatare des *Jüdischen Klubs* stellten in diesem Kontext eine von vielen Formen jüdischer Repräsentation dar, bildeten aber nicht die Mehrheit von Parlamentariern jüdischer Herkunft.¹⁶

In jenen Regionen Osteuropas, in denen Juden demografische und sozio-ökonomische Strukturen ähnlich einer Nation aufwiesen¹⁷, begann die Kampagne um die Anerkennung von Juden als Nation in einem Wettbewerb um Millionen von jüdischen Wählerstimmen. Während des Wahlkampfs 1907 fand besonders in Galizien ein Kampf zwischen Nationalisten bzw. Zionisten und dem jüdischen Establishment der „Assimilationisten“ um die Kontrolle über die jüdische Gemeinschaft statt.¹⁸ Letztere sammelten sich in polnischnationalen Parteien und waren Teil des *Polenklubs*.

Obwohl nationaljüdische Strömungen nicht auf Galizien und Bukowina beschränkt waren, waren es doch die strukturellen Bedingungen in dieser Region, die das Zustandekommen des *Jüdischen Klubs* ermöglichten. Durch die nationale Gestaltung der Wahlkreise gab es in Galizien erstmals urbane Wahlkreise mit jüdischer Mehrheit, obwohl Juden formal nicht als Nationalität anerkannt worden waren.¹⁹ Nur in diesen Gebieten kann von einer jüdischen Massenbevölkerung gesprochen werden, bei der kulturelle und sprachliche Eigen-

¹⁴ Nach diesen Wahlen stellten die Christlichsozialen zusammen mit den Zentrumsparteien 96, die Sozialdemokraten 87 und der Polenklub 55 Mandatare bei insgesamt 516 Abgeordneten. Zur genauen Mandatsverteilung nach Klubzugehörigkeit siehe Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht* S. 362.

¹⁵ Diese Auslagerung stellte auch eine Lösung innerzionistischer Interessenskonflikte dar. Shanes, „*Fort mit den Hausjuden*“, S. 168.

¹⁶ Ebd., S. 167.

¹⁷ Biale, *Power and Powerlessness*, S. 121.

¹⁸ Rozenblit, *Die Juden Wiens*, S. 186.

¹⁹ Shanes, „*Fort mit den Hausjuden*“, S. 154.

heiten bewahrt worden waren. Nur hier konnten ländliche und kleinstädtische jüdische Wählerschichten mobilisiert werden, wovon in erster Linie national-jüdische bzw. zionistische Abgeordnete profitierten.²⁰ Diese verbanden ihre politischen Anliegen mit sozialer Emanzipation und sprachen so bisher marginalisierte, kaum „assimilierte“ Schichten innerhalb der jüdischen Bevölkerung an.²¹

3. Der Jüdische Klub im österreichischen Parlament

Die Wahl von jüdischnationalen Mandataren war Ausdruck einer allgemeinen Transformation jüdischer Politik, die sich vom Konzept der Assimilation und der tradierten Elitenpolitik distanzierte und sich den „jüdischen Massen“ zuwandte.²² In personeller Hinsicht stellte der *Jüdische Klub* allerdings das mehr oder weniger zufällige Resultat spezifischer Bedingungen in einzelnen Wahlbezirken dar und vereinte sehr unterschiedliche Persönlichkeiten mit unterschiedlicher Herkunft und Politisierung. Während einige aussichtsreiche jüdischnationale und zionistische Kandidaten bei den Wahlen unterlagen, zogen weniger bekannte und etablierte Mandatare in das Abgeordnetenhaus ein.²³

Der Rechtsanwalt Heinrich Gabel (1873–1910) setzte sich in seinem Heimatbezirk Buczac in Galizien 1907 in der Stichwahl gegen einen polnisch-nationaldemokratischen Konkurrenten durch. Gabel engagierte sich sehr früh in zionistischen und jüdischnationalen Organisationen und war 1910 Präsident des *Jüdischen Nationalvereins* für Österreich in Wien. Gabel starb im Juli 1910. Sein Klubkollege Arthur Mahler (1871–1916) war Privatdozent für Archäologie und Kunstgeschichte und Publizist. Aufgrund von Protesten deutschnationaler Studierender gegen sein Engagement für jüdischnationale Bewegungen musste er seine Lehrtätigkeit an der deutschen Universität Prag 1905 einstellen. Von 1907 bis 1911 vertrat Mahler im Abgeordnetenhaus den galizischen Wahlbezirk Trembowla. Der zionistische Journalist und Mitbegründer der *Jüdischnationalen Partei* Adolf Stand (1870–1919) konnte sich in

²⁰ Binder, *Galizien in Wien*, S. 609.

²¹ Ebd., S. 161.

²² Ebd., S. 157.

²³ Ebd., S. 453.

seinem galizischen Wahlbezirk Brody ebenfalls in der Stichwahl gegen einen Kandidaten der *Polnischen Nationaldemokraten* durchsetzen. Stand war Redakteur mehrerer zionistischer Periodika, darunter das Wochenblatt *Wschód* und die Monatszeitschrift *Moriah*. Das prominenteste und politisch sicherlich erfahrendste Mitglied des *Jüdischen Klubs* war sein Obmann, der Rechtsanwalt Benno Straucher (1852–1940). Straucher wurde schon 1897 im Wahlkreis Czernowitz in der Bukowina gewählt und blieb dessen Mitglied bis zur Auflösung des Abgeordnetenhauses im Zuge des Endes der Monarchie und Konstituierung der Ersten Republik. Straucher war seit 1900 auch Mitglied des *Bukowinaer Landtages*, lange Zeit Stadtrat in Czernowitz und nach 1918 kurze Zeit im rumänischen Abgeordnetenhaus. Von 1894 bis 1925 und von 1927 bis 1928 stand Straucher als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Czernowitz vor.

Diese Abgeordneten einigten sich trotz ihres unterschiedlichen Hintergrundes und inhaltlicher Differenzen auf folgendes Programm:

„Der ‚Jüdische Klub‘ wird stets für die Rechte, Interessen und die Wohlfahrt des jüdischen Volkes eintreten, die Anerkennung der jüdischen Nationalität und die faktische Durchführung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Juden energisch verlangen und unablässig zu verwirklichen trachten und alle von welcher Seite immer kommenden Angriffe auf das Judentum entschieden abwehren. [...] [Er] wird für die Lösung der nationalen Fragen auf dem Wege der nationalen Autonomie, für den Ausbau der Verfassung auf weitester demokratischer Grundlage unter Schutz der Minderheiten, für die Demokratisierung der Verwaltung, für die kräftigste Förderung der industriellen und kommerziellen Entwicklung Österreichs unter scharfer Bekämpfung der reaktionären Gewerbepolitik, für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, namentlich für weitestgehenden Arbeiterschutz, Koalitions-, Preß- und Versammlungsfreiheit wirken.“²⁴

In dieser programmatischen Erklärung wurden jene inhaltlichen Schwerpunkte festgelegt, die auch die parlamentarische Praxis des Jüdischen Klubs prägten: Kampf für die Anerkennung der jüdischen Nationalität, Auftreten gegen antisemitische Tendenzen in Politik und Gesellschaft, regionale Interessenspolitik und sozialpolitisches Engagement mit besonderer Berücksichtigung der Situa-

²⁴ Jüdische Zeitung, 20. Juni 1907, S. 1.

tion der jüdischen Bevölkerung in den Wahlkreisen der Abgeordneten. Die folgenden Ausführungen stellen einen Überblick über die parlamentarische Tätigkeit des Klubs in diesen Politikfeldern dar, die aber in vielen Fällen nicht eindeutig voneinander abzugrenzen sind. Anschließend wird der Club im Kontext parlamentarischer und gesamtgesellschaftlicher Kooperationen und Konfliktlinien betrachtet.

4. Parlamentarische Tätigkeit

4.1. Nationalitätenfrage

Fortschreitende Arbeitsteilung in industrialisierten Gesellschaften bedingt Homogenisierung von Kultur in nationalen Standardsprachen, wodurch sich die Legitimation politischer Ordnung verändert.²⁵ Die Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts hatten ihre Grundlage also in der ökonomischen Struktur des Weltsystems und in den internen sozialen Transformationen industrieller Gesellschaften. Im Nationalitätenstaat der Habsburgermonarchie etablierten sich im Zuge dieser Entwicklungen konkurrierende nationalistische Bewegungen, die ihre politischen Forderungen auf die Vorstellung vom Volk als Souverän der politischen Ordnung aufbauten. Dieses Volk wurde immer auch als Kulturgemeinschaft imaginiert. Da Souveränität in diesem Sinne nicht (allein) an das demokratische Legitimationsprinzip der Partizipation auf Basis gleicher Rechte gebunden war, blieben Widersprüche zwischen Forderungen nach demokratischer und nach nationaler Selbstbestimmung bestehen.²⁶

Im Kontext dieser allgemeinen Nationalisierung von Politik beriefen sich auch Teile des Judentums innerhalb der Habsburgermonarchie auf ein nationales Kollektiv zur Legitimierung ihrer politischen Interessen. Bestrebungen, dass Juden als Nationalität anerkannt werden und damit in einem Nationalitätenstaat gleichberechtigt neben anderen Nationen existieren können, waren daher auch zentrales politisches Tätigkeitsfeld des *Jüdischen Klubs*, wie auch jüdischnationaler Politik im Allgemeinen. Laut Binder fügte sich der Club damit in mehrerer Hinsicht in typische Muster parlamentarischer Politik dieser Phase

²⁵ Vgl. Gellner, *Nations and Nationalism*.

²⁶ Bauböck, *Zur Zukunft des Nationalismus in Europa*, S. 3f.

ein: Nationalpolitik wurde mit der Politik zugunsten einer breiten „Volksmasse“ identifiziert und politische Forderungen wurden mit dem „Gewicht eines nationalpolitischen Fundamentalrechts“ legitimiert.²⁷

Dieser Kampf um Anerkennung der Juden als Nation fand in verschiedenen Sachbereichen statt, die gesetzliche Anpassungen zuließen, wie etwa die Inskriptionsformalitäten an den Universitäten und die Durchführung der Volkszählung 1910.²⁸ Heinrich Gabel trat diesbezüglich besonders initiativ hervor. Er brachte etwa 1908 einen Antrag auf Führung einer Nationalitätenstatistik unter Berücksichtigung der Juden ein.²⁹ In einer Interpellation an den Unterrichtsminister forderte er 1907 zusammen mit einigen anderen Abgeordneten die Anerkennung der jüdischen Nationalität an den österreichischen Hochschulen.³⁰ In einer „tatsächlichen Berichtigung“ entgegnete er dem Landmannminister im *Polenklub*, dass in Galizien „eine dritte Nationalität: die jüdische Nation“ bestehe.³¹

Die Kritik an der Nichtanerkennung der nationalen Rechte von Juden und Jüdinnen durch die Regierung fand auch in einer Reihe von Reden statt. Im Rahmen der Budgetdebatte 1909 kritisierte Gabel die Missachtung jüdischer Interessen im Budget, diverse Wahlunregelmäßigkeiten zur Verhinderung jüdischer Abgeordneter, sowie die Nichtanerkennung der jüdischen Nationalität durch das Ministerium für Inneres.³² 1910 kritisierte er die Nichtanerkennung der jüdischen Bevölkerung als nationales Kollektiv sowie den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der einer antisemitischen Rede Beifall gezollt hatte.³³ Es wird deutlich, dass das Programm der nationalen Anerkennung stets mit anderen Schwerpunkten des *Jüdischen Klubs* verknüpft war, nämlich mit konkreter Sozial- und Wirtschaftspolitik zugunsten der jüdischen Bevölkerung und der Bekämpfung verschiedener Formen von Antisemitismus.

²⁷ Binder, *Galizien in Wien*, S. 448.

²⁸ Ebd., S. 449.

²⁹ Antrag (Nr. 813 der Beilagen) im Rahmen der 60. Sitzung der XVIII. Session am 7. April 1908.

³⁰ Interpellation (Nr. 731/I) im Rahmen der 20. Sitzung der XVIII. Session am 24. Juli 1907.

³¹ STP (AH) der 14. Sitzung der XIX. Session am 28. April 1909, S. 817.

³² STP (AH) der 31. Sitzung der XIX. Session am 18. Juni 1909, S. 1845–1849.

³³ STP (AH) der 46. Sitzung der XX. Session am 13. Mai 1910, S. 2578–2581.

Sämtliche Strategien zur Anerkennung der jüdischen Nationalität blieben allerdings erfolglos. Im Zuge der europäischen Nationalstaatsentwicklung blieben Juden und Jüdinnen ein „nichtnationales Element innerhalb des Nationalstaatssystems“.³⁴ Im Habsburgischen Vielvölkerstaat bestand zwar zunächst geringerer Assimilationsdruck und mehr Spielraum für multiple Zugehörigkeiten.³⁵ Auch Vorbilder für Prozesse der Nationsbildung standen zur Verfügung.³⁶ Im Übergang vom Nationalitätenstaat zum Nationalstaat konnten Juden und Jüdinnen aber weder in den jeweiligen Nationalitäten aufgehen, noch sich als eigene Nationalität konstituieren:

„Ihre besondere Beziehung zu der habsburgischen Monarchie, die sie von allen anderen Nationalitäten unterschied, machte ihre Normalisierung hier so unmöglich wie überall sonst.“³⁷

Zusätzlich verkompliziert wurde das Nationskonzept der *Jüdisch-Nationalen* durch das Spannungsverhältnis von „Palästina-Arbeit“ als zionistische Langzeitstrategie und „Landespolitik“ als pragmatische Strategie zur Verbesserung jüdischer Lebensbedingungen. Der galizische Zionismus war ein Konglomerat aus Vereinen, die sich der Idee des Nationaljudentums und dem sehr unterschiedlich gefassten Ziel der Besiedelung Palästinas verschrieben hatten. Die heterogene Struktur und breit interpretierbare politische Grundlage dieser Bewegung ließ eine Vielfalt von Strömungen zu, darunter auch sozialistische und orthodoxe zionistische Organisationen.³⁸ Zionistische Bewegungen in Galizien hatten sich seit ihrem Bestehen explizit für Kultivierung jüdischen Lebens in der Diaspora ausgesprochen³⁹ und unterschieden sich in ihren Zielen wenig von anderen nationalistischen Bewegungen.⁴⁰

Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bestärkte diese Tendenzen und führte dazu, dass das ideologische Ziel eines jüdischen Heimat-

³⁴ Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 68.

³⁵ Vgl. Rozenblit, *Reconstructing a national identity*.

³⁶ Binder, *Galizien in Wien*, S. 161.

³⁷ Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 114.

³⁸ Binder, *Galizien in Wien*, S. 169.

³⁹ Shanes, *„Fort mit den Hausjuden“*, S. 158.

⁴⁰ Ebd., S. 153.

landes in Palästina zusehends von der innenpolitischen Agenda verschwand. Jüdischnationale Abgeordnete bemühten sich darum, als Vertreter aller Juden und nicht nur der *Zionistischen Partei* wahrgenommen zu werden.⁴¹ Palästina fehlte schließlich als geistiger Orientierungspunkt und als politisches Fernziel im Programm des *Jüdischen Klubs*.⁴² Besonders Straucher galt überzeugten Zionisten als reformistischer Landespolitiker, für den Zionismus nur Mittel zum Zweck sei.⁴³ Nicht nur innerjüdische Konfliktlinien, sondern auch inner-zionistische prägten also die Arbeit der *JNP*.

Interessant ist diesbezüglich eine Rede Gabels im Rahmen der Debatte über das Budget.⁴⁴ Darin weist er auf die Situation der jüdischen Bevölkerung in Österreich und besonders in Galizien und der Bukowina hin, wo sich die wirtschaftliche und soziale Situation massiv verschlechtert habe und Notwendigkeit bestünde, der Armut der jüdischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Die zwei Gegenmaßnahmen, die Gabel anführte, stehen programmatisch für nationaljüdische und zionistische Politik: der erste Weg sei die „Kolonisierung unseres Heimatlandes, des palästinensischen Bodens durch Juden“. Der zweite Weg sei jener „der Selbstorganisation und der Selbsthilfe“. Generell spielte der Kolonisationsgedanke in den politischen Praktiken des *Jüdischen Klubs* aber eine geringe Rolle. Agitation in diese Richtung hätte vermutlich die tagespolitischen Anliegen der jüdischen Abgeordneten vor österreichischen parlamentarischen Institutionen delegitimiert. Außerdem galt eines der Hauptanliegen des Klubs der Anerkennung der jüdischen Nationalität *innerhalb* der österreichischen Monarchie, auch wenn dieses Ziel sehr unterschiedlich gefasst wurde.

4.2. Abwehr von Antisemitismus

Der Kampf gegen Antisemitismus stellt neben Bestrebungen nach Anerkennung der jüdischen Nation quantitativ das zentrale Moment der parlamentarischen Praxis der Abgeordneten des *Jüdischen Klubs* dar. Die Bandbreite dieser Abwehr wird anhand der zahlreichen parlamentarischen Materialien deutlich und reicht von der Thematisierung konkreter Fälle bis hin zum Protest gegen

⁴¹ Ebd., S. 156.

⁴² Binder, *Galizien in Wien*, S. 167, S. 449.

⁴³ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 518.

⁴⁴ STP (AH) der 56. Sitzung der XVIII Session am 15. Juni 1910, S. 3188–3191.

die Allgegenwärtigkeit antisemitischer Ideologeme im öffentlichen und parlamentarischen Diskurs. Die diesbezügliche parlamentarische Praxis der Mitglieder des *Jüdischen Klubs* kann grob in zwei Kategorien gefasst werden: *erstens* die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als allgegenwärtige politische Bewegung, und *zweitens* die Thematisierung und Skandalisierung konkreter Fälle antisemitischer Diskriminierung und Verfolgung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Antisemitismus im parlamentarischen Kontext

Zentrales Moment des modernen Antisemitismus ist dessen Angebot einer ideologisch scheinbar konsistenten Welterklärung, indem komplexe gesellschaftliche Verhältnisse personalisiert werden. Juden und Jüdinnen werden so mit allen in den Augen von Antisemiten negativen Aspekten der Moderne identifiziert. Diese Totalität des Antisemitismus, der als Ideologie sowohl individuelle als auch kollektive Subjektivität der Erfahrungsfähigkeit beraubt, zeigt sich auch in der Untersuchung der parlamentarischen Praxis des *Jüdischen Klubs*. Die Auseinandersetzungen zwischen antisemitischen Akteuren auf der einen Seite und jüdischen Abgeordneten auf der anderen Seite wurden somit zu einem permanenten Konflikt, der jeder Zeit aufbrechen konnte.

Beispielhaft dafür ist die Debatte über die Freiheit der Wissenschaft von 1907. Vor dem Hintergrund der so genannten Modernismusdebatte über das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Wissenschaft und damit verbunden zahlreicher politischer Debatten und Auseinandersetzungen an den Hochschulen⁴⁵, forderte der christlichsoziale Abgeordnete und Bürgermeister von Wien Karl Lueger am „Allgemeinen österreichischen Katholikentag“ die „Eroberung der Universität“. Denn, so der Parteiobmann der Christlichsozialen, die „Universitäten dürfen nicht weiter ein Boden für Umsturzideen, ein Boden für Revolution, ein Boden für Vaterlands- und Religionslosigkeit sein“.⁴⁶ Die antisemitische Dimension dieser wahnhaften Abwehr der Moderne wird wenige Sätze später deutlich:

⁴⁵ Vgl. Kuprian, „Machen Sie diesem Skandal ein Ende“.

⁴⁶ Kuprian, „Machen Sie diesem Skandal ein Ende“, S. 111.

„Es wird noch manchen harten Strauß kosten, solange es möglich ist, daß unter acht neuernannten Professoren sieben, sage sieben, Juden sind.“⁴⁷

In der 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte Tomas Masaryk mit anderen Abgeordneten einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und der Universitäten als Reaktion auf Luegers Rede in Innsbruck ein und löste somit eine Grundsatzdebatte im Abgeordnetenhaus aus. Ebenso wie schon der christlichsoziale Lueger die antisemitische Dimension dieser Diskussion bemüht hatte, wurde diese auch im Abgeordnetenhaus deutlich, wobei sich in diesem Punkt Christlich-Soziale, Katholisch-Konservative und Deutschnationale bei allen vorhergehenden und grundlegend Differenzen in der Frage der „jüdischen Überflutung der Universitäten“⁴⁸ durchaus einig waren.

Von den Abgeordneten des *Jüdischen Klubs* traten in dieser Debatte zwei in Erscheinung. Zentrale Bedeutung muss der Rede Arthur Mahlers zugeschrieben werden. Mahler, selbst Wissenschaftler, sprach sich im Namen der *Jüdischnationalen Partei*, deren Grundsätze „Nation, Demokratie und Fortschritt“ seien,⁴⁹ für den von Masaryk eingebrachten Antrag aus, da dieser den „Kampf der Freiheit der Idee gegen deren Fesselung“⁵⁰ unterstützte. Die geforderte „Eroberung“ der Universitäten würde „die Aufhebung der Freiheit der Forschung“ und somit das Ende „der geistigen Entwicklung“ bedeuten: „Und gegen diese Fesselung der Idee setzen wir die Freiheit der Idee, weil wir überzeugt sind, daß die Freiheit von der Idee der Freiheit untrennbar ist.“⁵¹ Damit verbunden wäre jedoch auch das Zugeständnis von Hochschulen an jedes

⁴⁷ Ebd. S. 111.

⁴⁸ Rede des katholisch-konservativen Abgeordneten und späteren Bundeskanzler in der Ersten Republik Michael Mayr (STP (AH) der 40. Sitzung der XVIII. Session am 4. Dezember 1907, S. 2908–2918). Der darauf folgende Redebeitrag stammt vom deutschradikalen Abgeordneten Sommer, der Mayr zwar hinsichtlich der Frage der Freiheit von Wissenschaft widersprach, aber eben doch Einigkeit in puncto antisemitischer Ressentiments demonstrierte (STP (AH) der 40. Sitzung der XVIII. Session am 4. Dezember 1907, S. 2918–2927).

⁴⁹ STP (AH) der 39. Sitzung am 3. Dezember 1907, S. 2896.

⁵⁰ Ebd., S. 2891.

⁵¹ Ebd., S. 2892. In diesem Zusammenhang kritisierte Mahler wenig später auch den „Mangel einer jedweden Lehrfreiheit an unseren Mittelschulen“, dessen Konsequenz Uniformität und fehlende Reflexionsfähigkeit wären. Ebd., S. 2895.

Volk, darunter auch das jüdische, so der Vertreter des *Jüdischen Klubs*.⁵² Nach seinem emphatischen Bekenntnis zur Freiheit der Wissenschaft thematisierte Mahler in dieser Rede die trotz formaler Gleichberechtigung bestehenden „unsichtbaren Ghettomauern“.⁵³ Gleichzeitig äußerte er Kritik an den Theorien des „Ariertums“ als „pseudowissenschaftliche Mythologie“.⁵⁴ Und Mahler weiter:

„Das Predigen der Gefahren des jüdischen Geistes ist ein hohles Schlagwort. Doch alle diese Angriffe sind ja nicht ernst zu nehmen, sondern sind tatsächlich nur ein neues Mäntelchen, das man dem Antisemitismus umhängen will, diesem Antisemitismus, der schon so viele Existenzen vernichtet hat [...].“⁵⁵

Mahler bezeichnete Luegers Aufruf und die darauf ansetzende antisemitische Debatte als „einen neuerlichen verwerflichen Versuch, uns Juden soziologisch zu verkrüppeln, zu ruinieren. Dagegen werden wir nicht aufhören zu kämpfen [...].“⁵⁶ Am Ende der Rede brachte Mahler den wichtigen Punkt der vollen Anerkennung vor: Als Juden, so Mahler, „verlangen wir auch das gleiche Recht, nicht das Recht als Patrioten zu sterben, sondern auch als Patrioten zu leben.“⁵⁷ Die mit antisemitischen Ressentiments geführte Debatte zum Dringlichkeitsantrag von Masaryk dauerte in den folgenden Sitzungen an. Benno Straucher brachte in der 41. Sitzung in seiner „tatsächlichen Berichtigung“ anlässlich einer die Ritualmordlegende reproduzierende Wortmeldung von Karl Lueger die Funktion des Antisemitismus als scheinbar Welt erklärendes System mit folgenden Worten auf den Punkt: „In jeder größeren Debatte, die im

⁵² Ebd., S. 2893.

⁵³ STP (AH) der 39. Sitzung am 3. Dezember 1907, S. 2898.

⁵⁴ Ebd., S. 2897.

⁵⁵ Ebd., S. 2897.

⁵⁶ Ebd., 2898.

⁵⁷ Ebd., 2898. Unmittelbar nach seiner Rede im Abgeordnetenhaus nahm Arthur Mahler mit Gabel und Straucher an einer vom *Jüdischen Nationalverein* organisierten Veranstaltung mit dem Titel „Klerikale Gefahr – Wiener Freisinn“ teil. Vgl. Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 487. Mahlers Rede wurde 1908 publiziert Vgl. Mahler, *Die Juden und die Freiheit der Wissenschaft*.

Hause geführt wird, ist es üblich geworden, daß wir Juden das Objekt der Angriffe und Beschuldigungen werden.“⁵⁸

Die Allgegenwart antisemitischer Ressentiments wird jedoch nicht nur in den Debattenbeiträgen oder unzähligen Zwischenrufen deutlich, sondern teilweise auch in der Themensetzung ganzer Debatten, wie etwa der Plenumsdiskussion über eine etwaige Abschaffung des Hausierhandels 1911. Arthur Mahler wies in seiner Rede auf die antisemitische Dimension hin:

„Ich kann mir diese Zwangssuggestion, die das Hausiergesetz auf einen großen Teil des Hauses ausübt, nur dadurch erklären, daß man Hausierer sagt und Jude meint. Nur weil man damit den Juden zu treffen meint.“⁵⁹

Im Zuge Mahlers Rede kam es zu wüsten antisemitischen Beschimpfungen, wobei der Präsident des Abgeordnetenhauses alle an den Wortduellen Beteiligten, darunter auch Mahler zur Ordnung rief.

Kampf gegen Antisemitismus in der Gesellschaft

Der zweite Punkt der Abwehr des Antisemitismus ist die Thematisierung antisemitischer Handlungen und Tendenzen aus zahlreichen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie die Skandalisierung des damit verbundenen, jedoch nur selten verfolgten Bruchs des Verfassungsrechts und der Protest dagegen. Die zahlreichen Interpellationen und Anträge betreffen konkrete Fälle von Schikanierungen und Diskriminierungen von Juden und Jüdinnen durch örtliche Behörden, Vorgesetzte (etwa in der Armee) bis hin zu Ermordungen und nicht zuletzt der Kampf gegen antisemitische Stereotype, besonders gegen die Ritualmordlegende.

Benno Straucher wies in der Zeit des Bestehens des *Jüdischen Klubs* quantitativ die meisten Interpellationen auf, wobei einige auch wegen ihres Umfangs hervorstachen. Bedeutend ist die Interpellation betreffend die Affäre

⁵⁸ STP (AH) der 41. Sitzung der XVIII. Session am 5. Dezember 1907, S. 3048.

⁵⁹ STP (AH) der 88. Sitzung der XX. Session am 7. Februar 1911, S. 5133.

Hilsner.⁶⁰ Straucher bezog sich in seiner Interpellation am 2. Juli 1907⁶¹ auf die Kritik von Tomas Masaryk am ersten von der antisemitischen Ritualmordlegende massiv beeinflussten Prozess gegen Leopold Hilsner. Es folgten eine kritische Auseinandersetzung mit der Ritualmordlegende und ein Verweis auf eine ähnliche Interpellation von Straucher aus dem Jahr 1906. Weiters verwies er in der über zwanzig Seiten langen Interpellation auf ein Gutachten des Berliner Rechtsanwaltes Arthur Nussbaum, welches den Verlauf des Prozesses in Polna einer kritischen Untersuchung unterzog. Die Interpellation endete mit der Frage an den Justizminister, ob die Wiederaufnahme des Strafverfahrens nach der Überprüfung verfügt werden würde. Eine weitere Interpellation diesbezüglich wurde von Arthur Mahler 1909 eingebbracht. Die Affäre Hilsner und im Besonderen die Ablehnung des Gnadengesuches sind Gegenstand der Interpellation vom 16. März 1909, die sowohl von den Mitgliedern des *Jüdischen Klubs* als auch von Kamill Kuranda als jüdischem Mitglied des Deutschen Fortschrittsklubs, von Tomas Masaryk und anderen unterzeichnet wurde.⁶²

Die Problematik des verbreiteten „Wegtaufens“ jüdischer Kinder bzw. deren Entführung steht im Zentrum zweier Interpellationen von Straucher: Die Entführung eines minderjährigen jüdischen Mädchens in ein Krakauer Nonnenkloster und das Nichteingreifen der Behörden wurde von Straucher am 2. Juli 1907 im Parlament thematisiert.⁶³ Zu diesem Vorfall brachte er außerdem eine 17-seitige Interpellation ein, die auch von Herman Liebermann, Kamill Kuranda, Julius Ofner, Leo Winter u.a. unterzeichnet wurde. Am 29. Jänner 1909 zeigte Benno Straucher zahlreiche weitere Fälle von Kindesentführungen und „Wegtaufen“ jüdischer Kinder auf und fordert Gegenmaßnahmen.⁶⁴ Am 26. März 1909 brachte Straucher eine weitere Interpellation bezüglich Mädchenentführungen in katholische Klöster etc. ein und forderte geeignete Gegenmaßnahmen.⁶⁵

⁶⁰ Leopold Hilsner wurde 1899 unter Bezug auf die Ritualmordlegende der Ermordung einer 19-jährigen Frau beschuldigt. Im Zuge des Prozesses gegen Leopold Hilsner kam es zu zahlreichen antisemitischen Ausschreitungen. Hilsner wurde 1916 begnadigt.

⁶¹ STP (AH) der 6. Sitzung der XVIII. Session am 2. Juli 1907, S. 466–488.

⁶² Interpellation (Nr. 127/I) im Rahmen der 5. Sitzung der XIX. Session am 16. Mai 1909.

⁶³ STP (AH) der 6. Sitzung der XVIII. Session am 2. Juli 1907, S. 489.

⁶⁴ Interpellation (Nr. 4373/I) im Rahmen der XVIII. Session am 29. Jänner 1909.

⁶⁵ Interpellation (Nr. 356/I) im Rahmen der 12. Sitzung der XIX. Session am 26. März 1909.

Der Kampf gegen politischen Antisemitismus in Galizien und der Bukowina findet ebenfalls in den Interpellationen von Straucher Niederschlag. In einer Interpellation 1908 sprach er das Anwachsen von Antisemitismus in der Bukowina seit der Reise des Abgeordneten und Ministers Gessmann an, welches sich vor allem in antisemitischen Artikeln und der Organisierung antisemitischer Parteien äußerte.⁶⁶ Die Interpellation schloss mit der Frage an den Ministerpräsidenten von Beck, ob er bereit wäre, zu veranlassen, dass Minister Gessmann seine Aktivitäten in der Bukowina einstellte. Eine von Straucher initiierte Interpellation am 14. Dezember 1908 wies auf die große Anzahl judenfeindlicher Artikel im *Bukowinaer Volksblatt* hin und stellte an die k.k. Gesamtregierung die Frage, ob schnellstens Schritte eingeleitet werden würden, um diese der Verfassung widersprechenden Akte zu verhindern.⁶⁷

Zahlreiche von den Mitgliedern des *Jüdischen Klubs* initiierte Interpellationen betreffen Diskriminierungen jüdischer Bürger, Beschlagnahmungen von jüdischen Zeitungen, Verbote jüdischer und vor allem jüdischnationaler Veranstaltungen. Alle Interpellationen sind von allen Mitgliedern des jüdischen Klubs und meist von anderen Abgeordneten unterzeichnet. Einige betreffen auch die Situation von Juden und Jüdinnen in anderen Staaten, etwa Russland oder Rumänien, wo keine rechtliche Gleichberechtigung gegeben war.⁶⁸ Wichtig ist hier noch, dass parlamentarische Proteste gegen antisemitische Vorfälle und Äußerungen meist ein sehr breites Spektrum an Abgeordneten umfassten (sowohl liberale als auch sozialdemokratische oder deutschfortschrittliche und eben jüdischnationale Mandatare). Bei vielen Interpellationen wird die Überschneidung von Abwehr des Antisemitismus und sozialpoliti-

Diese Interpellation wurde von den Mitgliedern des *Jüdischen Klubs*, polnischen Sozialdemokraten wie Ernst Breiter und Herman Liebermann und „assimilierten“ jüdischen Abgeordneten wie Kamill Kuranda oder Julius Ofner und anderen unterzeichnet. Die Problematik des Kinderraubs wurde schon von Josef Samuel Bloch im Abgeordnetenhaus thematisiert. Vgl. Lichtblau, *Integration, Vernichtung und Neubeginn*, S. 463.

⁶⁶ Interpellation (Nr. 3581/I) im Rahmen der 107. Sitzung der XVIII. Session am 15. Juli 1908.

⁶⁷ Interpellation (Nr. 3982/I) im Rahmen der 119. Sitzung der XVIII. Session am 14. Dezember 1908.

⁶⁸ Benno Straucher wurde nach dem Zerfall des Habsburgerreichs und der Angliederung der Bukowina an Rumänien der erste jüdische Abgeordnete des rumänischen Parlaments. Winger, *Große jüdische National-Biographie*, S. 46.

schem Engagement deutlich. Wenn es etwa um die Frage der Neuvergabe von Schankrechten in Galizien geht, die eine existenzielle Gefahr für viele jüdische Wirte darstellte oder die Frage der Aufhebung des Verbotes der Sonntagsarbeit und anderer Diskriminierung wirtschaftlicher Art bzw. um die Bekämpfung des Massenelend in Galizien und der Bukowina.

4.3. Regionale Interessenspolitik und sozialpolitisches Engagement

Die politische Praxis der Abgeordneten des *Jüdischen Klubs* umfasste die Vertretung der Interessen der gesamten Bevölkerung ihrer Wahlbezirke. Dies drückte sich nicht zuletzt in ihrer Ausschusstätigkeit aus. Gabel und Straucher waren im Gewerbe-, im sozialpolitischen und im Sozialversicherungsausschuss, wo auch Mahler Mitglied war. Straucher gehörte zudem dem Immunitäts-, dem Eisenbahn- und dem Ausgleichsausschuss an. Mahler und Stand saßen im volkswirtschaftlichen Ausschuss, Mahler außerdem im bosnischen Ausschuss und Stand im Legitimations- und im Gebührenausschuss. Viele Interpellationen und Reden bezogen sich auf allgemeine Interessen der einzelnen Regionen, in den meisten Fällen auf soziale und wirtschaftliche Probleme bzw. Infrastrukturmängel. So forderte Stand in seiner Interpellation vom 10. Juli 1908 die rasche Durchführung des Baus eines Bezirksgerichts bei Brody.⁶⁹ Besonders Straucher wies häufig auf die regionalen Interessen der wirtschaftlich schwachen Bukowina hin und forderte den Ausbau von Eisenbahnnetz⁷⁰, Bildungseinrichtungen⁷¹ und öffentlicher Verwaltung in der Peripherie der Habsburgermonarchie.⁷² Auch in seinen Reden sprach er immer wieder die massive Armut an, die nicht nur, aber vor allem Juden und Jüdinnen betraf. Die schlechten ökonomischen Verhältnisse in der Bukowina erzeugten, so Straucher in einer Rede zur Steuervorlage der Regierung, massiven Auswanderungsdruck.⁷³

⁶⁹ Interpellation (Nr. 3499/I) im Rahmen der 105. Sitzung der XVIII. Session am 10. Juli 1908.

⁷⁰ Interpellationen (Nr. 717/I, Nr. 783/I, Nr. 785/I) im Rahmen der XIX. Session 1909.

⁷¹ Interpellationen (Nr. 784/I, Nr. 869/I, Nr. 870/I) im Rahmen der XIX. Session 1909.

⁷² Interpellation (Nr. 720/I) im Rahmen der 22. Sitzung der XIX. Session 1909.

⁷³ STP (AH) der 30. Sitzung der XX. Session am 10. März 1910, S. 1825.

„Die Bukowina ist ein kapitalarmes Land, die Industrie ist gering, der Bauernstand proletarisiert, das Gewerbe findet keine Förderung, der Handel wird vielfach unterbunden. Der Staat wendet dem unglücklichen Lande entweder gar keine oder nur eine höchst mangelhafte Fürsorge zu, und so greift die Verarmung in erschreckender Weise um sich.“⁷⁴

Auch Stand, der sich für eine Reform der Sozialversicherung und gegen Teuerungswelle und Geldnot einsetzte, Arthur Mahler und Heinrich Gabel engagierten sich mittels Interpellation und Redebeiträgen in dieser Thematik.

Die Verknüpfung allgemeiner sozialer Probleme mit der spezifischen Situation der jüdischen Bevölkerung in den vertretenen Regionen kommt auch in der bereits erwähnten Rede Mahlers im Rahmen einer Debatte über ein eventuelles Verbot des Hausiererhandels zum Ausdruck.⁷⁵ Die Überschneidung sozialer Themen mit judentumspezifischen Problembereichen wird in Mahlers Argumentation gegen ein solches Verbot deutlich: Dieses würde tausenden armen Menschen die Existenzgrundlage entziehen und gleichzeitig besonders Juden und Jüdinnen treffen, die zuallererst von Armut betroffen seien.⁷⁶ Wie bereits dargelegt, verwies Mahler auch auf die antisemitische Dimension der Debatte. Soziale Fragen und „Judenfrage“ wurden so in ihren Verflechtungen diskutiert und wiederum mit dem Problem des Antisemitismus verbunden. Der *Jüdische Klub* übernahm damit die Vertretung spezifischer wirtschaftlicher Interessen jüdischer Bevölkerungsteile. Seit dem Niedergang des Liberalismus fehlte eine Lobby im Abgeordnetenhaus, die auf Gesetzesinitiativen reagierte, die diese Interessen betrafen.⁷⁷ Abgeordnete des *Jüdischen Klubs* waren Vertreter ihrer Wahlbezirke, deren allgemeine Interessen sich durch den hohen jüdischen Bevölkerungsanteil auf besondere Weise mit „jüdischen“ Interessen überschnitten.

⁷⁴ STP (AH) der 74. Sitzung der XX. Session am 6. Dezember 1910, S. 4369.

⁷⁵ STP (AH) der 88. Sitzung der XX. Session am 7. Februar 1911, S. 5126–5133.

⁷⁶ Ebd., S. 5126–5133.

⁷⁷ Binder, *Galizien in Wien*, S. 449.

4.4. Konflikte und Auseinandersetzungen

Heinrich Gabel nannte anlässlich der Gründung des *Jüdischen Klubs* zwei mögliche und wahrscheinliche Konfliktlinien im Abgeordnetenhaus. Einerseits würde es zu Konflikten mit den „assimilierten“ vor allem polnisch-jüdischen Abgeordneten kommen und andererseits, nicht zuletzt aufgrund des großen Wahlerfolges, mit der antisemitischen *Christlichsozialen Partei* unter Karl Lueger, die „politischen Erbfeinde des jüdischen Volkes“.⁷⁸ Diese beiden zentralen Konfliktlinien bestimmten in weiterer Folge auch die parlamentarische Praxis des *Jüdischen Klubs*. Die grundlegenden Auseinandersetzungen mit christlichsozialen Abgeordneten wurden schon im Abschnitt über die Abwehr des Antisemitismus am Beispiel der Debatte über die Freiheit der Wissenschaft deutlich. Die Aufnahme des christlichsozialen Mandatars Albert Gessmann in die Regierung im November 1907 sowie die Wahl eines Christlichsozialen zum Parlamentspräsidenten riefen große Kritik durch die Mitglieder des *Jüdischen Klubs* hervor und stützten das antisemitische Klima bei großen Teilen der Abgeordneten. Dass diese Atmosphäre nicht nur den parlamentarischen Diskurs, sondern die soziale Praxis konstituierte, zeigt eine von Heinrich Gabel initiierte Interpellation betreffend die Beschlagnahme der Zeitschrift *Moriah* aufgrund eines kritischen Artikels über den Antisemitismus des politischen Katholizismus im Allgemeinen und der Christlichsozialen im Besonderen.⁷⁹ Gabel war gemeinsam mit Stand Redakteur der beschlagnahmten wöchentlich erscheinenden zionistischen Zeitschrift.

Als Repräsentant jüdischnationaler bzw. zionistischer Politik war der *Jüdische Klub* jedoch nicht nur Projektionsfläche antisemitischer Abgeordneter, sondern auch den Angriffen „assimilierter“ jüdischer Abgeordneter ausgesetzt. Diese „innerjüdischen“ Auseinandersetzungen wurden sowohl in Interpellationen als auch in einzelnen Debattenbeiträgen deutlich. Im Zentrum dieser Konflikte stand die Frage der politischen Positionierung von Juden und Jüdinnen in der modernen Gesellschaft, die Frage von liberalen („assimilatorischem“) Universalismus und jüdischem Partikularismus verbunden mit Anerkennung

⁷⁸ Gabel, *Der „Jüdische Klub“*, S. 2. Zur Charakteristik des christlich-sozialen Antisemitismus vgl. u. a. Wistrich, *Die Juden Wiens*, S. 171–197.

⁷⁹ Interpellation (Nr. 2834/I) im Rahmen der 75. Sitzung der XVIII. Session am 25. März 1908.

als Nationalität. Heinrich Gabel griff etwa „betreffend die Anerkennung der jüdischen Nationalität an den Hochschulen Österreichs“ den Vorstand der Wiener Kultusgemeinde als „Exekutivorgan des Wiener Assimilationsjudentums“ an.⁸⁰ In einer Rede im Abgeordnetenhaus zum Budgetvorschlag der Regierung am 18. Juni 1910 kam es zu einem kurzen Wortwechsel der Abgeordneten des Jüdischen Klubs und dem jüdischen liberalen Abgeordneten Kamill Kuranda, wobei Heinrich Gabel mit den Worten schloß, „daß das jüdische Volk auch ohne die jüdisch-assimilatorischen Abgeordneten Wege und Mittel finden wird, sich aus seiner heutigen traurigen Situation zu befreien“. ⁸¹

Dieser Konflikt zwischen „Assimilierten“ und Jüdischnationalen/Zionisten durchzog die gesamte zeitgenössische jüdische Politik auf den unterschiedlichsten Ebenen, brach aber in Galizien am intensivsten aus. Hauptponenten jüdischnationaler Politik waren daher vor allem die polnisch-galizischen Eliten und die polnischnationalen jüdischen Abgeordneten⁸², die von Heinrich Gabel als „Verkörperung der Käuflichkeit, des Terrors und der politischen Unaufrichtigkeit“ bezeichnet wurden.⁸³ Dieser Terror wurde vor allem im Rahmen der Wahlen 1907 deutlich. Zahlreiche Interpellationen betreffen daher die Einschüchterungen und Diskriminierungen jüdischnationaler Wähler durch örtliche Behörden und polnischnationale Kandidaten.⁸⁴ In der Rede zur Begründung seines Dringlichkeitsantrages betreffend die Reichsratswahlen in Galizien themisierte Adolf Stand als „Vertreter der jüdischen Demokratie“ den Terror, der von Seiten lokaler Behörden auf oppositionelle, d.h. jüdischnationale Wähler ausgeübt wurde.⁸⁵ Dieser Konflikt zwischen „nichtnationalen“ und „nationalen“ Juden betraf auch die Ebene der religiösen Einrichtungen.

⁸⁰ Interpellation (Nr. 731/I) im Rahmen der 20. Sitzung der XVIII. Session am 24. Juli 1907.

⁸¹ STP (AH) der 31. Sitzung der XIX. Session am 18. Juni 1909, S. 1849.

⁸² In den Auseinandersetzungen mit dem Polenklub waren die Ruthenen in vielen Fällen wichtige Partner des *Jüdischen Klubs*. Schon bei der Wahl 1907 gab es Wahlbündnisse zwischen ruthenischen und jüdischnationalen Parteien. Binder, *Galizien in Wien*, S. 451.

⁸³ Gabel, *Der „Jüdische Klub“*, S. 2.

⁸⁴ Vgl. etwa die von Heinrich Gabel initiierten Interpellationen in der XVIII. Session (Nr. 990/I, 802/I, 1165/I), die von Arthur Mahler eingebrachten Interpellationen in der gleichen Session (Nr. 642/I und die Interpellation im Rahmen der 11. Sitzung am 10. Juli 1907, STP (AH), S. 1082).

⁸⁵ STP (AH) der 7. Sitzung der XVIII. Session am 3. Juli 1907, S. 565.

Mehrere Interpellationen von Mitgliedern des *Jüdischen Klubs* betrafen daher Unregelmäßigkeiten und Missbräuche bei Vorstandswahlen in Kultusgemeinden und Diskriminierungen in anderen Institutionen. So protestierte beispielsweise eine von Gabel initiierte und von seinen Clubkollegen sowie anderen, darunter auch nichtjüdischen Abgeordneten, unterzeichnete Interpellation vom 25. Oktober 1907 gegen die Diskriminierung jüdischnationaler Schüler und Lehrer am israelitisch-theologischen Lehrinstitut in Lemberg durch die „antizionistische und nationalpolnische Politik“ des Kuratoriums.⁸⁶

5. Parlamentarische Praxis im Spannungsfeld von regionaler Interessenspolitik und nationaljüdischer Identitätspolitik

Bei Gaisbauer⁸⁷ und Binder⁸⁸ fällt die Erfolgsbilanz des *Jüdischen Klubs* eher negativ aus. Personelle, strukturelle und ideologische Schwächen, sowie die geringe Anzahl der Mitglieder und parteipolitische Kräfteverhältnisse im Parlament haben Erfolge im Sinne der Anerkennung der jüdischen Nationalität oder des Wandels in der Gewerbepolitik verunmöglicht. Im Gegensatz zu anderen Parlamentariern jüdischer Herkunft hatten die Mitglieder des *Jüdischen Klubs* aber die Möglichkeit, Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre Fraktion anzusprechen. Binder spricht außerdem von Lobbying zugunsten von Juden und Jüdinnen in der Öffentlichkeit.⁸⁹

Der *Jüdische Klub* engagierte sich besonders in den Bereichen Nationalitätenfrage, Sozial- und Wirtschaftspolitik, sowie Bekämpfung von Antisemitismus. Diese Tätigkeitsfelder sind allerdings teilweise nur schwer voneinander abzugrenzen. Die politische Praxis der Abgeordneten umfasste die Vertretung der Gesamtbewölkerung ihrer Wahlbezirke, sowie der spezifischen Interessen jüdischer Bevölkerungsteile. Das Untersuchungsmaterial zeigt Überschneidungen allgemeiner sozialer Anliegen, regionaler Interessen und spezifischer Anliegen der jüdischen Bevölkerung. Die Aufteilung in „jüdische“ und

⁸⁶ Interpellation (Nr. 1048/I) im Rahmen der 27. Sitzung der XVIII. Session am 25. Oktober 1907.

⁸⁷ Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 487f.

⁸⁸ Binder, *Galizien in Wien*, S. 454.

⁸⁹ Ebd., S. 454

„nicht-jüdische“ Interessen birgt also die Falle des dichotomen Denkens und blendet automatisch Überschneidungen und interne Differenzen aus.

Auf der Ebene der Repräsentation war der *Jüdische Klub* zunächst eine Vertretung bestimmter regionaler und sozialer Gruppen innerhalb der jüdischen Bevölkerung. Sein Bestehen verdankte er einerseits bestimmten strukturellen Bedingungen, wie dem Wandel im parlamentarischen System und Wahlrecht, der zur Integration von sozialen Schichten abseits des Bürgertums und von nicht-deutschen Nationalitäten führte. Andererseits waren spezifische gesellschaftliche Verhältnisse, wie die Lebensweise von Juden und Jüdinnen in Galizien und ihr Verhältnis zur polnischen Bevölkerung, ausschlaggebend für den Erfolg jüdischnationaler Kandidaten. Die im Zuge von Demokratisierungsprozessen etablierte Massenpolitik ermöglichte aber nicht nur den Aufstieg jüdischnationaler, sondern auch antisemitischer Kräfte. Das vehementen Auftreten gegen Antisemitismus war somit zentrale Aufgabe des *Jüdischen Klubs*, nicht nur im Hinblick auf tagespolitische Interessen, sondern auch auf parlamentarische und allgemeine politische Kultur im Kontext des Machtgewinns antisemitischer Gruppierungen in Politik und Gesellschaft.

Die Bedingungen des Zustandekommens des *Jüdischen Klubs* wirkten sich auf seine inhaltlichen Schwerpunkte aus, wobei Interessens- und Identitätspolitik stets miteinander verknüpft waren. Am Beispiel der Nationalitätenfrage wird dies besonders deutlich. Der Kampf um die Anerkennung der jüdischen Nationalität stellte eine pragmatische Strategie zur Legitimation politischer (und regionaler) Interessen dar. Jüdisch-Nationale strebten damit aber auch eine Verallgemeinerung spezifischer Interessen als „jüdisch“ an und formulierten die Stärkung „jüdischer Identität“ und Kultur als zentrale Anliegen. Damit grenzten sie sich auch von anderen Abgeordneten jüdischer Herkunft ab, denen sie schlicht den Anspruch auf die Vertretung der jüdischen Bevölkerung absprachen:

„Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, dass die Abgeordneten mosaischer Konfession, seien es Polen, Tschechen oder Deutsche, doch Neigung empfinden werden, die Existenz und Berechtigung der nationalen Ziele des jüdischen

Volkes in Abrede zu stellen. Wir müssen schon jetzt diesen Abgeordneten das Recht absprechen, sich jüdische Abgeordnete zu nennen.“⁹⁰

Am Untersuchungsmaterial zeigt sich allerdings, dass diese Abgrenzung im parlamentarischen Alltag nicht so strikt gezogen wurde, wie in dieser programmatischen Ankündigung. Vor allem der Kampf gegen Antisemitismus wurde häufig in Koalition mit „assimilierten“ jüdischen Abgeordneten geführt. Der Übergang von universalistischer zu partikularistischer Politik war also auf inhaltlicher und personeller Ebene fließend. Der *Jüdische Klub* wehrte sich gegen den Vorwurf des Partikularismus, wie von Mahler in einer Debatte zum Staatsvorschlag formuliert: „Wir als Juden sind [...] weder Partikularisten noch stehen wir auf dem Isolierschemel!“.⁹¹

Die parlamentarische Praxis des *Jüdischen Klubs* ergibt sich aus gesellschaftlichen Konflikten und Wandlungsprozessen nach der Jahrhundertwende. Koalitionen und Konflikte auf Parlamentsebene waren von gesamtgesellschaftlichen Fragen genauso beeinflusst, wie von regionalen Kräfteverhältnissen. Letztlich konnte der Klub seinem Anspruch der Interessensvertretung aller Juden nicht gerecht werden, da dieser stets im Spannungsverhältnis zu seiner regionalen Interessenspolitik stand. Aufgrund sozialer und nationaler Differenzen innerhalb der jüdischen Bevölkerung konnten sich andere politische Kräfte, die auf der Grundlage von Klassen- bzw. Nationszugehörigkeit mobilisierten, wie Sozialdemokratie und polnischnationale Parteien, im Kampf um jüdische Wählerstimmen durchsetzen.

⁹⁰ Gabel, *Der „Jüdische Klub“*, S. 1.

⁹¹ STP (AH) der 54. Sitzung der XX. Session am 13. Juni 1910, S. 3024. Zu Gleichzeitigkeit von jüdischem Partikularismus und Universalismus vgl. Sznaider, *Gedächtnisraum Europa*.

DIETER J. HECHT

Jüdischnational-Zionistische Parteizeitungen

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erschienen in Wien jüdische Periodika in verschiedenen Sprachen und für verschiedene religiöse und politische Gruppen. Sie umfassten das ganze ideologische Spektrum des zeitgenössischen Judentums.¹ Um 1900 war Wien mit der drittgrößten jüdischen Gemeinde Europas zu einem Zentrum des jüdischen Pressewesens avanciert. Mit bekannten JournalistInnen bot die jüdische Presse ihrem Publikum in verschiedenen Bereichen aktuelle Informationen über jüdisches Leben und diente gleichzeitig als Interessensvertretung. In inhaltlicher Hinsicht versuchten alle Zeitungen und Zeitschriften die jüdische Identitätsbildung zu vertiefen. Eine Vorreiterrolle spielten hierbei traditionsreiche Zeitungen wie *Dr. Blochs österreichische Wochenschrift* (1884–1920), *Die Wahrheit* (1898–1938) und die *Jüdische Zeitung* (1907–1920). Von 1919–1927 konnte Wien sogar mit einer Besonderheit aufwarten, nämlich der einzigen deutschsprachigen jüdischen Tageszeitung dieser Zeit, der *Wiener Morgenzeitung* (WMZ). Für alle politischen und religiösen Strömungen waren Zeitungen ein wichtiges Medium, um ihre Botschaft zu ihrer *peer group* zu transportieren. Für viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Leser und Leserinnen stellten die jüdischen Zeitungen ein Sprachrohr ihrer Interessen bzw. ein Bindeglied zwischen jüdischer und nichtjüdischer Lebenswelt dar. Meistens dürften die Zeitungen aber als zweite bzw. dritte Informationsebene gedient haben, und erreichten nur eine relativ kleine Leserschaft. Dies trifft besonders auf jüdischnationale bzw. zionistische Zeitungen vor dem Ersten Weltkrieg zu. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit war die Leserschaft aufgrund der jüdischen Flüchtlinge aus den ehemaligen östlichen Kronländern der Monarchie deutlich größer, was zu einer quantitativen und qualitativen Steigerung des jüdischen Pressewesens

¹ Vgl. Toury, *Die jüdische Presse*.

führte. Gleichzeitig schränkten die starken ideologischen Prägungen der verschiedenen Zeitungen den Leserkreis jedoch wieder ein.

Der Zusammenbruch der Monarchie veränderte die Situation in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig. In diesem Zusammenhang hatte die jüdische Presse große Bedeutung als Instrument der Interessensvertretung, das über die reine Informationvermittlung hinausgeht. Die jüdische Presse der Zwischenkriegszeit spiegelt somit die sozio-ökonomische Geschichte des österreichischen Judentums wider. Sie dokumentiert die Beziehungen zwischen jüdischer Minderheit und christlicher Mehrheitsbevölkerung, innerjüdisch religiöse und kulturelle Strömungen, Bemühungen um gesellschaftliche Integration bei gleichzeitiger Bewahrung einer jüdischen Identität, den Kampf gegen Antisemitismus sowie die Frauenemanzipation. Jüdische Frauen arbeiteten als Journalistinnen in der jüdischen aber auch nichtjüdischen Presse, hatten aber in beiden Bereichen eine marginale Position. Die meisten Journalistinnen konnten nur in unregelmäßigen Abständen Artikel publizieren. Ausnahmen bilden jene Journalistinnen, die durch ihr politisches Engagement mit bestimmten Zeitungen und Parteien affiliert waren. Der Großteil dieser jüdischen Frauen engagierte sich in der Frauenbewegung, wobei viele auch als Schriftstellerinnen arbeiteten. In der Ersten Republik schrieben mehr als 50 jüdische Journalistinnen in der jüdischen Presse. Ihre Themen reichten von traditionellen Frauenthemen, wie Familie, Kultur und Soziales, bis hin zu Politik und Wirtschaft. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges standen vor allem die Gleichberechtigung und das damit verbundene Wahlrecht sowie Sozialthemen im Mittelpunkt des journalistischen Schaffens von jüdischen Frauen.²

Dieser Beitrag möchte an Thomas Soxbergers Artikel über die jüdischnationale Presse in jiddischer Sprache und deren Sprachpolitik und Eleonore Lappins Beitrag über Nathan Birnbaums Aktivitäten anschließen. Hier soll ein Überblick über zentrale deutschsprachige Zeitungen der jüdischnationalen-zionistischen Bewegung und ihrer Position in Österreich von 1907 bis 1938 gegeben werden. Da eine umfassende Behandlung aller relevanten Zeitungen den Rahmen dieser Studie sprengen würde, werden die *Jüdische Zeitung*, die

² Hecht, *Frauenarbeit und Frauenrecht*, S. 161–175.

Wiener Morgenzeitung, die Neue Welt und die Stimme exemplarisch behandelt.³

Jüdische Zeitung – Wiener Morgenzeitung (WMZ)

Die Jüdische Zeitung erschien zwischen 10. Mai 1907 und 17. Dezember 1920 in Wien, als Organ des Zionistischen Landesverbandes für Westösterreich (etwa das Gebiet des heutigen Österreichs und Tschechiens). Als Herausgeber und Redakteure fungierten Isidor Margulies von 1907–1911 und Alexander Geller von 1911–1920; letzterer war der Schwager von Robert Stricker. Weitere führende Redakteure waren Rudolf Nassau, Moses Waldmann und David Nebenzahl. Der Sitz der Redaktion lag zunächst in IX. Bezirk, Türkengasse 9, ab 1912 an verschiedenen Adressen im II. Bezirk. (Stefanigasse 12, danach am Karmeliterplatz 1 und ab 1915 in der Zirkusgasse 33), wobei die Adressen sich immer mit zionistischen Vereinsadressen deckten. Die letzte Übersiedlung erfolgte 1919 in den II. Bezirk, Taborstraße 1 und steht im Zusammenhang mit der Herausgabe der Wiener Morgenzeitung, worauf noch einzugehen sein wird. Die Jüdische Zeitung erschien zunächst vierzehntäglich und ab 6. September 1907 wöchentlich, jeweils freitags.

Mit der Umstellung auf eine Wochenzeitung und der Vereinigung mit Nathan Birnbaums Neuer Zeitung, am 4. Oktober 1907, konnte sich die Jüdische Zeitung für eine breitere Leserschaft positionieren. Der Plan zur Umwandlung in eine Tageszeitung, wozu bereits am 3. Januar 1908 aufgerufen worden war, ließ sich wohl aus finanziellen Gründen nie verwirklichen. In Opposition zur Jüdischen Zeitung versuchte Saul Raphael Landau (1870–1943), mit seiner Neuen Nationalzeitung von 1907–1916 ein Forum zu schaffen, das die Interessen jüdischer ArbeiterInnen vertreten sollte und ideologisch der zionistischen Arbeiterpartei Po'ale Zion nahe stand. Landau, der zuvor einer der Mitbegründer von Herzls Welt gewesen war, sagte sich dann von Herzls „bürgerlichem Zionismus“ los und näherte sich über die Arbeiterbewegung an Nathan Birnbaum an.⁴

³ Vgl. Hecht, *Die Stimme und Wahrheit*, S. 99–114.

⁴ Toury, *Die jüdische Presse*, S. 92–106. Vgl. Landau, *Sturm und Drang*.

Die *Jüdische Zeitung* führte den Untertitel – *national-jüdisches Organ*, um ihr Programm deutlich zu machen. Die Berichterstattung umfasste die Kategorien Zionismus, jüdische Politik in der Monarchie und international, Leben in Palästina, Antisemitismus und die Israelitische Kultusgemeinde Wien. Darüber hinaus gab es ein Feuilleton, Rezensionen und eine Beilage mit den *Mitteilungen des Jüdischen Nationalfonds*. Der Anzeigenteil beinhaltete neben Werbeinseraten stets Vereinsnachrichten und Veranstaltungshinweise sowie eine Namens- und Adressenliste von aus dem Judentum ausgetretenen Personen. Zu den führenden Mitarbeitern der *Jüdischen Zeitung* zählten bekannte Zionisten bzw. Jüdischnationale wie z.B. Ludwig Bató, Nathan Birnbaum, Adolf Böhm, Fritz Löhner, Julius Löwy, Robert Stricker und Robert Weltsch. Viele dieser Journalisten schrieben auch in anderen zionistisch-jüdischnationalen Zeitungen, wie z.B. der *Selbstwehr* in Prag und der *Zsido Szemle* in Ungarn.⁵

Frauen gehörten nicht zu den regelmäßigen Mitarbeitern der *Jüdischen Zeitung*, und es wurde ihnen auch in der Berichterstattung kein breiter Raum gewidmet. Ganz so, als ob die Position der Frauen in der zionistischen Bewegung sich nicht von der staatlichen unterschieden hätte, obwohl Frauen seit 1898 das Wahlrecht für den Zionistischen Weltkongress hatten. Durch das Wahlrecht stellten Frauen eine wichtige Wählergruppe und Stütze der zionistischen, aber auch der jüdischnationalen Bewegung dar. Die *Jüdische Zeitung* negierte diesen Umstand weitgehend, womit sie weit konservativer war als beispielsweise Herzls *Welt*. In der *Welt* wurde die Rolle der Frauen im Zionismus und im Judentum sowohl von Frauen als auch von Männern immer wieder thematisiert.⁶ Während des gesamten Publikationszeitraums der *Jüdischen Zeitung* erschienen nur sehr wenige Originalbeiträge von Frauen und Artikel über Frauen. Auch Informationen über die Vereinstätigkeit von jüdischen Mädchen- und Frauenorganisationen setzten erst ab 1911 regelmäßig ein. Auffallend ist zudem, dass vor dem Ersten Weltkrieg drei antifeministische Artikel erschienen. Eine Änderung in der Frauenberichterstattung trat erst mit der Ausrufung der Republik ein. Mit der formalen Gleichberechtigung 1918 wurde die Mobilisierung der Frauen für Politik, vor allem für die Wahlen zum Parlament,

⁵ Vgl. Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 58f.

⁶ Montel, *Herzls Maitresse*, S. 49–52. Vgl. Gelber, *Melancholy Pride*.

zu Landtagen oder Gemeinderäten bedeutsam und zu einem zentralen Thema. Die *Jüdische Zeitung* vollzog diese Richtungsänderung nur teilweise mit; 1919 erschienen zwar 5 Artikel von Frauen, mehrheitlich aber über das Leben von Frauen in Palästina, d.h. die Journalistinnen der *Jüdischen Zeitung* schrieben hauptsächlich über klassische Frauenthemen.⁷

Die Funktion der *Jüdischen Zeitung* als Hauptorgan der zionistischen und jüdischnationalen Bewegung in Wien veränderte sich mit der Gründung der *Jüdischen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* am 30. Dezember 1918.⁸ Diese Gesellschaft diente der Herausgabe einer neuen Zeitung, der *Wiener Morgenzeitung*. Mit dieser sollte das Vorhaben, eine deutschsprachige, jüdischnational-zionistische Tageszeitung zu gründen, das 1908 mit der *Jüdischen Zeitung* gescheitert war, verwirklicht werden. Am 19. Januar 1919 erschien die erste Ausgabe der *Wiener Morgenzeitung*. Zu den Gründern zählten u. a. auch in die *Jüdische Zeitung* involvierte Zionisten, wie Isidor Margulies, Adolf Stand und Adolf Böhm. Zu einem der prägendsten Journalisten in der *Wiener Morgenzeitung* avancierte Robert Stricker als langjähriger Chefredakteur und Mitherausgeber. Die *Wiener Morgenzeitung* war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die einzige deutschsprachige jüdische Tageszeitung in Europa. Als solche stellte sie ein wichtiges politisches Instrument für die *Jüdischnationale Partei* in Österreich dar. In ihrer täglichen Erscheinungsform behandelte die *Wiener Morgenzeitung* aber neben jüdischen auch allgemeine Themen in großer Ausführlichkeit. Nach der Gründung der *Wiener Morgenzeitung* widmete sich die *Jüdische Zeitung* hauptsächlich zionistischer Tagespolitik in Österreich, aber auch auf internationaler Ebene. Bis zu ihrer Einstellung mit 17. Dezember 1920, fungierte sie als Parteizeitung des *Zionistischen Landesverbandes*. Dieser kündigte in der letzten Ausgabe die Gründung einer Monatsschrift unter dem Namen *Zionistische Revue* an, die jedoch nie erschien. Gleichzeitig wurden die LeserInnen auf die *Wiener Morgenzeitung* verwiesen.

⁷ Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 59–62

⁸ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Handelgericht, Register C 36-30.

Die Jüdische Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.

Die *Jüdische Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* wurde zur Herausgabe und zum Vertrieb jüdischer Zeitungen, vor allem der *Wiener Morgenzeitung* gegründet. Ihre Gründer und deren Tätigkeitsbereiche prägten weite Teile des jüdischen Pressewesens im Wien der Ersten Republik. Im Wiener Stadt- und Landesarchiv befindet sich der Handelsgerichtsakt, die Gründung der Zeitungsgesellschaft betreffend; ein seltenes und aufschlussreiches Dokument, anhand dessen sich Strukturen und wirtschaftliche Entwicklungen im jüdischen Pressewesen in Österreich rekonstruieren lassen. Am 30. Dezember 1918 wurde der Gesellschaftsvertrag zur Gründung der *Jüdischen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* unterzeichnet. Die beiden größten Aktionäre waren damals Naftali Meier Racker (1879–1937) mit insgesamt K 60.000,– und Bruno Pollack-Parnau mit K 45.000,–. Racker zahlte K 10.000,– in bar und brachte außerdem als Kapital den Namen *Wiener Morgenzeitung* und seine Erfahrung in der Herausgabe der *Wiener Morgenzeitung* als jiddische Tageszeitung seit 1. Januar 1918 ein.⁹ Die *Jüdische Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* musste bereits auf ihrer ersten Generalversammlung am 18. September 1919 infolge der Inflation eine Kapitalerhöhung beschließen. Um die Kapitalerhöhung durchführen zu können, mussten bisherige Aktionäre ihre Einlage erhöhen und neue Aktionäre aufgenommen werden. Mit 27. September 1919 wurden Robert Stricker, Oskar Kramer und Oskar Rosner neben Robert Auer und Moritz Weidler als Geschäftsführer der Zeitungsgesellschaft eingetragen. Die Gesellschaft hatte ihren Sitz im II. Bezirk, Taborstrasse 1–3.¹⁰ Unter dieser Adresse erschienen auch die letzten beiden Jahrgänge der *Jüdischen Zeitung* und die jiddische *Wiener Morgenzeitung*.

Die Finanzierung der Zeitungsgesellschaft war, wie bei den meisten zionistischen Zeitungsprojekten in Österreich, nie gesichert. So bemühten sich Robert Stricker und seine Kollegen stets um Unterstützung durch zionistische Organisationen, wie z.B. der *Zionistischen Weltexekutive*, und versuchten gleichzeitig ZionistInnen zur Förderung der Zeitung durch Beitritt zum eigens dazu

⁹ WStLA, Handelgericht, Register C 36-30. Zu Racker und der jiddischen *Wiener Morgenzeitung* vgl. hier den Beitrag von Thomas Soxberger.

¹⁰ WStLA, Handelgericht, Register C 36-30.

gegründeten Verein *Jüdische Presse* zu bewegen. Eine andere, nie verwirklichte Idee zur Aufbringung von Geldern war die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft im Frühjahr 1922. Auf der Generalversammlung vom 17. Dezember 1923 wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, deren Finanzierung zum Großteil von Karl Franz Bondy, dem Herausgeber des *Telegraf*, übernommen wurde. Als Hauptaktionär fungierte sein minderjähriger Sohn Julius Bondy. Im Jahr 1924 wurde neben Robert Stricker nur Karl Franz Bondy zum Geschäftsführer bestellt. Die diversen finanziellen Rettungsaktionen trugen jeweils nur für kurze Zeit Früchte, weshalb Stricker im Jahr 1925 für die Einstellung der Zeitung plädierte. Im Herbst desselben Jahres trat er als Chefredakteur zurück. Rund ein Jahr später, am 23. September 1926, legte er auch das Amt des Geschäftsführers der *Jüdischen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* nieder und verkaufte seine Anteile gemeinsam mit jenen der Haupteigentümer, Karl Franz Bondy und seinem Sohn Julius.¹¹

Ab November 1926 wurden neben Alexander Geller, langjähriger Herausgeber der *Jüdischen Zeitung*, auch Julius Löwy und Otto Abeles als Geschäftsführer eingetragen.¹² Ausbleibende Inserate und zu geringer Absatz führten jedoch bereits nach kurzer Zeit abermals zu einer prekären finanziellen Situation. Die Kosten für eine neuerliche Sanierung hätten nur mit Hilfe der *Zionistischen Weltexekutive* aufgebracht werden können, was diese aber ablehnte. Darüber hinaus verschärften innerzionistische Querelen, vor allem mit linksgerichteten Zionisten, die Situation. Letztere kritisierten die bürgerliche Orientierung und die sozialistenfeindliche Haltung der Zeitung. Im April 1927 legte Alexander Geller seine Funktion als Geschäftsführer zurück. Am 17. September 1927 erschien die letzte Ausgabe der *Wiener Morgenzeitung*. Das Konkursverfahren gegen die Zeitungsgesellschaft wurde ein halbes Jahr später, am 29. März 1928 eröffnet. Mit der Löschung der *Jüdischen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* aus dem Handelsregister Wien erfolgte am 3. Dezember 1929 der Schlussakt.¹³ Zu diesem Zeitpunkt gaben Robert Stricker bereits die *Neue Welt* und der *Zionistische Landesverband* die *Stimme* heraus, zwei zionistische

¹¹ Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 66f.

¹² WStLA, Handelgericht, Register C 36-30.

¹³ Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 67f.; Budischowsky, *Assimilation*, S. 213–216.

Nachfolgeorgane der *Wiener Morgenzeitung*, die bis zum Anschluss im März 1938 erschienen.

Die Wiener Morgenzeitung und Die Neue Welt

Die *Wiener Morgenzeitung* war von 1919 bis 1927 ein wichtiges politisches Instrument für die *Jüdischnationale Partei* und die Zionisten. Ihr Hauptverbreitungsgebiet war zwar Österreich, doch dürfte sie auch über dessen Grenzen hinaus von einiger Bedeutung gewesen sein. Das Programm der Zeitung formulierte Stricker in seinem Leitartikel der Erstausgabe:

„Die Presse ist eine scharfe, gewichtige Waffe, und das Volk, welches über eine gute Presse verfügt, kann sich rasch und leicht zu seinem Rechte durchschlagen. [...] Die ‚Wiener Morgenzeitung‘ wurde von Juden gegründet und wird von Juden geschrieben, welche den geraden Weg gehen wollen, weil sie überzeugt sind, daß er allein zum jüdischen Volksrecht und zur heilsamen Verständigung mit den anderen Völkern führt. Die Männer dieser Zeitung sind entschlossen, von jeder Umhüllung und Umschreibung ihres Judentums abzusehen, sowohl bei ihrer Arbeit für das jüdische Volk als auch bei der Arbeit für das Wohl des Staates und der Gesellschaft. Die ‚Wiener Morgenzeitung‘ ist ein Judenblatt. Anderen brennt dieser Name wie ein Schandmal auf der Stirn, sie will ihn gerne tragen.“¹⁴

Mit diesem Programm stellte die *Wiener Morgenzeitung* den Anspruch, ein jüdischnationales Organ zu sein, welches von Juden für Juden mit jüdischnationalem Bewusstsein geschrieben wird und sich vor allem jüdischer Themen annimmt. Die Formulierung ist deutlich vom programmatischen Leitartikel der Erstausgabe von Herzls *Welt* beeinflusst.¹⁵ Wegen ihrer täglichen Erscheinungsform behandelte die *Wiener Morgenzeitung* aber neben jüdischen auch allgemeine Themen in großer Ausführlichkeit. Die *Wiener Morgenzeitung* wollte Juden und Jüdinnen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kampf um Recht und Gleichheit ein speziell jüdisches Kommunikationsmittel bieten. Sie diente als Forum, um einerseits Neues in Wort und Bild zu verbreiten und andererseits mit jüdischen wie nichtjüdischen Kontra-

¹⁴ Wiener Morgenzeitung, 19.1.1919, S. 1f.

¹⁵ Welt, 4.6.1897, S. 1.

henten themenspezifische Debatten auszutragen. So erschienen auch die ersten Artikel über Frauen bereits in den ersten Wochen und portraitierten Frauen im Rahmen des *Jüdischen Nationalrates* und des Parlamentswahlkampfes der *Jüdischnationalen Partei*.¹⁶ Vom 2. Februar bis zum 20. April 1919 erschien unter der redaktionellen Leitung von Anitta Müller-Cohen sieben Mal eine Frauenbeilage mit dem Titel „Frauenrecht und Frauenarbeit“. Der Titel stand für das Programm der Beilage und sollte sich von anderen Zeitungen absetzen. Die Hintergründe zur Entstehung der Frauenbeilage und ihre InitiatorInnen sind unbekannt. Ein wichtiges Indiz für den Zeitpunkt könnten die am 16. Februar 1919 abgehaltenen Parlamentswahlen sein. Mit der Frauenbeilage sollte im Rahmen der WMZ ein Kommunikationsforum für jüdische Frauen in Österreich geschaffen werden, das über die allgemeine Berichterstattung der Zeitung hinausging und Frauen die Möglichkeit bot, sich nicht nur mit traditionellen Frauenthemen auseinander zu setzen.

Zu den führenden Journalistinnen der *Wiener Morgenzeitung* zählte Anitta Müller-Cohen. Ihre Position als bekannte Sozialarbeiterin, Gemeinderätin, Frauenrechtskämpferin und prominentes Parteimitglied dürfte ein wesentlicher Faktor für ihre mediale Präsenz gewesen sein. Über ihre Arbeit und Person wurde in der WMZ stets ausführlich berichtet. Gleichzeitig erschienen in der WMZ Artikel von Anitta Müller-Cohen zu verschiedenen Bereichen ihrer Arbeit. Als weitere führende Journalistin in der WMZ sei hier auf Klara Mautner-Mannheim (1879–1959) hingewiesen, die in den Jahren 1922–1927 vor allem Sozialreportagen schrieb. In den folgenden Jahren engagierte sie sich zunehmend in der sozialdemokratischen Partei und schrieb in erster Linie für die *Arbeiter Zeitung*.¹⁷ Ihre Arbeiten zeigen anschaulich die fließenden Grenzen zwischen bürgerlich und sozialdemokratisch orientiertem Frauenjournalismus.

Am 17. September 1927 erschien die *Wiener Morgenzeitung* zum letzten Mal. Für die *Jüdischnationale Partei* war die *Wiener Morgenzeitung* ein wichtiges Medium gewesen, um ihre Botschaft zu den Wählern zu transportieren. Der Zusammenbruch der *Wiener Morgenzeitung* im September 1927 erschütterte das jüdische Pressewesen bis auf den Grund. Ihre Einstellung stellte zu-

¹⁶ Wiener Morgenzeitung, 27.1.1919, S. 2 und 30.1.1919, S. 4.

¹⁷ Hecht, *Zwischen Feminismus und Zionismus*, S. 278. Vgl. Haunold, *Die österreichische Journalistin Klara Mautner*.

sammen mit dem Ausscheiden der *Jüdischnationalen Partei* aus dem Wiener Gemeinderat im selben Jahr einen Tiefpunkt in der Geschichte des österreichischen Zionismus dar.¹⁸ Die finanziellen und personellen Ressourcen die durch den Zusammenbruch der *Wiener Morgenzeitung* frei wurden, führten vor allem zu neuen Zeitungsgründungen. Allein zwischen 1927 und 1929 wurden 14 jüdische Zeitungen und Zeitschriften gegründet. Die Mehrheit davon war zionistisch. Im Jahr 1930 wurden daher 21 jüdische Zeitungen und Zeitschriften publiziert.¹⁹ Rund die Hälfte der Zeitungen stellte bis 1932 ihr Erscheinen aber wieder ein. Als die bedeutendsten und langlebigsten Neugründungen erwiesen sich die *Neue Welt* von Robert Stricker und die *Stimme des Zionistischen Landesverbandes*. In Opposition dazu lancierte Leopold Plaschkes, langjähriger Weggefährte von Robert Stricker, von 1932 bis 1938 die halbmonatlich erscheinende Zeitung *Jüdischer Weg*, als Organ des *Verbandes radikaler Zionisten*, die zwar ähnliche Positionen wie die *Revisionisten* vertraten, aber ihre Politik innerhalb des Zionistischen Weltkongresses betreiben wollten.

Strickers *Neue Welt* fungierte zeitweilig auch als deutschsprachiges Sprachrohr der *Revisionistischen Weltexekutive* unter der Leitung Vladimir Ze'ev Jabotinsky, womit die internationale Bedeutung der österreichischen zionistischen Presse verdeutlicht wird. Die *Neue Welt* erschien ab 23. September 1927 wöchentlich, ab 1936 zweimal wöchentlich. Die Redaktion befand sich im IX. Bezirk, Universitätsstraße 6–8. Die *Neue Welt* war einerseits als Fortsetzung der *Wiener Morgenzeitung* gedacht und andererseits wollte Stricker damit an Herzls *Welt* anschließen. Das Programm der Zeitung formulierte Stricker in der Erstausgabe:

„Wir haben für das jüdische Recht zu kämpfen, dessen Verkünder wir sein wollen. Je schärfer wir dies zum Ausdruck bringen, je mehr wir das [sic!] Kompromiß mit der Macht ablehnen, umso größer wird die Wirkung sein. [...] wir wollen] der Überzeugung Raum schaffen, daß das Verhältnis des Judentums zu seiner Umgebung nur durch Verständigung von Volk zu Volk unter Ausschaltung jeder würdelosen Angleichung sich bessern kann. Wir treten ein für die Versöhnung der Völker, für einen ehrlichen

¹⁸ Mühl, *Die „Wiener Morgenzeitung“*, S. 253–268.

¹⁹ Vgl. Jüdisches Lexikon, S. 1104, Zusatz I-XXXV.

Frieden, für Demokratie und Völkerbund, für die Aufrichtung des Judenstaates in Palästina.“²⁰

Mit diesem Programm wollte Stricker den Lesern die Zeitung als jüdischnationales Organ präsentieren. Die *Neue Welt* trat wie die *Wiener Morgenzeitung* für die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte der Juden in Österreich und aller Welt ein. Sie kämpfte gegen Antisemitismus und für die Errichtung eines Judenstaates in Palästina. Darauf hinaus diente sie als Diskussionsforum jüdischer wie nichtjüdischer Kontrahenten. Im Vergleich zur Ausrichtung der *Wiener Morgenzeitung* fällt jedoch eine Radikalisierung des Tons auf, die von einer Verlagerung der Ziele von regionaler auf internationale Ebene begleitet wird. Dies hatte vor allem mit der veränderten politischen Situation in Österreich aber auch in Deutschland zu tun. Beispielsweise unterlag die Zeitung während des Austrofaschismus in Bezug auf die österreichische Innen- und Außenpolitik der Preszensur. Diese Schwierigkeiten wurden außerdem von latenten finanziellen Problemen begleitet, welche die Existenz der Zeitung häufig bedrohten. Stricker betrachtete die *Neue Welt* während ihres knapp elfjährigen Erscheinens im Großen und Ganzen als sein „Privatblatt“, das ihn auf seinem politischen Weg bis 1938 begleitete. Die letzte Ausgabe erschien am 11.3.1938.²¹

Artikel von und über Frauen finden sich in der *Neuen Welt* selten, auch nicht von prominenten Frauen der jüdischnationalen Bewegung wie Anitta Müller-Cohen. Sieht man von ihrem Nachruf auf Oberrabbiner Chajes ab, behandelten Anitta Müller-Cohens spärlich erscheinende Artikel vor allem zionistische Frauenthemen. Im Vordergrund standen dabei ihre sich verstärkenden Konflikte mit der WIZO (Women’s International Zionist Organisation) bezüglich der Arbeit in Palästina/Erez Israel.²² Im Jahr 1932 erschien nur ein von einer Frau geschriebener Artikel, nämlich jener von Eugenie Kreitler, der Vorsitzenden der Frauenorganisation der Revisionisten über die Gründung ih-

²⁰ Neue Welt, 23.9.1927, S. 1.

²¹ Vgl. Hassler, Robert Stricker, S. 91–151.

²² Hecht, Zwischen Feminismus und Zionismus, S. 285.

rer Organisation.²³ Im Unterschied dazu erschienen in der Konkurrenzzeitung *Stimme* von Beginn an regelmäßige Beiträge von Frauen.

Die Stimme

„Die Stimme ist ein zionistisches Blatt. Sie kann kein anderes sein, will sie das ganze jüdische Leben umfassen. Das zionistische Landeskomitee für Österreich sieht in diesem Blatt sein offizielles Organ. Aber dieses Blatt soll nicht bloßes Parteiblatt sein, sondern Volksblatt, wie denn der Zionismus nicht Partei- sondern Volksbewegung ist.“²⁴

Mit diesen Worten positionierten sich die Herausgeber in der ersten Nummer der *Stimme* am 5. Januar 1928 eindeutig in der Tradition der *Wiener Morgenzeitung* und Herzls *Welt*. Die Zeitung wurde vom *Zionistischen Landesverband Österreichs* unter der Leitung von Leo Goldhamer (1884–1949), David Rothblum (1876–1947) und Adolf Böhm (1873–1941) herausgegeben. Zionismus wurde als nationale Bewegung verstanden, der alle Teile des Volkes umfassen sollte. Im Leitartikel, der von den drei Herausgebern gezeichnet ist, wird auch explizit auf die Notwendigkeit einer jüdischen Zeitung nach der Schließung der *Wiener Morgenzeitung* hingewiesen. Gleichzeitig versucht die zionistische Bewegung, ihren Führungsanspruch innerhalb der jüdischen Gemeinde zu legitimieren. Die *Stimme* erschien zunächst als großformatige Wochenzeitung. Pläne der Herausgeber, die *Stimme* in eine Tageszeitung umzuwandeln und so auch in formaler Hinsicht der *Wiener Morgenzeitung* nachzufolgen, dürften an mangelnden finanziellen Ressourcen gescheitert sein. Doch gelang es ab 1934, die Zeitung zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

Der Sitz der Zeitung war stets im Stadtzentrum, zunächst in der Rauhensteingasse 1 und später in der Marc Aurel-Straße 5. Ein wesentlicher Gestaltungsbestandteil der Zeitung waren Beilagen, z.B. die „Jugend-Stimme“, „Zionistisches Leben in Österreich mit einem Vortrags- und Veranstaltungskalender“, die „Blätter der jüdischen Frau“ und die „Kinder-Stimme“. Während des gesamten Erscheinungszeitraums wurden Gedichte publiziert. Ab September

²³ Neue Welt, 8.4.1932, S. 4.

²⁴ Stimme, 5.1.1928, S. 1.

1936, wurde wie in der *Neuen Welt* oder der *Wahrheit*, in der Rubrik „Austritte aus dem Judentum“ eine Namensliste publiziert. Doch im Vordergrund der Berichterstattung in der *Stimme* standen aktuelle, zionistische Politik und Berichte über Juden in aller Welt. Als moderne Methode der Zeitungsgestaltung ist der umfangreiche Einsatz von Fotos im Jahr 1928 anzusehen, Portraits von Persönlichkeiten, Fotos aus Palästina, Aufnahmen von sportlichen Veranstaltungen, etc. In den Jahren 1929 bis 1934 erschienen vermutlich aus finanziellen Gründen nur sehr selten Fotos.²⁵ Fotos wurden damals in vielen jüdischen Organen als modernes Präsentationsmittel eingesetzt, auch in orthodoxen Zeitungen, wie z.B. in der *Jüdischen Presse*.²⁶ Modernität und Zeitgeist im zionistischen Zeitungswesen spiegelten sich durch die Berichterstattung über Sport und Freizeit wider. So finden sich umfangreiche Berichte und Fotos darüber auch in anderen zionistischen Zeitungen, z.B. in der *Jüdischen Volksstimme* in Brünn.²⁷

In inhaltlicher Hinsicht wurde die Zeitung natürlich durch ihre Herausgeber und Redakteure geprägt. Neben den drei Herausgebern sind hier vor allem Siegfried Schmitz, Zygmunt Finkelstein, Jakob Rosenthal und Oskar Grünbaum zu nennen. Anhand von Jakob Rosenthal (1902–1984) lässt sich besonders deutlich nachvollziehen, dass viele jüdische Journalisten über ideologische Grenzen hinweg in verschiedenen jüdischen aber auch nichtjüdischen Zeitungen publizierten. Rosenthal war vor 1938 Mitarbeiter des *Wiener Tags*, der *Stimme*, der *Jüdischen Rundschau*, der *Basler Nachrichten*, der *National Zeitung* und der *Neuen Freien Presse* sowie Palästinakorrespondent des *Tags* und der *Wiener Zeitung*.²⁸ Aktives Engagement in der zionistischen Bewegung ließ sich also mit reger publizistischer Tätigkeit in anderen Zeitungen verbinden. Innerhalb der zionistischen Bewegung waren ideologische Differenzen durchaus überbrückbar, wenn sie innerhalb des zionistischen Konsenses blieben. So fungierte z.B. Siegfried Schmitz von 1919–1927 als Redakteur der *Wiener Morgenzeitung* und schrieb gleichzeitig auch (1919/20) für die jüdische Hochschulzeitung *Esra*, die Eugen Höflich redigierte. Nach dem Zusammen-

²⁵ Vgl. Hecht, *Die Stimme*.

²⁶ Jüdische Presse, 24.5.1928, S. 139.

²⁷ Kyselá, *Jüdische Volksstimme*, S. 73–75.

²⁸ Adunka, *Die vierte Gemeinde*, S. 334f. Vgl. hier den Beitrag von Thomas Soxberger.

bruch der *Wiener Morgenzeitung* wechselte er zur *Stimme*, die als Organ des *Zionistischen Landesverbandes* eine moderatere zionistische Politik vertrat als die *Wiener Morgenzeitung* unter Robert Stricker bzw. dessen Nachfolgeorgan die *Neue Welt*, die zeitweise auch als Organ der *Revisionistischen Bewegung* fungierte.

Mit frauenspezifischen Themen etablierte sich die *Stimme* als führende jüdische Zeitung für und über Frauen. In inhaltlicher Hinsicht dominierte in den Artikeln von Frauen das Thema Kultur und die WIZO. Zu den führenden Journalistinnen zählten Martha Hofmann, Leiterin des PR office der WIZO, Amalie Kantor, die WIZO Sekretärin in Wien, Henriette Lichtenstein-Rappaport, führendes Mitglied der Jung-WIZO, Sofie Löwenherz, Präsidentin der WIZO und die bekannte zionistische Schriftstellerin Rosa Melzer.²⁹ Viele dieser Frauen publizierten, wie ihre männlichen Kollegen, über ideologische Grenzen hinweg auch in nichtjüdischen und anderen jüdischen Zeitungen. Martha Hofmann schrieb beispielsweise für die *Wiener Morgenzeitung*, die *Jüdische Rundschau*, *Menorah* und die *Neue Freie Presse*. Darüber hinaus veröffentlichte sie auch Kurzgeschichten und Gedichtbände, z.B. „Das Blaue Zelt“ (1934), worin sie ihre Palästinareise von 1927 verarbeitete. Die Themenwahl der Journalistinnen ähnelte jener in anderen Zeitungen. An führender Stelle standen Familie, Erziehung, Hauswirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Soziales, wo Frauen für ein weibliches und männliches Publikum schreiben konnten. Über andere, etwa politische Fragen, schrieben Frauen hauptsächlich für Frauen und nur selten für männliche Leser.³⁰ Doch in der *Stimme* finden sich zahlreiche Beispiele für Artikel von Frauen für Leserinnen und Leser, wie z.B. eine ausführliche Würdigung von Leben und Wirken des englischen Politikers Benjamin Disraelis durch Henriette Lichtenstein-Rappaport.³¹ Wichtig war auch die Rolle der Frau innerhalb der zionistischen Bewegung, die von Frauen wie von Männern thematisiert wurde. Die Thematisierung der Frauenrolle blieb aber stets im Rahmen des bürgerlichen Konsenses.

Die Herausgeber der *Stimme* lancierten ab der dritten Nummer eine Frauenbeilage, die ein breites Themenspektrum abdeckte. In dieser schrieben meis-

²⁹ Hecht, *Frauenarbeit und Frauenrecht*, S. 163–177; Gelber, *Melancholy Pride*, S. 190–202.

³⁰ Stimme, 28.11.1928, S. 9.

³¹ Stimme, 3.6.1931, S. 3f.

tens Frauen aber auch Männer, wie der bereits erwähnte Yomtov Ludwig Bató über die jüdischen Salondamen. Die erste Frauenbeilage in der *Stimme* erschien unter dem Titel *Die jüdische Frau* am 19. Januar 1928. Anhand der Erscheinungsdaten kann davon ausgegangen werden, dass die Frauenbeilage einmal im Monat erscheinen sollte. Es gab aber immer wieder größere Unterbrechungen. Darüber hinaus wurde auch das Erscheinungsbild mehrmals geändert. Hieß die Frauenbeilage zunächst *Die jüdische Frau*, so wurde sie 1929 in die *Stimme der Jüdischen Frau* umbenannt und ab 1933 in *Die Blätter der jüdischen Frau*, wohl in Anlehnung an die Beilage der *Selbstwehr*. Letztere erschien seit 1927 in Prag mit einem bewusst feministisch-zionistischen Ansatz.³²

1934–1938

Während des Austrofaschismus veränderte sich das Leben für Juden und Jüdinnen zunehmend. Ihre Position als Nichtchristen und -innen wurde in einem sich als deutsch und christlich definierenden Staat zunehmend prekärer. Dies spiegeln auch die Zeitungsinhalte wider. Im Gegensatz zu 1918/19 ist von 1934 bis 1938 neben jüdischen Themen die Politik des austrofaschistischen Regimes ein integraler Bestandteil der Berichterstattung. In der Nachkriegszeit waren die Themenschwerpunkte hingegen jüdisches Leben in Österreich und den Nachfolgestaaten gewesen. So berichtete z.B. die *Jüdische Zeitung* im November/Dezember 1918 ausführlich über die „Gründung des Jüdischen Nationalrates für Deutsch-Österreich“ – die Ausrufung der Republik Österreich war nur ein untergeordnetes Thema. Die prekärere Lebenssituation spiegelte sich auch in einer verstärkten Berichterstattung über Antisemitismus wider. Hervorgerufen wurde diese u.a. durch die Regierung, die Antisemitismus offiziell verurteilte, ihn aber durch seine Funktionäre und Organisationen forcierte.³³ Antisemitismus von Vertretern der Kirche bzw. staatlichen Organisationen konnte kritisiert werden, die politischen Maßnahmen des Regimes, wie z.B. die Verfassungsänderung vom 1. Mai 1934, dagegen nicht. Die Pressezensur führte in weiterer Folge dazu, dass sich die Berichterstattung von regionaler

³² Vgl. Kyselá, *Die Journalistinnen*, S. 195–205.

³³ Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 186f.

auf internationale Ebene verlagerte, vor allem auf Berichte aus Palästina/Erez Israel. Die Ermordung von Dollfuß durch Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 wurde verurteilt. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus wurde eines der zentralen Themen. Gleichzeitig erlangte die Berichterstattung über Ereignisse in Palästina/Erez Israel große Bedeutung.³⁴

Das Verbot von sozialistischen bzw. kommunistischen Zeitungen im Jahr 1934 betraf die jüdische (nationale) Presse nur vereinzelt, wie z.B. den *Jüdischen Arbeiter* der *Po'ale Zion*, der nur bis zum Februar 1934 erschien. Die Mehrheit der jüdischen Zeitungen war bürgerlich orientiert und arrangierte sich mit dem Regime. Im Rahmen des Zionismus konnten aber linksorientierte Gruppen bzw. Parteien, sofern sie sich nicht mit Österreich bzw. österreichischer Politik befassten, weiter agieren, weil das Regime Zionismus als Instrument der Segregation zwischen Christen und Juden wohlwollend betrachtete. So kam es auch zu neuen jüdischen Zeitungsgründungen. Beispielsweise konnte die WIZO-Österreich als bürgerliche Frauenorganisation von 1935–1938 eine Monatszeitschrift lancieren, nämlich *Die Jüdische Frau*, die zu einem wichtigen Kommunikationsmittel der jüdischen Frauenbewegung wurde.

³⁴ Vgl. Lappin, *Von der Heimstätte zum Judenstaat*, S. 209–222.

THOMAS SOXBERGER

Die Jüdisch-Nationalen und das Jiddische in Wien in den Jahren 1918–1919

1. Einleitung

Im Februar 1919 erschien in Wien die erste Nummer einer Wochenzeitschrift in jiddischer Sprache: *Vokhentsaytung far folk, land un shprakh* [Wochenzeitung für Volk, Land und Sprache]. Kämpferisch stellte der programmatische Leitartikel mit dem Titel „Unser Ziel“ auf der ersten Seite fest, das Volk hungrere nach dem „yudishen vort,“ und nach einer solchen Wochenzeitschrift,, vos iz nor a dank der algemeyner, kimat farbrekherishe apatye mitsad di baley yek-hoyles nokh nishto [welche es nur Dank der beinahe kriminellen Apathie der Verantwortlichen noch nicht gibt]“.¹ Tatsächlich scheint diese „Wochenzeitung“, die politisch jedenfalls dem jüdisch-nationalen Lager zuzuordnen ist, aber eine Eintagsfliege gewesen zu sein. Es sind mir keine weiteren Nummern bekannt geworden, und es ist zu bezweifeln, dass es welche gab.

Die *Vokhentsaytung* war nicht der einzige Versuch, die jiddische Leserschaft Wiens für die jüdisch-nationale Sache zu gewinnen. Durchaus erfolgreich war Naftali Mayer Rackers (1879–1937) jiddische Tageszeitung *Viener morgentsaytung/Yudische morgenpost*. Die *Vokhentsaytung* als gescheiterter Versuch, ein jiddischsprachiges politisches Periodikum der Jüdisch-Nationalen herauszugeben, fiel gerade in eine Zeit der Auseinandersetzungen um die jüdische Politik in Wien und Österreich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Im Kontext der Wahlkämpfe der *Jüdisch-Nationalen* in der ersten Hälfte des Jah-

¹ *Vokhentsaytung far folk, land un shprakh* (14.2.1919), S. 1. Das erhaltene Exemplar der Zeitschrift (Umfang von 8 Seiten) wurde von mir in der *Hebrew National and University Library* in Jerusalem eruiert und kopiert. Auf der letzten Seite ist ein Rundstempel zu sehen, der zeigt, dass es sich einst in der Bibliothek der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien befand.

res 1919 gab es offenbar auch heftige Auseinandersetzung darüber, was nun eigentlich die „moderne jüdische Kultur“ ausmache.

Racker trat den Namen seiner Zeitung im Jänner 1919 an Robert Strickers deutschsprachige Tageszeitung *Wiener Morgenzeitung* (1919–1927) ab und wurde daher unter den Wiener Jiddischisten zum typischen Vertreter einer pragmatischen und letztlich verständnislosen Haltung gegenüber der jiddischen Sprache. Ich will versuchen, der Frage der Beziehung der *Jüdisch-Nationalen* zur jiddischen Sprache und der Frage, wie sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in Wien die Ideologisierung der „Sprachenfrage“ manifestierte, nachzugehen.

2. Jüdische nationale Politik und „riv leshonot (Sprachenstreit)“

Wie bei allen Nationalbewegungen, spielte auch in der jüdischen Nationalbewegung die Presse eine zentrale Rolle. Die jüdische Presse stellte allerdings insofern eine Besonderheit dar, als sie stets in verschiedenen Sprachen erschien, von denen überdies zwei – Jiddisch und Hebräisch – den Anspruch erhoben, die „eigentliche“ Nationalsprache darzustellen und sie daher die größtmögliche politische Förderung verdienten.

Allen Beschränkungen durch den Krieg zum Trotz kam es schon während des Weltkrieges zu verschiedenen jüdischen Kulturinitiativen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit an Intensität zulegten. Man kann sie als Teile einer Bewegung sehen, die der Idee einer umfassenden „jüdisch-kulturellen Renaissance“ verpflichtet war, und die als solche sowohl Vertreter des Hebräischen, wie auch des Jiddischen umfasste. Konkret äußerte diese Kulturbewegung sich in der Gründung von Verlagen, Zeitschriften, Schulorganisationen, Theatern, Bibliotheken.

Wenn auch der Schriftsteller Melech Rawitsch (1893–1976) in seinen Memoiren das Bild eines harmonischen Zusammenlebens der jiddischen und hebräischen Publizisten in Wien zu Beginn der zwanziger Jahre zeichnet,² so zeigt ein Blick in die zeitgenössische Publizistik, dass damals die Verschärfung des „Sprachenkampfes“ auch in Wien zu bemerken war. Es mag sein,

² Ravitsh, *Mayse-bukh II*, S. 486.

dass andere Probleme als drängender empfunden wurden, aber die Schulfrage oder der Einsatz von Geldmitteln für kulturelle Institutionen und die Publizistik barg einigen Konfliktstoff in sich.

Zu einer verstärkten Tätigkeit für Hebräisch wie für Jiddisch kam es in Wien als sich dort kriegsbedingt eine beträchtliche Zahl jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa sammelte. Die Situation während und nach dem Weltkrieg stellte auch an die Formen der jüdischen Politik völlig neue Anforderungen. Der jüdische Nationalismus erlebte in dieser Situation einen Aufschwung, denn in die Frage der politischen Neuordnung Osteuropas war auch immer die Frage nach dem Status der jüdischen Minderheit eingeschlossen. Damit wurde aber vor allem für die zionistische Politik die Frage der „Gegenwartsarbeit“ neu gestellt. Nicht nur Wege für den Aufbau eines zukünftigen jüdischen Staates in Palästina mussten gefunden werden – es waren viele aktuelle Probleme vor Ort zu lösen.

Was die geforderte Massenauswanderung nach Palästina als Lösung des Problems der Juden Osteuropas betraf, so setzte sich in der zionistischen Bewegung bald eine vorsichtigere Haltung durch. Man setzte auf den planmäßigen Aufbau des Landes, und vor allem darauf, dabei auch Grundlagen einer zukünftigen hebräischsprachigen Gesellschaft zu schaffen.³ Damit geriet der „Sprachenstreit“ – das hieß vor allem: die Frage des Jiddischen – sehr schnell ins Zentrum heftiger Auseinandersetzung. Man befürchtete, dass eine Massenauswanderung jiddischsprachiger Juden aus Osteuropa nach Palästina die ersten Erfolge, die sich in der Etablierung des Modernhebräischen als Umgangssprache im Jischuw zeigten, und die man vor dem Ersten Weltkrieg schon konstatiert hatte, nun zunichte gemacht werden könnten. Der „Sprachenstreit“ gewann daher in den zwanziger Jahren an Virulenz und wurde letztlich in Palästina zugunsten des Hebräischen entschieden – durch einen konsequenten ideologischen Kampf gegen das Jiddische, der auch vor physischer Einschüchterung nicht Halt machte.⁴

³ Diese Fragen wurden auch in der Wiener jiddischen Presse behandelt, siehe etwa Hakohen, Mordechai ben Hillel (Yaffo): „*Unzer sprakh-kamf in goles un Erets Yisroel*“. In: *Yudische morgenpost*, 12.8.1919, S. 2.

⁴ Ausführlich dazu Pilovsky, *Tsvishn yo un neyn*.

Die Befürchtungen, dass Jiddisch sehr schnell die dominierende Sprache werden könnte, waren dabei nicht ganz aus der Luft gegriffen. So heißt es etwa 1912 in der *Wiener Jüdischen Volksstimme* (herausgegeben von Max Hickl) über die ersten Erfolge des Hebräischen in Palästina: „In letzter Zeit hat die hebräische Sprache im Heiligen Lande eine ungehörte Verbreitung gefunden“ – ohne das zahlenmäßig zu belegen – und der Autor betont:

„Man unterschätzt im allgemeinen eine andere in Palästina vorherrschende sogenannte Notsprache, nämlich den jüdisch-deutschen Jargon, der von 80.000 Menschen gesprochen wird und wegen seiner Verwandtschaft mit dem Deutschen leicht verständlich ist.“⁵

Tatsächlich war also nach diesem Artikel das Jiddische die meistverbreitete Sprache unter den Juden des damaligen Palästina, statistisch war es sogar nach Arabisch die zweitwichtigste Sprache. Die Tatsache, dass Jiddisch von mehr als 10% der Bevölkerung des damaligen Palästina gesprochen wurde (die Bevölkerungszahl wurde mit 650.000 angegeben), spielte der Verfasser des Artikels aber dadurch herunter, dass er es (durchaus in der Tradition des Herzlschen Zugangs zur jüdischen Sprachfrage) als „Notsprache“ bezeichnete.

Wenn man also in Palästina die Sprachfrage des *Jischuw* ideologisch schon zugunsten des Hebräischen entschieden hatte, so sah es auf der Ebene der österreichischen *Landespolitik* vor dem Weltkrieg noch anders aus. Um eine Anerkennung der Juden Österreichs als einer „Nationalität“ zu erreichen, sah man die Durchsetzung der Anerkennung des Jiddischen als „landesübliche Sprache“ zumindest in Galizien und der Bukowina als probates Mittel an. Der zionistische Publizist Löbel Taubes (1863–1933) hatte hier erste Versuche unternommen, die jüdische Bevölkerung anzuhalten, sie solle bei den Volkszählungen, bei denen die „Umgangssprache“ erhoben wurde, die „jüdische Sprache“ angeben. Von den polnisch dominierten Behörden Galiziens wurde allerdings strikt darauf geachtet, dass nur eine „landesübliche Sprache“, möglichst Polnisch, als „Umgangssprache“ angegeben wurde, und ein solches „falsches“ Bekenntnis zu einer nicht anerkannten „jüdischen Sprache“ mit einer Verwaltungsstrafe bedroht. Diese Einbeziehung der jüdischen Bevöl-

⁵ Wiener Jüdische Volksstimme, 29.8.1912, S. 3.

kerung als polnischsprachige Gruppe stärkte die Position der Polen gegenüber den Forderungen der Ruthenen Galiziens nach mehr Sprachrechten.⁶

Auch bei den Reichsratswahlen 1907 war das Jiddische ein Thema. Die jüdisch-nationalen Abgeordneten unterstützten die Anerkennung der „jüdischen Sprache“, und es sind einige Versuche bekannt, zu diesem Zweck Präzedenzfälle zu schaffen. So versuchte etwa Adolf Stand (1870–1919), als eines der vier Mitglieder eines erstmals gegründeten *Jüdischen Klubs* im Reichsrat, seinen Eid als Abgeordneter auf Jiddisch abzulegen.⁷ Wenn die *Arbeiter-Zeitung* daraufhin schrieb, Stand habe die Sprache der *Budapester Orpheums-gesellschaft* (einer „Jargonbühne“, bekannt für ihren derben Humor) verwenden wollen, so ist das eine (wohl sehr bewusste) Verzerrung des Vorfalls. Denn offenbar versuchte Stand, sich auf bestehende Rechte für nicht deutschsprachige Abgeordnete zu berufen. Vor allem aufgrund des Widerstands slawischer Abgeordneter war eine explizite Festlegung von Deutsch als Geschäftssprache des Reichsrats unterblieben, auch wenn Verhandlungen im Allgemeinen auf Deutsch geführt wurden.⁸ Nichtdeutsche Abgeordnete konnten daher im Reichsrat in bestimmten Fällen auch eine andere „landesübliche Sprache“ als Deutsch verwenden – so etwa bei ihrer Angelobung.⁹

Die jüdisch-nationalen Abgeordneten Heinrich Gabel (1874–1910) und Arthur Mahler (1872–1918) seien in Zusammenhang mit einer weiteren Initiative zur Durchsetzung eines Rechtes der jiddischen Sprache erwähnt. Einige Jahre hatten damals jüdisch-nationale Studenten (ergebnislos) durchzusetzen versucht, dass sie bei der Immatrikulation an österreichischen Universitäten sich durch die Angabe „jüdisch“ in der Rubrik „Muttersprache“ zur „jüdischen Nationalität“ bekennen durften bzw. dass überhaupt eine Rubrik „Nationalität“

⁶ Brix, *Die Umgangssprachen*, S. 383; Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 496–500.

⁷ Auf diesen Vorfall weist auch Max Weinreich in seiner jiddischen Sprachgeschichte hin, wobei er auch eine Attacke der „Arbeiterzeitung“ auf Stand erwähnt, die schrieb, Stand habe die Sprache der „Budapester Orpheum-Gesellschaft“ verwenden wollen. Weinreich, *Geshikhte fun der yidisher shprakh III*, S. 317.

⁸ Siehe dazu Alt, *Hundert Jahre*, S. 97–108 den Abschnitt „Sprachenfrage“.

⁹ Konkret wurden „Angelobungen auch in allen anderen Sprachen entgegengenommen, in welchen das Reichsgesetzblatt erscheint und ebenso Reden in allen diesen Sprachen als zulässig angesehen“, Bernatzik, *Das österreichische Nationalitätenrecht*, S. 973.

eingeführt werde.¹⁰ Ein *Exekutivkomitee zur Anerkennung der jüdischen Nationalität an den österreichischen Universitäten* erließ regelmäßig vor Semesterbeginn diesbezügliche Aufrufe, in denen etwa zu lesen war:

„Jeder selbstbewusste jüdische Student fülle die Rubrik: Muttersprache in seinem Nationale mit ‚Jüdisch‘ aus. Es ist nationale Pflicht und jeder, der es unterlässt, begeht ein Verbrechen an seinem Volk.“¹¹

Am 29. November 1907 führte Mahler eine Studentendelegation zu Unterrichtsminister Marchet, die diese Forderung vorbrachte,¹² und im Februar 1908 sprach eine Delegation bei dem Rektor der Universität Wien vor.¹³ Auch als 1910 der Verfassungsrechtler Edmund Bernatzik Rektor der Universität Wien wurde, brachte eine studentische Delegation diese Forderung erneut vor. Bernatzik zeigte sich in der Angelegenheit durchaus aufgeschlossen, reagierte aber ebenfalls nur mit vagen Versprechungen. Er war ein liberaler Deutschnationaler, jedem radikalen Nationalismus abgeneigt. Aus der Überzeugung, dass „das Fortfallen der polyglotten Staaten, den österreichischen nicht ausgenommen, Gräuel hervorrufen würde, wie sie eben ein Rassen- und Nationalitätenkrieg nach sich zu ziehen pflegt“, sprach er sich für den Ausbau eines Systems der nationalen Autonomien im Verband der Monarchie aus.¹⁴

Bernatzik war ein Kritiker des bürokratischen Konstrukts „Umgangssprache“, das seiner Ansicht nach mehr Probleme schuf, als löste. Die „nationale Frage“ war für ihn mehr als eine reine Sprachenfrage, auch wenn er konzipierte: „Es ist allerdings richtig, daß die wichtigste Emanation des nationalen Geistes die Sprache ist.“¹⁵ Für ihn war auch „Nationalität [...] heute keine bloße Abstammungsgemeinschaft mehr“, sondern „eine Kulturgemeinschaft, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das nur im eigenen Willen bestehen kann“.¹⁶ Daraus ergab sich für Bernatzik ein Recht auf nationales Selbstbe-

¹⁰ Rozenblit, *The Assertion of Identity*, S. 171–186; Gaisbauer, *Davidstern und Doppeladler*, S. 500–505.

¹¹ Jüdische Zeitung 6. 3.1908, S. 7.

¹² Neue Nationalzeitung, 6.12.1907, S. 8.

¹³ Jüdische Zeitung, 6.3.1908, S. 8.

¹⁴ Bernatzik, *Die Ausgestaltung des Nationalgefühls*, S. 44.

¹⁵ Ebd. S. 27.

¹⁶ Ebd. S. 32.

kenntnis, analog zu Glaubensgemeinschaften. Zur Lösung der vielen damit verbundenen Probleme, vor allem in national gemischten Gebieten, schlug er die Einführung „nationaler Matriken“ vor.¹⁷

Der Erste Weltkrieg unterbrach die Entwicklung, die Tendenzen auf eine zunehmende Beteiligung und Anerkennung der Rechte aller Nationalitäten zumindest im Verband der „österreichischen Reichshälfte“ der Monarchie zeigte. Als die Regierung von Kaiser Karl in den Jahren 1917/18 hier nochmals anzuknüpfen versuchte, war die Dynamik der Entwicklung bereits zu weit fortgeschritten, um mit der Ankündigung von Verfassungsreformen und eines reformierten Nationalitätenrechts noch etwas retten zu können.

Noch 1918 wurde die Frage der „Umgangssprache“ bei einer lokalen Volkszählung in Lemberg schlagend und löste den Unmut der *Jüdisch-Nationalen* aus. Von 5. bis 7. Juni 1918 fand vom Regierungskommissariat für Lemberg eine „Volkskonskription zu Approvisionierungszwecken“ statt, bei der, wie sonst bei Volkszählungen üblich, die „Umgangssprache“ anzugeben war, samt Strafandrohung für die Angabe falscher Daten. Hier sah der Korrespondent der *Jüdischen Zeitung* eine politische Tendenz, und beklagte,

„daß ein Artikel im hiesigen jüdischen ‚Tagblatt‘, welche die Judenheit an ihre Pflicht [sic!] erinnerte, in der Rubrik Umgangssprache ‚Jiddisch‘ anzugeben, in seinem vollen Inhalt inhibiert wurde. Trotzdem hat ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung aus eigenem Antriebe ‚Jiddisch‘ als seine Umgangssprache angegeben. Welche Folgen das nach sich ziehen wird, ob das Regierungskommissariat den Strafparagraphen dafür in Anwendung bringen wird, kann heute noch nicht beurteilt werden.“¹⁸

Für das Jiddische blieb nach dem Ende der Monarchie in „Restösterreich“ ein kleiner, nomineller Erfolg: bei den Volkszählungen der Ersten Republik konnte tatsächlich auch „Jiddisch“ angegeben werden. Zahlenmäßig hatte das aber keine Bedeutung – nur sehr Wenige machten von diesem Recht Gebrauch und deklarierten sich als „Jiddischsprecher“: 1923 waren es gerade einmal 2.434

¹⁷ Siehe dazu Bernatzik, *Über nationale Matriken*.

¹⁸ „Eine Volkszählung in Lemberg (Von unserem Korrespondenten)“. In: *Jüdische Zeitung*, 14.6.1918, S. 1.

Wiener, 1934 sogar nur mehr 510 österreichische Juden, die sich zu Jiddisch als „Umgangssprache“ bekannten.¹⁹

3. Jiddischsprachige Publizistik in Wien

Die Geschichte der Wiener jiddischen Presse ist nach wie vor nur teilweise dokumentiert und aufgearbeitet. Ein 1967 publizierter Artikel des Publizisten Meir Henisch (1873–1970) über galizische Juden in Wien erwähnt zwar jüdische Medien in Jiddisch, nicht aber seine eigene Tätigkeit für die *Viner morgentsaytung*, was nur als eine bewusste Selbstbeschränkung verstanden werden kann, denn Henisch, ein sozialdemokratischer „rechter“ *Po'ale Zion*ist, war selbst Korrespondent jiddischer Zeitungen. Dennoch erwähnt er namentlich als jiddischen und hebräischen Publizisten in Wien nur den der *Agudas Jisroel* nahe stehenden Jona Kreppel (1874–1939).²⁰

Ein ganz anderes Bild erhalten wir aus einem Überblick über die Wiener jiddische Literatur und Publizistik, den Max Neugröschen (1903–1965) im New Yorker Exil verfasste.²¹ Der Jurist Neugröschen stand, soweit sich aus seinen Schriften ablesen lässt, der jiddischistischen Sprachbewegung der *Linken Po'ale Zion* in der Tradition des Parteitheoretikers Ber Borochow nahe. Dazu gehörte auch ein positives Bild von der jiddischen Kultur in der Sowjetunion, die bis in die dreißiger Jahre staatliche Förderung genoss.²² Neugröschen neigt in seinem Artikel dazu, die jiddische Presse Wiens zu Ende des Ersten Weltkriegs und der zwanziger Jahre als Domäne der jüdischen Arbeiterbewegung

¹⁹ John/Lichtblau, *Schmelziegel*, S. 288. Sie beziehen die Angaben aus: *Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Einmalige Nachweisungen*. Wien 1927, S. 5 bzw. *Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934*. Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 3. Wien 1935, S. 12f.

²⁰ Henisch, *Galician Jews*, S. 370.

²¹ Naygreshl, *Di yidische literatur*, S. 387–88.

²² Anfang der dreißiger Jahre war er Sympathisant der Kommunisten, in den Jahren 1935–37 auch Parteimitglied und überlegte sogar, nach Spanien zu gehen. Nach einer Reise in die Sowjetunion, in denen bereits die Auswirkungen der „Säuberungen“ auf das jiddische Kulturleben zu spüren waren, wandte er sich enttäuscht von der kommunistischen Bewegung ab. E-Mail von Fritz Feilhaber an den Verfasser, 7. 9.2008.

darzustellen. Er verschweigt aber auch nicht die Rolle der jüdisch-nationalen Bewegung für die Entstehung einer Wiener jiddischen Publizistik.

Bis zum Ersten Weltkrieg hatten in Wien nur gelegentlich Exilpolitiker jüdischer Parteien aus Russland (*Bund*, *Po'ale Zion* und *Zionisten-Sozialisten*) Versuche unternommen, jiddische Zeitschriften zu publizieren. Diese richteten sich aber an eine Leserschaft in Russland und stellten damit keine jiddische Presse für Wien selbst dar.²³ Um die Jahrhundertwende lassen sich in Wien einige Publizisten und Journalisten finden, die regelmäßig jiddische Publikationen in Russland und den USA mit Beiträgen belieferten. Der Großteil der Jiddisch schreibenden Journalisten Wiens dieser Zeit waren offenbar Zionisten der einen oder anderen Richtung. Vor 1914 lebten in Wien z. B. der „Veteran“ der zionistischen Presse Galiziens, David Jesaja Silberbusch (1854–1934). Auch der Kantor und Journalist J. A. Lubetzky (1872–1921) der Jus-Student Abraham Coralnik (1883–1937), der ein Mitarbeiter des zionistischen Parteiorgans *Welt* war, und der Kantor und Schriftsteller Josef Grob, von dem weiter unten noch die Rede sein wird, sind hier zu erwähnen.

Im Jahr 1919 hatte jedenfalls die jiddischsprachige Presse in Wien erst eine sehr kurze Geschichte hinter sich. Das verwundert an sich nicht in einer Stadt, die in der jüdischen Welt als Hochburg der „jüdischen Assimilation“ galt. Auch die zionistische Bewegung hatte das Vorurteil, dass Jiddisch mit „Mauscheln“ und „Jargon“ gleichzusetzen sei, dass es als ein korrumptiertes Deutsch auch ein korrumpernder kultureller Einfluss sei, erst allmählich abgelegt und begonnen, es pragmatisch nach seinem Nutzen für die Verbreitung zionistischer Ideen zu betrachten. In Galizien entstand in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine jiddischsprachige Presse. Viele dieser Publikationen, wie das 1904 gegründete *Lemberger Togblat*, waren zionistisch oder *po'ale*-zionistisch ausgerichtet. Als Teil der *Landespolitik* und *Gegenwartsarbeit* stellten sich um die Jahrhundertwende zionistische Gruppen hinter die Forderung nach einer Anerkennung des Jiddischen als einer „landesüblichen Sprache“ in Galizien und Bukowina. Das Nationalitätenrecht der Monarchie war vor allem über Sprachenrechte definiert. Deshalb war der Nachweis einer eigenen „jüdischen Sprache“ ein zentraler Punkt, um eine Anerkennung einer

²³ Soxberger, *Zur Geschichte*, S. 1–10.

„jüdischen Nationalität“ in Österreich zu erreichen. Die jüdisch-nationale Bewegung musste also aus praktischen Gründen sehr an der Anerkennung des Jiddischen in der österreichischen Reichshälfte interessiert sein, war aber damit nicht erfolgreich.²⁴

Der Erste Weltkrieg brachte nicht nur eine Veränderung der Staatsgrenzen, sondern auch völlig geänderte Voraussetzungen der jiddischen Sprache und Kultur in ganz Osteuropa wie auch in Wien. Während des Krieges entstand eine jiddische Presse in Wien, die bis etwa Mitte der 1920er Jahre eine wichtige Plattform für Journalisten und Schriftsteller, verschiedener politischer Richtungen bildete. Gegen Ende der zwanziger Jahre sank die jiddische Publikationsstätigkeit aus ökonomischen wie politischen Gründen immer mehr bis zur Bedeutungslosigkeit herab. 1931 scheiterte der letzte Versuch einer jiddischen Wochenzeitung in Wien.²⁵

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde keine jiddische Belletristik in Wien gedruckt. Der erste Impuls für die Etablierung der jiddischen Literatur Wiens ging vom jüdisch-nationalen Verleger Max Hickl aus Brünn aus. Er verlegte seinen Wohnsitz 1915 nach Wien und leitete hier eine Dependance des Verlags *Jüdischer Buch- und Kunstverlag Max Hickl* (Wien VIII., Lerchengasse 6a). Max Hickl hatte seinen Verlag 1899 als genossenschaftlichen zionistischen Verlag gegründet. Er gab darin zuerst das deutschsprachige Wochenblatt *Jüdische Wochenzeitung* heraus und ab 1901 auch Bücher und Broschüren.²⁶ In der Wiener Zeit erweiterte der Verlag sein Programm über zionistische Publikationen in deutscher Sprache auch auf Belletristik meist aus Galizien stammender jiddischer und hebräischer Schriftsteller, die sich während des Krieges in Wien aufhielten. Ab 1918 boten die wieder erscheinende *Viner morgentsayung* und der Verlag von Hickl also Publikationsmöglichkeiten für jiddische Literaten in Wien. Die Zusammenarbeit der jiddischen Literaten mit Hickl und seinem Verlag endete im Jahr 1919, als dieser wieder nach Brünn ging, doch dürften neben praktischen auch politische Gründe dafür ausschlaggebend gewesen sein.

²⁴ Siehe dazu Stourzh, *Juden als Nationalität*, S. 73–98.

²⁵ Naygreshl, *Di yidische literatur*, S. 390.

²⁶ Färber, *Publishing Houses*, S. 534–535.

Mit dem Jahr 1918 kann man von der Formierung eines jiddischen Schriftstellerzirkels in Wien sprechen, der auch in Kontakt zu den hebräisch schreibenden Kollegen stand. Jiddische wie hebräische Schriftsteller und Publizisten sahen sich jedenfalls in diesem letzten Kriegsjahr, in dem sich die völlige politische Umgestaltung Ost- und Mitteleuropas abzeichnete, als Akteure in dem ideologisch heiß umkämpften Feld jüdischer Kulturpolitik. Ende 1918 und zu Beginn des Jahres 1919, als die Bewegung für einen *Jüdischen Nationalrat* in Österreich ihren Höhepunkt erreichte, wurden Themen wie die Stellung der jiddischen und der hebräischen Sprache und ihrer Literatur, das Niveau des jiddischen Theaters, die Frage einer modernen jüdischen Schule und ihrer Unterrichtssprache kontrovers diskutiert. Die Frage der ökonomischen Lage der jüdischen Schriftsteller und wie diese zu verbessern sei, lieferte ebenfalls Stoff für heftige, oft polemische Auseinandersetzungen. Engagierte Schriftsteller und Publizisten spielten eine wichtige Rolle in den Debatten über die Frage der „jüdischen Renaissance“.

Als Kern der jiddischen Schriftstellergruppe Wiens kann ein Freundeskreis um Samuel Jakob Imber (1889–1942) gesehen werden, der sich vor dem Ersten Weltkrieg zur nationalromantischen Schriftstellergruppe *Yung galitsye* (Jung-Galizien) zusammengefunden hatte. Noch während des Krieges initiierte Imber die Anthologie *Inter Arma*, die 1918 bei Hickl erschien, und gründete Mitte 1918 in Lemberg die Literaturzeitschrift *Nailand* [Nayland] deren Redaktion er aufgrund der unsicheren Lage in Galizien noch Ende desselben Jahres nach Wien verlegte. Gedruckt wurden alle drei erschienenen Nummern (Juli, August 1918, Jänner 1919) der als Monatszeitschrift angelegten Publikation in Wien. Wir finden darin Beiträge von J. S. Imber, Uri Zwi Grinberg, Ber Horowitz, Mejlech Chmielnitzky, Mejlech Rawitsch, Mosche Liwschitz.²⁷ Die Gruppe ist also großteils identisch mit jener, die dann 1919 in Wien einen eigenen jiddischen Verlag *Der Kwall* [der kval] gründete. Durch den Einfluss des Schriftstellers Mosche Silburg (1884–1942) wurde ein Großteil der jiddischen Schriftsteller auf einen konsequent jiddischistischen, modernistischen Kurs geführt. Silburg war ein jüdischer Publizist und Schriftsteller, der nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen bundistischer Tätigkeit 1912 aus Wilna aus-

²⁷ Prager, *Yiddish literary periodicals*, S. 124.

gewiesen worden war und sich in Krakau niedergelassen hatte. Mit Kriegsbeginn kam er nach Wien und schlug sich als Hebräischlehrer und Übersetzer durch.

Es kam zum Bruch mit Imber, der seinen nationalromantischen und „dait-schmerischen“ Stil weiter pflegte.²⁸ Rawitsch beschreibt in seinen Memoiren die Beziehungen zwischen den Lagern der „Jiddischisten“ und „Hebraisten“ zwar als „friedlich“, Neugröschen hingegen spricht von „Feindschaft“ oder zumindest „Entfremdung“ zwischen beiden.²⁹ Zweifellos ist der Rückblick von Rawitsch nostalgisch verklärt und spielt seine eigene Rolle in der Entzweiung herunter. Rawitsch hatte sich Anfang der zwanziger Jahre selbst mit kämpferischen Tönen für die jiddische Schule und gegen hebräische Schulen engagiert.³⁰ Hatte es in den Jahren vor und während des Weltkriegs mehr oder weniger gute Beziehungen zu hebräisch schreibenden Schriftstellern und Journalisten, von denen einige auch in jiddischen Publikationen veröffentlichten, gegeben, so kam es Anfang der zwanziger Jahre zu einer merklichen Entfremdung zwischen den beiden „Lagern“. Zweifellos vereinte hebräische wie jiddische Publizisten, dass sie sich mit einer – wie auch immer im Detail definierten – jüdischen Nationalidee identifizierten, die im „assimilierten“ jüdischen Wien an sich schon eine Minderheitenposition darstellte. Es einte und entzweite sie gleichzeitig die aufgeregte und anregende Atmosphäre einer „jüdischen Revolution“, die sich zu Ende des Weltkrieges daran machte, das Wiener jüdische Establishment der „Assimilanten“ herauszufordern.

4. Die jiddische *Viner morgentsaytung/Wiener Morgenzeitung*

1915 wurde – für Wien war es das erste Mal und blieb auch einmalig – eine jiddische Tageszeitung gegründet: die *Viner morgentsaytung*, die sich vor allem an die galizischen Kriegsflüchtlinge in Wien und wohl auch Brünn richtete.

²⁸ Eine scharfe Attacke auf Imber findet sich in der *Kritik*: Meylekh Kh(mielnitski): *Hayne in Imber's shpigel*. In: *Kritik*, 25.1.1921, S. 29–31. Siehe auch Rawitsch, *Geschichtenbuch*, S. 168f., bzw. Ravitsh, *Mayse-bukh II*, S. 484f.

²⁹ Naygreshl, *Di yidische literatur*, S. 389.

³⁰ Ravitsh, M: *Di yidische shultsentrale in Vilne*. In: *Kritik*, April 1921, S. 27–28.

Herausgeber war Naftali Mayer Racker aus Neu-Sandec.³¹ Er war laut Max Neugröschen, der wie Racker aus Neu Sandec stammte und ihn persönlich gekannt hatte, ein wenig begabter Journalist, dem die Bedeutung seiner Zeitung *Viner morgentsaytung* für die jiddische Kultur Wiens nie bewusst gewesen sei. Er nannte ihn einen „geschickten Sockenhändler, aber schwachen Kenner der brennenden jüdischen Probleme“.³² Die *Viner morgentsaytung*, die auf ihrer Titelseite unter dem jiddischen Kopf auch die deutsche Bezeichnung *Wiener Morgenzeitung* trug, musste bereits im Herbst 1915 ihr Erscheinen einstellen und konnte erst mit 1. Jänner 1918 wieder erscheinen. Diese jiddische Zeitung Wiens bestand unter dem mit Anfang 1919 auf *Yudische morgenpost* geänderten Namen bis 1926. Bereits ab 30. Mai 1920 erschien sie nur mehr als sechsseitige Wochenzeitung. 1918–20 wurde sie von Mosche Groß und in der Folge von dem Journalisten Joshua Tiger (1898–1960) redigiert, laut Neugröschen auf einem Niveau, das ihr den Spitznamen „Morgenpest“ eintrug.³³

Die Zeitung setzte 1918 die Zählung als „Zweiter Jahrgang“ fort und trug nun auf der Rückseite den zusätzlichen Kopf *Wiener Morgenzeitung. Jüdisches Tagblatt für Politik, Volkswirtschaft und Literatur*. Herausgeber Racker schreibt in seinem Leitartikel zur ersten Ausgabe 1918, dass man eine Unterbrechung von „zwei und einem Viertel Jahren“ hinnehmen habe müssen. Zur Blattlinie hält er fest:

„Fast alle Regierungen befassen sich mit der jüdischen Frage. Alle nehmen Stellung zu ihr. Aber wir selber? Wir haben keine Presse.“³⁴

Diesem Mangel wolle das Blatt abhelfen. Tatsächlich unterscheidet der zweite Jahrgang sich stark vom ersten aus dem Jahr 1915, der von Frontberichten und Darstellungen der Lage der galizischen Flüchtlinge in Wien, Mähren und Ungarn dominiert war. Trotz des geringen Umfangs von meist nur vier Sei-

³¹ Naftali Mayer Racker, geboren 11.12.1879 in Neu-Sandec, gestorben 21.12.1937 an einer Nierenerkrankung an der Adresse II., Taborstr. 52b (laut Totenbuch 1937, Matrikelamt der IKG Wien). Als Beruf wird „Redakteur“ angegeben. Dank an Wolfdieter Eckstein für Hilfe bei Feststellung der Daten.

³² Naygreshl, *Di yidishe literatur*, S. 382.

³³ Ebd. S. 385.

³⁴ Raker, N.M: *Fun der redaktsye*. In: *Viner Morgentsaytung*, 1.1.1918, S. 2.

ten kann man sagen, dass dem Anspruch, man wolle eine Plattform zur Formulierung und Darstellung konkreter jüdischer politischer Forderungen sein, durchaus entsprochen wurde.

Vertreter der *Po'ale Zion*, wie Arie Leib Schussheim und Meir Henisch, kamen in der *Morgentsaytung* ebenso zu Wort, wie jüdisch-nationale Politiker und Publizisten, wie Robert Stricker, Osias Thon, Julius Löwy, oder auch Nathan Birnbaum. Seit der Publikation der „*Balfour-Erklärung*“ von 1917 war natürlich die „Palästinafrage“ ein zentraler Punkt der Debatten, und die *Wiener morgentsaytung* räumte der Berichterstattung darüber seit ihrem Wiedererscheinen breiten Raum ein. Die Erwartungen waren hochgesteckt, man erwartete geradezu demnächst die Gründung eines jüdischen Staates und die Öffnung Palästinas für eine Masseneinwanderung der notleidenden ostjüdischen Massen. So ist auch stimmig, dass man über den Verein *Jischubh Eretz Israel*, der unter den chassidischen Juden für die Palästinaidee warb, berichtete.

Die Berichterstattung über Osteuropa und Galizien bildete erwartungsgemäß einen Hauptschwerpunkt. Ab Ende 1918, nach den von polnischen Legionären bei der Einnahme Lembergs veranstalteten Pogromen, wurde die Berichterstattung von den Ereignissen in Lemberg dominiert. Die Aufrufe zu Trauer- und Protestkundgebungen und an die Siegermächte gerichtete Forderung gegenüber Polen nahmen breiten Raum ein, wie überhaupt die Frage der jüdischen Bevölkerung in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und des Russischen Reichs. Und es versteht sich demnach von selbst, dass die Zeitung die jüdische Kongress-Bewegung unterstützte und über die Arbeit des *Jüdischen Nationalrates für Österreich* positiv berichtete.

Der feuilletonistische Teil war nicht sehr umfangreich, nur zu den großen jüdischen Feiertagen und Herzls Todestag erschien die Zeitung in erweitertem Umfang mit Beiträgen jiddischer Schriftsteller über den Kreis der üblichen Mitarbeiter des Feuilletons hinaus. Wir finden dann auch die jüngere Generation von „Jung-Galizien“, etwa die Namen von Melech Rawitsch, Abraham Mosche Fuchs, Mejlech Chmielnitzky, Uri Zwi Grinberg und Mosche Groß. Ab 15. Jänner 1919 führte sie in Hinblick auf das angekündigte Erscheinen von Strickers deutschsprachiger *Wiener Morgenzeitung* den Titel *Yudische Morgenpost*. Der Leserschaft wurde mitgeteilt, dass sich an der Leitung, Redakti-

on und Blattlinie dadurch nichts ändere.³⁵ Strickers Blatt ist also nicht etwa als direktes Nachfolgeblatt für die jiddische Zeitung zu verstehen, sondern es handelt sich um eine Neugründung. Die jiddische *Viner morgentsaytung* hatte zwar gelegentlich Artikel von Stricker publiziert, kann aber nicht als sein Sprachrohr oder das einer einzigen Richtung definiert werden.

Der doch bemerkenswerte Vorgang, bei dem eine zionistische Publikation einen populären Zeitschriftentitel wohl aus Gründen politischer Loyalität an eine andere Publikation abgab, wurde noch jahrelang unter den Wiener Jiddischisten thematisiert. Ihnen galt der Vorgang als der Sündenfall der jiddischsprachigen Zionisten Wiens, der deren Geringschätzung für das Jiddische deutlich machte. Zusammen mit der Zerstrittenheit der jiddischsprachigen Arbeiterbewegung wurde diese als einer der Hauptgründe für den unaufhörlichen Niedergang der jiddischen Presse in Wien gewertet. Silburgs Zeitschrift *Kritik* verbreitete Anfang 1920 sogar die polemische Behauptung, Racker habe mehr noch als politische Erwägungen finanzielle Vorteile im Auge gehabt:

„Die geborgten Köpfe.

Wirklich nichts als ein Witz, allerdings ein wahrer, der dazu noch gewisse Punkte hatte, die fast symbolisch anmuten [...]

Vor etwa einem Jahr lebte in Wien eine einfache jiddische Zeitung, die aber den stolzen Kopf ‚Wiener Morgen-Zeitung‘ trug. Da ergibt es sich nun, dass die deutschsprachigen Zionisten anfangen, hohe Politik zu machen. Vielleicht braucht man so was ja auch. Kann man's wissen? Aber zu hoher Politik braucht man, wie bekannt, auch eine Zeitung, und eben auch eine Tageszeitung in deutscher Sprache muss es sein, überhaupt wenn man bei den ‚Wahlen‘ die Ostjuden beeinflussen will. In dieser Zeit erlaubte man aber das Erscheinen neuer Zeitungen nicht. Verfällt man also auf eine Lösung, und eine echt jüdische dazu. Man geht zum Redakteur der jiddischen Zeitung und redet mit ihm folgendermaßen:

„Liebenswürdiger Herr Redakteur! Es wäre eine verdienstvolle Sache und eine heilige Pflicht, wenn Sie uns Ihren Kopf borgen würden, denn, Sie verstehen ja selbst, dass für die lateinisch-gotische Schrift der stolze Kopf ‚Wiener Morgenzeitung‘ besser passt.“

³⁵ Tsu unzere abonenten un lezer! In: *Yudishe morgenpost*‘ 15.1.1919, S. 1.

Der jiddische Redakteur, der mit großem Respekt zugehört hatte, erfasste sofort, dass das Opfer eines jiddischen Kopfes auf dem Altar des zionistischen Nationalismus kein so großes ist, vor allem, wenn es abgegolten wird [...] und war einverstanden.

Seit damals erscheint in Wien eine zionistisch-deutsche Zeitung mit dem ausgeborgten jiddischen Kopf: „Wiener Morgenzeitung“.³⁶

Der Redakteur, auf den hier angespielt wurde, war offenbar Naftali Mayer Racker, und die „hohe Politik“ ist zweifellos eine Spitzel gegen Strickers Ambitionen. Die Übernahme des Zeitungsnamens erfolgte offenbar im Rahmen der Gründung der *Jüdische Zeitung- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* am 30. Dezember 1918, zu deren Aktionären auch Naftali Mayer Racker gehörte. In diese Gesellschaft brachte Racker als einer der Hauptaktionäre den Namen der Zeitung „als einzubringende Sacheinlage im Werte von 50.000 K“, nebst 10.000 Kronen in bar, ein.³⁷ Die jiddischsprachige Tageszeitung hatte ja von Anfang an parallel zum Titel in hebräischer Schrift den lateinschriftlichen Titel *Wiener Morgenzeitung* getragen. Aus der Berichterstattung der *Morgenpost* in der ersten Jahreshälfte 1919 springt jedenfalls die Nähe zu den *Jüdisch-Nationalen* mehr ins Auge, als im Jahrgang davor. Vor den Wahlen im Februar 1919 wird Wahlaufrufen für Strickers *Jüdische Nationalpartei* viel Platz eingeräumt. Die Vermutung, dass Rackers Blatt von Stricker mehr oder weniger „gekauft“ worden sei, musste dementsprechend nahe liegen, doch wirkt es nach den vorliegenden Unterlagen eher so, als ob Racker sich bei Stricker eingekauft hätte.

Der Bedeutungsverlust der jiddischen Tageszeitung Wiens verlief parallel zu der ab Frühling 1919 immer deutlicher zum Ausdruck kommenden Spaltung im *Jüdischen Nationalrat* entlang „bürgerlichen“ und „proletarischen“ Linien. Während die *Yudische Morgenpost* etwa eine klare antikommunistische Linie verfolgte und gegen die ungarische *Räterepublik* deutlich Stellung bezog,³⁸ stellte sich zur selben Zeit ein wichtiger Teil der Wiener *Po'ale Zion*

³⁶ Z-g (=Zilburg): Di oysgeborgte kep. In: Kritik, März/April 1920, S. 30.

³⁷ WStLA, Handelsgericht, Register C 36-30. Dank an Dieter Hecht für die Mitteilung. Zur Gründung der Gesellschaft siehe auch Hecht, *Die Jüdische Zeitung*, S. 66f.

³⁸ Siehe etwa: *Dos komunistische ungarn ferfolgt di yuden. Intervyu mit folksbeoyftrogten Kunfi* (fun unzer shpetsyal-korespondent). In: *Yudische Morgenpost*, 20.5.1919, S. 3. Anlass dazu gab die in einem Interview gefallene Äußerung des Kommissars der ungarischen Räteregie-

eindeutig auf die Seite der Revolutionäre und unterstützte auch die österreichische Rätebewegung, was in dem Anfang 1919 gegründeten Parteiorgan der *Po'ale Zion*, der Wochenzeitung *Freie Tribüne* deutlich zum Ausdruck kommt. Damit nahm die Wiener *Po'ale Zion* am Linksrum in der internationalen *po'ale-zionistischen* Bewegung teil, der im Zeitraum von 1919 bis 1922 zu einer Spaltung der Bewegung führte. Als Wien nach der Spaltung der *Po'ale Zion* 1919 kurzfristig die Weltzentrale der Linken *Po'ale Zion* wurde, führte das zur Gründung einer eigenen jiddischen Parteipresse, die in den Jahren 1920 bis 1922 mehrere Titel hervorbrachte. Die *Linke Po'ale Zion*, die sich als eine „jüdische kommunistische Partei“ verstand, suchte den Anschluss an die Komintern. Nach deren Ablehnung blieb sie als eine eigenständige Partei bestehen und spielte in der Zwischenkriegszeit vor allem in Polen eine nicht unbedeutende Rolle, vor allem durch ihr konsequentes Eintreten für die jiddische Kultur.³⁹

In Wien kam es 1919 zu einer Absetzbewegung einer Gruppe sozialdemokratischer *Po'ale-Zionisten* unter der Führung von Mendel Singer, welche letztlich, nachdem sich die „Linken“ im Herbst 1921 in *Jüdische Kommunistische Partei in Deutsch-Österreich* umbenannt hatten, als *Po'ale Zion* verblieb und wieder Anschluss an die zionistische Bewegung suchte. Die Arbeiter-Zionisten stellten die Gruppe mit der konsequentesten „jiddischistischen“ Ideologie in Wien dar. Moderne jiddische Kultur fand in Wien ihre Unterstützung in erster Linie bei der Partei der *Po'ale Zion*. Ein großer Teil der jiddischen Schriftsteller Wiens machte die Linkstendenz im Jahr 1919 mit und war von der revolutionären Stimmung und Rhetorik mitgerissen, was auch mit der Suche nach neuen künstlerischen Ausdrucksformen der jiddischen Literatur korrespondierte. Melech Rawitsch beispielsweise, der 1918 noch ein

rung Sigmund Kunfy, die Räterepublik verfolge keine Religion, werde aber „die jüdischen Preistreiber“ mit aller Strenge verfolgen. Nach der Niederschlagung der Räterepublik hatte die *Morgenpost* aber regelmäßig von Gewalttaten der Konterrevolutionären gegen die jüdische Bevölkerung zu berichten.

³⁹ Kassow, *The Left Poalei Zion*, S. 109–128.

Herzl-Gedicht in der *Viner morgentsaytung* veröffentlicht hatte, besang in seinem Gedichtband *Nakete lider*, der 1919 erschien, die Revolution und Lenin.⁴⁰

Auch in Silburgs Zeitschrift *Kritik* zeigt sich diese Linkstendenz. Die letzte Nummer Mai 1921 wurde von einem Programmarticle des radikalen linken *Po'ale-Zionisten* Alexander Chaschin eröffnet. Diese eindeutige Positionierung trug aber offenbar auch dazu bei, dass 1921 die Tage der Zeitschrift *Kritik* gezählt waren. Silburgs Polemiken in der *Kritik* 1920/21 sind wohl eher als nachträgliche Erklärung dafür zu verstehen, warum es im Jahr 1919 auch in kulturellen Fragen zu einem Ende der Zusammenarbeit der Linken (vor allem der *Linken Po'ale Zion*) und bürgerlichen Gruppen gekommen war. Silburg konstatierte eine Missachtung der jiddischen Sprache durch „bürgerliche Zionisten“, die nur aus deren Entfremdung vom tatsächlichen Leben der jüdischen Massen erklärbar war.⁴¹

Ein besonderes Feindbild im Wiener Kulturleben stellte für Silburg dabei Siegfried Schmitz (1886–1941), Redakteur der deutschsprachigen *Wiener Morgenzeitung* von 1919 bis 1927, dar.⁴² Schmitz war eine recht interessante Person des jüdischen Kulturlebens in Wien. Als Student war er unter den Einfluss von Nathan Birnbaums „Diasporanationalismus“ geraten und hatte sich an einer studentischen Theaterinitiative beteiligt, die durch Aufführungen jiddischer Theaterstücke in deutscher Sprache den Boden für das „bessere jiddische Theater“ bereiten wollte. Er beschäftigte sich mit der Geschichte des jiddischen Theaters allgemein und in Wien im Besonderen. Er war auch ein sehr eifriger Verfasser von Übersetzungen aus dem Jiddischen, die in der *Wiener Morgenzeitung* gedruckt wurden.⁴³ Die *Jüdisch-Nationalen* in Wien hatten also durchaus auch ihre Jiddisch-Kenner und jiddischen Schriftsteller, aber letztlich versammelten sich die bedeutenden Autoren und Publizisten im Lager der Linken. Wie schmal die Basis für eine jiddischsprachige Publikation

⁴⁰ Ravitsh, Meylekh: *Hertsl*. In: *Viner morgentsaytung*, 29.6.1918, S. 1. Ravitsh, *Nakete lider*, S. 158.

⁴¹ Silburg, *Was ich euch zu sagen habe*, S. 104–108.

⁴² Silburg setzte seine Polemik gegen die *Wiener Morgenzeitung* mit einer Attacke auf Schmitz fort, Z-g (=Zilburg): Di oysgeborgte kep. In: *Kritik*, März/April 1920, S. 30–31.

⁴³ Siehe dazu Dalinger: *Quellenedition*, S. 200, Anm. zu S. 43, und Index. Adunka, *Exil*, S. 157.

der *Jüdisch-Nationalen* war, soll am Beispiel der schon erwähnten *Vokhentsaytung* gezeigt werden.

5. Die Vokhentsaytung far folk, land un shprakh

Mit dem Datum vom 14. Februar erschien 1919 in Wien jene bereits eingangs erwähnte erste Nummer einer jiddischen Wochenzeitung, *Vokhentsaytung far folk, land un shprakh*. Politisch ist die Zeitschrift leicht zuzuordnen: Es findet sich am unteren Rand der Titelseite ein Wahlauftruf für die *Jüdisch-Nationalen*: „*Yiden! vehlt yidish-natsional*“, was in seiner „verdeutschten“ Orthografie, ohne dass es einer besonderen Übersetzung bedarf, als „Juden! Wählt Jüdisch-National“ gelesen werden kann. Die Zeitschrift erschien auch unmittelbar vor den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich am 16. Februar 1919, bei der Robert Stricker im Wahlkreis Nordost (2., 20., 21. Wiener Gemeindebezirk) gewählt wurde.

Leitartikel und Inhalte der Artikel bestätigen den allgemeinen zionistischen Charakter der Zeitschrift. Als Herausgeber findet sich auf der letzten Seite „Sh. Piker“, bei dem es sich um den Journalisten Salomon Picker (15. 8. 1885 – ?) handeln dürfte. Laut Wiener Meldedaten war er in Edinett geboren und in Sadagora in der Bukowina zuständig. Eine polizeiliche Meldung in Wien ist erst mit 16. 1. 1917 nachweisbar, Neugröschen hatte allerdings Informationen, dass Picker bereits vor dem Krieg nach Wien gekommen sei.⁴⁴ Aus Zeitungsnotizen, die seinen Namen erwähnen (meist zeichnet er nur als Kürzel S. P.) lässt sich jedenfalls auf ein kontinuierliches zionistisches Engagement Pickers schließen, er organisierte und leitete etwa zionistische Vortragsabende. So berichtet er etwa in der *Jüdischen Zeitung* vom 26. Mai 1918 über einen von ihm geleiteten Vortragsabend im 20. Bezirk, bei dem Löbel Taubes „über die Notwendigkeit eigenständiger jüdischer Politik“ referiert habe, vor einem, wie Picker hervorhob, überwiegend nicht zionistisch eingestellten Pu-

⁴⁴ Naygreshl, *Di yidishe literatur*, S. 380. Die Meldedaten weisen Picker als wohnhaft in Wien II., Traunfelsgasse 7 aus. Am 16.2.1926 heiratete er Lea Klüger, (früher Rosenkranz, 1879–1934). 1927 dürfte das Ehepaar die Wohnung im Haus gewechselt haben, danach gibt es keine Meldedaten mehr. Picker blieb aber offenkundig in Wien.

blikum.⁴⁵ Auch in der *Viner morgentsaytung* tauchen fallweise Beiträge von „Sh. P.“ auf.⁴⁶ Pickers Nennung als Gründungsmitglied der *Vereinigung der hebräischen und jiddischen Presse-Berichterstatter in Wien* (Sitz Praterstraße 9/5) im Herbst 1925 spricht dafür, dass seine Haupttätigkeit im Journalismus in jiddischer Sprache lag. Eine dem Bundeskanzleramt am 20. Dezember zugeschickte Mitgliederliste umfasst 13 Namen von Wiener Korrespondenten ausländischer jüdischer Zeitungen. Picker wird als Korrespondent für die Zeitschriften *Hajnt [Der haynt]*, Warschau, *Dos jüdische Volk [Dos yidishe folk]*, New York, Juedische Zeitung [Yidishe tsaytung] Buenos Aires und *Unsere Zeit [Unzer tsayt?]*, Kischinew, genannt.⁴⁷ 1932 wird Picker im „Jüdischen Jahrbuch für Österreich“ von Taubes und Bloch als Mitglied des Präsidiums der österreichischen *Keren Kajemeth* angeführt.⁴⁸

Neben Picker arbeitete an der *Vokhentsaytung* der weitaus bekanntere jiddische Journalist und Schriftsteller Josef Grob (1881–1935) mit. Auch er kommt aus dem Umfeld der *Jüdisch-Nationalen*. Josef Grob (laut Wiener Melddaten recte: Josef Teichmann) wurde am 24. April 1881 Bolshvets bei Halicz geboren und verstarb 1935 während eines Kuraufenthaltes im Kurort Piešťany in der Tschechoslowakei. Mit 12 bereits Vollwaise, verließ er seinen Heimatort, erhielt eine Ausbildung zum Kantor und trat 1911 eine Kantorenstelle in Wien an. Ab etwa 1902 schrieb er auch journalistische Beiträge für Zeitschriften in Amerika, Russland und Galizien. 1912 würdigte ihn die *Wiener Jüdische Volksstimme* anlässlich seines zehnjährigen Schriftstellerjubiläums neben der Erwähnung seiner zahlreichen Publikationen in „amerikanisch-, russisch- und galizisch-jüdischen Blättern“ (also wohl hauptsächlich jiddischen Zeitungen) mit folgendem Kompliment:

⁴⁵ S. P.: „Große zionistische Massenversammlungen in Wien“. In: *Jüdische Zeitung*, 14.6.1918, S. 5.

⁴⁶ Sh. P.: „Der yudisher opfertog un zayne erszte rezultaten“. In: *Viner Morgentsaytung*‘ 29.8.1918, S. 2.

⁴⁷ Der Verein war bereits am 19.9.1925 von der Stadt Wien genehmigt worden, und im Jänner 1926 wird vom Innenministerium endgültig festgestellt, dass keine Gründe zu Untersagung der Vereinstätigkeit vorliegen. ÖStA, AdR, BKA, 15/4 Zl. 157274-25. Dank an Dieter Hecht für Kopien des von ihm aufgefundenen Aktes.

⁴⁸ *Jüdisches Jahrbuch* 5693, S. 65.

„Sein Verdienst ist es hauptsächlich, daß der Begriff ‚jüdische Literatur‘ auch jenseits der Stephanie-Brücke gleichsam ‚salonfähig‘ zu werden beginnt.“⁴⁹

Daraus ist immerhin zu entnehmen, dass sich Grob schon vor dem Ersten Weltkrieg in Wien eine gewisse Anerkennung als jiddischsprachiger Schriftsteller erworben hatte. Während des Ersten Weltkriegs arbeitete Grob auch für die *Viner morgentsaytung*. Seine „Gesammelten Schriften“ erschienen 1920 im *Jüdischen Buch- und Kunstverlag Max Hickl*.⁵⁰ Grob schrieb überdies auch Lieder, zu denen er Melodien komponierte, und war einer der Mitbegründer des Vereins *Freie Jüdische Volksbühne* und des *Jüdischen Gesangsvereines* in Wien.⁵¹ Für die *Vokhentsaytung* steuerte er eine Erzählung „*Shloyshim*“ bei, die von den Problemen eines Kriegsheimkehrers handelt. Er ist entschlossen, das Beste aus der Situation zu machen, invalide und krank, hat er doch zumindest überlebt. Aber am Ende erfährt er, dass sein Vater bei einem Pogrom in Lemberg umgekommen sei.

Der Leitartikel „*Unzer tsil*“, der anonym gehalten ist, dessen Stil aber mit dem des folgenden, mit „*Yoysuf ben Shimen*“ gezeichneten Artikels „*Tsum parteytog*“ identisch ist, mag ebenfalls Grob zuzuordnen sein. Wer die Texte der „humoristischen Beilage“ unter dem Titel „*Der doziger (ershaynt dos mol un nokh a mol)*“ verfasste, ist ungeklärt. Satz und Druck der *Vokhentsaytung* wurden von der Firma *Adria* (Taborstraße 52b) durchgeführt, als „Leiter“ (wohl der jiddischen Abteilung der Druckerei) wird der Setzer *Israel London* genannt.

Durch Inhalt wie Mitarbeiter wird deutlich, dass die Zeitschrift demselben Umfeld wie die jiddische Tageszeitung *Yidische morgenpost*, vormals *Viner morgentsaytung*, zuzurechnen war. Der Leitartikel, betitelt „*Unzer tsil*“, lässt ebenfalls keinen Zweifel, dass es sich um eine jüdisch-nationale Publikation handelt. Der Verfasser erklärt, dass sich das Programm der Zeitschrift schon aus ihrem Titel ergebe. Es seien, so schreibt der Autor, nach den letzten Jahren alle Aspekte des jüdischen Lebens zur Diskussion gestellt. Wenig überra-

⁴⁹ Em.: „Josef Grob (Zu seinem zehnjährigen Schriftstellerjubiläum 1912)“, In: Wiener Jüdische Volksstimme‘ 24.10.1912, S. 5.

⁵⁰ *Yoysuf Grob's gezamelte shriften*. Wien/Brünn 1920, mit Porträt des Autors.

⁵¹ *Yoysuf Grob*, Leksikon, Sp. 328.

schend ist natürlich „folk“ ein Hinweis auf die jüdisch-nationale Ausrichtung der Zeitschrift, und „land“ auf Palästina bezogen.

Wie steht es nun um die „Sprache“? Hier spricht man sich auf Jiddisch mit einer pathetischen Erklärung für die Sprache des Volkes aus – das Hebräische:

„Die Sprache, der Modus der Volksseele, der dessen Fühlen, Denken und Tun ausdrückt; die Sprache, ist eine mit ihm organisch verwachsene Einkleidung des Volksgeistes, und ist das einzige Werkzeug seiner Kultur. Die Kultur, und ihr Werkzeug, die Sprache, der einzige Besitz, den der Jude mit sich ins Exil genommen hat, um es zu hüten bis zu Rückkehr in die Heimat, muss nun aus ihrer Verborgenheit, aus den Begrenzungen der bescheidenen spezifisch-jüdischen Angelegenheiten und sich plötzlich an das tägliche rauschende Leben anpassen, muss wieder hinaus zu den Massen, die durch das Exil von ihr isoliert worden sind, muss in die Intellektuellenschicht eindringen: den Juden, die in fremde Schulen gegangen sind und einen fremden Geist aufgenommen haben. [...]“

Mir werden daher, uns einstweilen der jetzigen Exilssprache („goles-shprakh) der jüdischen Massen bedienend, Wege suchen und mithelfen die Erlösungs-Sprache („ge'ule-shprakh“) zu verbreiten und ihre Kultur, in ihrer Echtheit und in ihrer Eigenart.

Unser Blatt will eine Wochenzeitung für die Sprache sein.“⁵²

Die Herausgabe einer jiddischen Zeitschrift, die als Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses dargestellt wurde, bedeutete also keine Aufwertung des Jiddischen seitens der *Jüdisch-Nationalen*. Der jiddischen Sprache wurde nur eine Hilfsfunktion zugestanden, die aber eigentlich der Förderung des Hebräischen dienen sollte. Für überzeugte Jiddischisten war eine solche Formulierung zweifellos nicht vertretbar. Ihnen ging es darum, Jiddisch als zumindest die zweite nationale Sprache zu emanzipieren. Dieser Artikel ist also wohl auch als Aussage gegen die *Po'ale Zion* und deren pro-jiddische Haltung zu verstehen.

Die *Vokhentsaytung far folk, land un shprakh* erschien mit Datum 14. Februar 1919, also kurz vor den Wahlen zum konstituierenden österreichischen Nationalrat am 16. Februar, bei denen Stricker als jüdisch-nationaler Abgeordneter gewählt wurde. Der Zeitschrift war offenbar kein Erfolg beschieden. Strickers *Wiener Morgenzeitung* brachte nur zweimal eine kleine Annonce

⁵² *Vokhentsaytung far folk, land un shprakh*, 14.2.1919, S. 2.

im Anzeigenteil (am 15. und 21. Februar 1919), dass die erste Nummer einer *Wochenzeitung in jüdischer Sprache, Organ für Volk, Land u. Sprache* erschienen sei. Ein Hinweis auf eine zweite Nummer fand sich nicht. Offenbar gab es für eine solche Zeitschrift keine wirkliche Unterstützung in der *Jüdischnationalen Partei*. Das Konzept und die Gestaltung der Zeitschrift wirken auch seltsam diffus. Die Haltung der *Vokhentsaytung* gegenüber dem Jiddischen bestätigt also eher Silburgs Darstellung der Willfähigkeit gegenüber den Forderungen der deutschsprachigen Parteiorganisationen.

Die *Wiener Morgenzeitung* brachte zwar keine Polemik gegen das Jiddische, im Kultur- und Anzeigenteil hatten Hinweise auf jiddische Veranstaltungen durchaus Platz. Für Imbers Zeitschrift *Nailand [Nayland]* etwa finden sich in der *Wiener Morgenzeitung* im Jänner und Februar 1919 mehrmals Anzeigen. Über jiddische Vortragsabende und über Vorstellungen des jiddischen Theaters wurde regelmäßig berichtet. Aber alles in allem war das Interesse der *Jüdisch-Nationalen* am Jiddischen in Wien gering, und die Bewegung gerade der bedeutendsten jiddischen Schriftsteller Wiens nach links im Laufe des Jahres 1919 scheint wohl damit zu tun zu haben, dass dem Jiddischen von den *Jüdisch-Nationalen* nur eine zweitrangige Rolle im jüdischen Kulturleben zugebilligt wurde. Es ging hier vermutlich auch um einen Verteilungskampf knapper materieller und organisatorischer Ressourcen.

Robert Stricker verhinderte 1919, so scheint es, direkte Äußerungen zum Sprachenstreit. Man findet bestenfalls eine indirekte Stellungnahme, etwa in seinen Ausführungen zur jüdischen Erziehung: „Die von den Jüdischnationalen angestrebte Schule wird das Kind mit dem Geiste des Judentums, seiner Sprache, Geschichte und Literatur innig vertraut machen“ – was „die Sprache des Judentums“ ist, bleibt also offen. Gegen den *Cheder*, die traditionelle jüdische Grundschule, wandte Stricker sich scharf, und forderte eine moderne Schule.⁵³ Die *Agudas Jisroel* hatte solche Schulen während des Krieges in Wien eingerichtet, und dort wurde sicherlich der Unterricht auch auf Jiddisch geführt. Für die moderne jüdische Schule, die im *Jüdischen Nationalrat* debattiert wurde, forderte seitens der *Po'ale Zion* Hersch Nagler die Einführung

⁵³ Stricker, *Der jüdische Nationalismus*, S. 33 und 29.

des Jiddischunterrichts bzw., falls die Eltern es wünschten, die Einrichtung von „Parallelklassen mit jüdischer [=jiddischer] Unterrichtssprache“.⁵⁴

Die Schuldebatte in Wien, die vom *Jüdischen Nationalrat* geführt wurde, resultierte letztlich in der Einrichtung des späteren Chajes-Gymnasiums. Und Neugröschel konzidiert, dass es den Hebraisten gelang, trotz schwieriger Umstände dort den Hebräischunterricht einzuführen, während die Jiddischisten in der Schulfrage keinen vergleichbaren Erfolg erringen konnten.⁵⁵

6. Schluss

Die *Wochenzeitung für Volk, Land und Sprache* stellt für sich allein genommen nur ein Kuriosum dar, betrachtet man aber ihren zeitlichen Kontext, so liefert sie ein weiteres Indiz dafür, welche große Rolle die „Sprachenfrage“ gerade für jene jüdischen Parteien spielte – *Jüdisch-Nationale*, *Po’ale Zion* und auch *Agu-das Jisroel* – die nach dem Ersten Weltkrieg antraten, um die Hegemonie der „Assimilanten“, also der seit dem 19. Jahrhundert in der Wiener IKG hegemonialen liberalen *Österreichisch-Israelitischen Union*, zu beenden. Dabei fanden sich die jiddischen Intellektuellen, Schriftsteller und Journalisten Wiens 1918 und Anfang 1919 noch im Orbit der *Jüdisch-Nationalen*, wie sich an den Beziehungen zu Hickl, zur *Viner morgentsaytung/Yudische morgenpost* und an *Nayland* ablesen lässt. Es entsteht der Eindruck, dass die jiddischen Poeten und Prosaiker Wiens sich 1919 mehrheitlich der *Linken Po’ale Zion* zuwandten, die das Jiddische ins Zentrum ihrer Kulturpolitik stellte, während Journalisten und Publizisten eher im Umfeld der „rechten (sozialdemokratischen) *Po’ale Zion*“ und des bürgerlichen Zionismus beheimatet blieben. Für jeden Einzelnen von ihnen wäre aber zu untersuchen, welche praktischen Gründe, materiellen Motive, persönlichen Animositäten bzw. Loyalitäten mit diesen vordergründig politischen und ideologischen Richtungsentscheidungen verquickt waren.

Als Mosche Silburg 1920 die Herausgabe der Zeitschrift *Kritik* begann und dort seine polemischen Beiträge veröffentlichte, waren die kulturpolitischen Hauptschlachten bereits geschlagen. Seine gegen die *Jüdisch-Nationalen* und

⁵⁴ Siehe: „Plenarsitzung des Jüdischen Nationalrats“. In: *Wiener Morgenzeitung*, 18.3.1919, S. 6.

⁵⁵ Naygreshl, *Di yidische literatur*, S. 388f.

ihre laue bis feindselige Haltung gegenüber dem Jiddischen gezielten Polemiken sind offenbar schon als Rückblick auf die kulturpolitischen Weichenstellungen zu lesen, die sich 1919 auch in Wien vollzogen hatten. Die beiden Sprachen hatten begonnen, für sich gegenseitig ausschließende Positionen zu stehen. Eine „proletarische“ jiddischistische Bewegung der jüdischen Arbeiterbewegung grenzte sich von der als „bourgeois“ geschmähten pro-hebräischen Haltung der Zionisten und *Jüdisch-Nationalen* ab. Silburg kommt in seiner Analyse der Lage der zeitgenössischen jüdischen und jiddischen Kultur zu der zugespitzten Formel, die moderne jiddische Kultur müsse, wenn sie der allgemeinwältigen Assimilation entgehen wolle, ihr eigenes „Ghetto“ schaffen.⁵⁶

Tatsächlich war die „proletarische“ Kultur aber ebenfalls tief gespalten. Eine Ironie der Geschichte besteht darin, dass es vor allem die zionistische Arbeiterbewegung war, die in Palästina die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung der hebräischen auf Kosten der jiddischen Sprache schuf.⁵⁷ Mit dem Austritt der *Po'ale Zion* aus dem *Jüdischen Nationalrat für Deutsch-Österreich* im Frühjahr 1919 war die Koalition, die sich in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Österreich für die Anerkennung der jiddischen Sprache als Volkssprache herausgebildet hatte, zu Ende. Das heißt nicht, dass zionistische Schriftsteller und Journalisten deshalb auf die Verwendung des Jiddischen verzichtet hätten. Aber die Initiativen, eine jiddische Kulturbewegung in Wien am Leben zu erhalten, wurden zunehmend eine Domäne einer jiddischistischen Linken, die sich hier in einer politisch sehr marginalen Position befand. Das Engagement der *Jüdisch-Nationalen* für das Jiddische, wie es während der Monarchie aus nationalitätenpolitischen Überlegungen noch sehr ausgeprägt gewesen war, fand in der Ersten Republik keine Fortsetzung mehr.

⁵⁶ Siehe dazu Silburg, *Was ich euch zu sagen habe*, S. 118–123.

⁵⁷ Pilovsky, *Tsvishn yo un neyn*, S. 13f.

DIETER J. HECHT

Die Jüdischnationale Partei 1918–1938

Geprägt durch die Atmosphäre der Monarchie setzte die *Jüdischnationale Partei* unter ihrem Obmann Robert Stricker nach Ausrufung der Republik den Kampf um die Anerkennung der Juden als Nation fort. Als bestes Mittel dazu sahen sie die politische Betätigung im Rahmen der allgemeinen Politik und innerhalb jüdischer Körperschaften. Die *Jüdischnationale Partei* kandidierte sowohl bei österreichischen Parlaments- und Gemeinderatswahlen als auch bei den Israelitischen Kultusgemeindewahlen und trat auf unterschiedlichen Listen für den *Zionistischen Weltkongress* an. Dieses Auftreten verband sie eher mit den jüdischnationalen Parteien in den Nachfolgestaaten der Monarchie, wie z.B. Polen, und unterschied sie von jener in Deutschland, wo jüdische Parteien nie bei allgemeinen Wahlen antraten und sich auf jüdische Interna beschränkten.¹ Die Wahl der Mittel zur Umsetzung ihrer Ziele verband die *Jüdischnationale Partei Österreichs* ebenfalls mit den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Sie rief einen *Jüdischen Nationalrat* als Interessensvertretung ins Leben. Jüdische Nationalräte wurden z.B. auch in Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Ungarn und in der Ukraine gegründet.² Erste Überlegungen hierzu waren bereits 10 Jahre zuvor in der *Jüdischen Zeitung* unter dem Titel „Ein jüdischer Nationalrat für Österreich“ publiziert worden. Folgende Argumentationsweise behielt für die *Jüdischnationale Partei* auch nach Ende des Ersten Weltkrieges Gültigkeit:

„Wohl ist die nationale Politik, wie sie die Deutschen, Tschechen, Polen, Südslaven, Italiener jetzt treiben, wirklich undemokatisch und reaktionär. Anders aber, was man jüdisch-nationale Politik heißt. Während bei den anderen Nationen das Wort ‚national‘ Haß gegen alle anderen Völker bezeichnet, während dort der nationale Gedanke

¹ Die *Jüdische Volkspartei* – das Äquivalent zur *Jüdischnationalen Partei* in Deutschland – forderte auch nie die Autonomie für Juden. Vgl. Brenner, *The Jüdische Volkspartei*, S. 219f.

² Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 170; Kreppel, *Juden*, S. 631.

in Chauvinismus ausgeartet ist, bedeutet ‚nationale Politik‘ bei den Juden nichts als die Abwehr gegen die Verkürzung ihrer bürgerlichen Recht und Anerkennung der jüdischen Nationalität.“³

Die Idee eines jüdischen Nationalrates wurde auch während des Ersten Weltkrieges mehrere Male lanciert, vor allem vom Prager Zionisten Siegmund Kaznelson. Als Vorbild diente ihm der *American Jewish Congress*. Die Miteinbeziehung von Nichtzionisten stieß aber auf den Widerstand von Robert Stricker und seinen Kollegen in Wien. Kurz vor dem Zusammenbruch der Monarchie im Oktober/November 1918 versuchte die *Jüdische Nationalpartei* (während der Republik *Jüdischnationale Partei*), nochmals die Anerkennung der Juden als Nation innerhalb der Monarchie durchzusetzen.⁴ Als diese Hoffnungen durch das Manifest von Kaiser Karl I. vom 16. Oktober 1918, das die Juden nicht erwähnte, zerstört worden waren, beschloss die *Jüdische Nationalpartei* auf ihrer Reichskonferenz vom 20. Oktober 1918 in Wien, die Gründung eines *Jüdischen Nationalrats* als repräsentatives Gremium bis zur Wahl eines jüdischen Parlamentes.⁵ Der sich abzeichnende Zerfall der Monarchie machte diesen Beschluss jedoch obsolet; stattdessen bildeten sich länderspezifische Nationalräte für Galizien, für Böhmen und Mähren und für Deutsch-Österreich.

Der Jüdische Nationalrat für Deutsch-Österreich

Die konstituierende Sitzung des *Jüdischen Nationalrates für Deutsch-Österreich* fand am 4. November 1918 in Wien statt. Er bestand aus 52 Mitgliedern verschiedener jüdischer Organisationen, wobei die Mehrheit der *Jüdischnationalen Partei* angehörte. Weitere Gründungsorganisationen waren der *Haschomer Hazair*, *Jischuw Erez Israel* (Orthodoxe Zionisten), nationale Studentenvereinigungen und Sportvereine sowie auch die nicht-zionistische *Galizische Jüdische Sozialdemokratische Partei*. Das fünfköpfige Präsidium bestand aus: Robert Stricker, Adolf Böhm, Isidor Margulies, Bruno Pollack-Parnau und Saul Sokal. Letzterer war als einziger nicht Mitglied der bürger-

³ Jüdische Zeitung, 16.4.1909, S. 3f.

⁴ Vgl. Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 137–160.

⁵ Jüdische Zeitung, 25.10.1918, S. 1f.

lich orientierten *Jüdischen Nationalpartei*, sondern ein Vertreter der linksorientierten, zionistischen Partei *Po'ale Zion*.⁶ Als ihre Vertreter fungierten Isidor Schalit, Karl Pollak und mit Wattenberg ein Vertreter der *Po'ale Zion*. Anwesend war bei der Konstituierung auch der Reichsratsabgeordnete Benno Straucher, der die Gründung unterstützt hatte.⁷

Der *Jüdische Nationalrat* erklärte sich zum Vertreter der Juden Deutsch-Österreichs und versuchte, mit einer breiten, Parteidgrenzen übergreifenden Basis die Umsetzung der jüdischen Selbstbestimmung in einem demokratischen Staat zu erreichen. Ihre zentralen Forderungen legten sie dem Deutsch-Österreichischen Staatsrat in einem Memorandum vor:

1. Anerkennung der jüdischen Nation und Gewährleistung des freien Bekenntnisses zu derselben im deutsch-österreichischen Staate.
2. Die Selbstverwaltung in allen Angelegenheiten, welche die jüdische Nation allein angehen.
3. Absolute und uneingeschränkte bürgerliche Gleichberechtigung.
4. Die Sicherung einer entsprechenden Vertretung in den territorialen Repräsentativkörpern und Behörden.⁸

Gemeinsam mit den Forderungen nach Anerkennung als Nation und weitgehender Autonomie betonte der *Jüdische Nationalrat* die Loyalität der österreichischen Juden zur Republik Deutsch-Österreich. Veröffentlicht wurde das Bekenntnis zur Republik Deutsch-Österreich aber erst einige Wochen später.⁹ Dieses Bekenntnis sollte jüdischer und nichtjüdischer Kritik gegen etwaige separatistische Ziele des *Jüdischen Nationalrates* zuvorkommen. Im Umfeld der Gründung des *Jüdischen Nationalrates* konnte die jüdischnationale Bewegung in Wien mit weiteren Organisationen und der „Mobilisierung der Straße“ ein vorher nicht vorhandenes Aktionsfeld aufbauen. Von Zeitgenossen, wie z.B.

⁶ Weltsch, *Jüdischer Nationalrat*, S. 205–211. Zur Galizischen Jüdischen Sozialdemokratischen Partei bzw. Bundisten im Jüdischen Nationalrat vgl. Jacobs, *Written out of history*, S. 115–133.

⁷ *Jüdische Zeitung*, 8.11.1918, S. 2.

⁸ Denkschrift des *Jüdischen Nationalrates* an die Regierung des Deutsch-Österreichischen Staates, 4.11.1918. Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA), AdR, BKA, Juden, Zl. 152/25/1.

⁹ Palmon, *The Jewish Community*, S. 59–61.

Robert Weltsch, wurde diese Zeit als „Jüdische Revolution“ bezeichneten.¹⁰ Als revolutionärste Tat neben der Gründung des Nationalrates selbst muss die Aufstellung einer jüdischen Militäreinheit zur Selbstverteidigung angesehen werden. Bemerkenswerter Weise stellte sich diese bereits am 2. November 1918 dem *Jüdischen Nationalrat* zur Verfügung, d.h. vor dessen eigentlicher Konstituierung.¹¹ Auch in anderen Städten der Monarchie wurden jüdische Militäreinheiten gegründet. Besondere Bedeutung erhielten diese in Galizien und der Bukowina, wo es in den Jahren 1918–1921 zu großen Pogromen kam.

In Wien konnten unter der Führung von Isidor Schalit (1871–1954) und Siegfried Bernfeld (1892–1953) rund 3.000 ehemalige jüdische Soldaten rekrutiert werden. Die Hauptaufgabe der jüdischen Einheit sollte im Sinne der Selbstverteidigung der Schutz der jüdischen Einwohner Wiens vor etwaigen Übergriffen und Pogromen sein. Da die Polizei für Sicherheitsfragen mit dem großen Rückstrom an Soldaten und Flüchtlingen zu Kriegsende überfordert war, gründete auch die Stadt Wien eine paramilitärische Stadtschutzwache. Die Eingliederung der jüdischen Einheit in die Stadtschutzwache lehnten Behörden zunächst ab. Erst mit dem Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober (1874–1932) konnte eine Einigung erzielt werden. Bis März 1919 sank der Personenstand der jüdischen Einheit auf 300 Mann, die als Volontäre in Teilzeit Sicherheitsaufgaben erfüllten. Die Stadtschutzwache verlor im Zuge der Verbesserung der Sicherheitslage zunehmend an Bedeutung und führte schließlich zu deren Auflösung und Eingliederung in die Wiener Polizei und die Armee. Die Mehrheit der jüdischen Soldaten wurde nicht übernommen.¹² Neben der jüdischen Einheit von Schalit und Bernfeld spielten jüdische Revolutionäre Anfang November 1918 in der *Roten Garde* eine wichtige Rolle. Die *Rote Garde* wurde am 4. November 1918 aufgestellt und von den aus der *Po'ale Zion* kommenden Leo Rothziegel (1892–1919) und Egon Erwin Kisch (1885–1948) geleitet. Als revolutionäre linke Militäreinheit traten ihre Mitglieder für die Ausrufung einer „Räterepublik“ ein. Doch nach dem erfolglosen Putsch-

¹⁰ Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 165f.

¹¹ Jüdische Zeitung, 8.11.1918, S. 4.

¹² Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 174–179. Vgl. Sitzungsprotokoll der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 8.2.1919, Central Archive of the History of the Jewish people (CAHJP), AW 72/17.

versuch während der Ausrufung der Republik Österreich am 12. November 1918 verlor die *Rote Garde* schnell an Bedeutung.¹³

Die raschen Erfolge des *Jüdischen Nationalrates* beunruhigten die Israelitische Kultusgemeinde Wien zunehmend und veranlassten führende Mitglieder, gegenüber der Regierung Kritik an den Autonomiebestrebungen des Nationalrates und dessen Alleinvertretungsanspruch zu üben. In der Vorstandssitzung der Kultusgemeinde vom 5. November 1918 reagierten die Mitglieder auf die veränderten Machtverhältnisse und versuchten, ein Abkommen mit dem *Jüdischen Nationalrat* zu erreichen. Dieses umfasste den Rücktritt von Alfred Stern (1830–1918), dem Präsidenten der Kultusgemeinde, und die Beteiligung des Nationalrates als gleichwertigen Partner in der Kultusgemeinde. Zur Überbrückung der politischen und weltanschaulichen Gegensätze und zur Ausarbeitung eines neuen Gemeindestatuts wurde eine Permanenzkommission einberufen, der Vertreter aller Fraktionen angehörten.¹⁴ Mit diesem Schritt wurden jüdischnational-zionistische Kreise erstmals umfassend an der Macht in der Kultusgemeinde beteiligt. Das gegenseitige Misstrauen zwischen liberal assimilierten Kultusgemeindemitgliedern und jenen des Nationalrates bestand aber weiter. Letztere warfen ersten beispielsweise vor, dass sie mit Antisemiten kooperierten und nach der Republikgründung beim Staatsrat gegen die Erteilung von Minderheitenrechten für Juden intervenierten.¹⁵ Hingegen fanden im realpolitischen Alltag nationaljüdische bzw. zionistische Bemühungen um Abgrenzung und Anerkennung der „jüdischen Nation“ häufig die Unterstützung antisemitischer ProtagonistInnen, wie beispielsweise von Werner Sombart.¹⁶

Ungeachtet der Machtkämpfe mit der Israelitischen Kultusgemeinde entfaltete der *Jüdische Nationalrat* in den ersten Wochen und Monaten seines Bestehens eine ungeheure soziale und politische Tätigkeit, mit der er vor allem die jüdische Mittel- und Unterschicht ansprechen und das durch den Zerfall der

¹³ Lappin, 1918 – Zwischen Habsburgermonarchie und Deutschösterreich, S. 79–84.

¹⁴ Wahrheit, 15.11.1918, S. 6; Jüdische Zeitung, 1.11.1918, S. 2; Sitzungsprotokoll der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 5.11.1918. CAHJP, A/W 79.

¹⁵ Stricker, Der jüdische Nationalismus, S. 34–44.

¹⁶ Zu Werner Sombarts zionistischer Rezeption vgl. Hecht, Zur Funktion der Juden in der Kapitalismustheorie, S. 197–199.

Monarchie entstandene politische Vakuum ausfüllen konnte. Nach der Konstituierungssitzung entwickelte der Jüdische Nationalrat in vier Plenarsitzungen innerhalb der folgenden sechs Wochen ein umfangreiches Programm. In struktureller Hinsicht wurden sechs Fachressorts ins Leben gerufen. Für politische Angelegenheiten war das Präsidium zuständig, darüber hinaus gab es Finanzen (Bruno Pollack-Parnau), Kultur und Unterricht (Professor Bernhard Geiger), Soldatenfürsorge und Palästina (Adolf Böhm) sowie Soziale Fürsorge (Anitta Müller-Cohen).¹⁷ Für die Finanzierung der Arbeit des *Jüdischen Nationalrates* war eine eigene Sondersteuer, die *Jüdische Volkssteuer*, vorgesehen, die aber nie über Spendencharakter hinauskam.¹⁸

Das Ressort für soziale Fürsorge spielte aufgrund der großen Nachkriegsnot eine zentrale Rolle in der Arbeit des Nationalrates. Als Leiterin fungierte Anitta Müller-Cohen, die ihre Erfahrungen aus der Leitung der Sozialen Hilfsgemeinschaft und ihre Tätigkeit im Wiener Gemeinderat einbringen konnte.¹⁹ In der sechsten Plenarsitzung am 16. Januar 1919 legte sie die Aufgaben des Sozialfürsorgeamtes und die Statuten in vier Paragrafen vor:

§ 1. Name und Zweck: Name: Jüdisches Organisationsamt für soziale Fürsorge. Ressort des Jüdischen Nationalrates für Deutsch-Österreich. Zweck: Positive Maßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge.

§ 2. Mittel zur Erreichung des Zweckes: I. a) Erforschung der sozialen Missstände, ihrer Ursachen und Zusammenhänge. b) Studium der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen des In- und Auslandes. c) Einflussnahme auf die soziale Gesetzgebung. II. a) Vereinigung und Zentralisation aller jüdischen Bestrebungen auf sozialem Gebiete. b) Vorschlag für Neugründungen auf Grund fachwissenschaftlich ausgearbeiteter Pläne. c) Gründung von Fachkursen und Fachschulen zur Ausbildung von Beamten und Beamtinnen der sozialen Fürsorge. III. a) Aufklärung weiter Volksschichten über Wesen und Bedeutung der sozialen Missstände. b) Berufsberatung. c) Volksfürsorge und Volksbildung.

¹⁷ Die weiteren Plenarsitzungen waren am 10. und 17.11. sowie am 8. und 16.12.1918. Jüdische Zeitung, 15.11.1918, S. 3; 22.11.1918, S. 5; 13.12.1918, S. 5 und 20.12.1918, Beilage 7.

¹⁸ Aufruf des *Jüdischen Nationalrates* vom November 1918. Central Zionist Archive (CZA), L6/93.

¹⁹ Zum Organisationsamt für soziale Fürsorge vgl. Hecht, *Zwischen Feminismus und Zionismus*, S. 203f.

§ 3. Leitung: I. Der vom Jüdischen Nationalrat bestellte Referent. II. Diesem wird ein Fachbeirat beigegeben, dessen Mitglieder vom Präsidium im Einvernehmen mit dem Referenten berufen werden.

§ 4. Aufbau: Das Organisationsamt besteht aus einem Zentralbüro in Wien, welches nach Bedarf Zweigstellen in anderen Städten und Bezirken Deutsch-Österreichs schafft, oder bereits bestehende Organisationen mit den Obliegenheiten einer Zweigstelle betraut.²⁰

Neben organisatorischen Details sollte der Schwerpunkt dieses Ressorts zunächst auf systematischer Erforschung der sozialen Missstände liegen, und diese im Folgenden durch Reformen im Fürsorgewesen behoben werden. Es senzielle Bedeutung hatten dabei die fachspezifische Ausbildung von SozialarbeiterInnen, die Modernisierung der jüdischen Sozialeinrichtungen sowie deren Zentralisierung. Zu den ersten Projekten zählte die Erforschung des jüdischen Kinderelends in Wien unter der Leitung von Bruno Frei und eine allgemeine Erfassung der Wohnungs- und Quartierverhältnisse. Die Ergebnisse zeigten das große Kinderelend – schlechte Wohnungen, Unterernährung und schlechter Gesundheitszustand von großen Teilen der jüdischen Bevölkerung – und veranlassten Anitta Müller-Cohen für Soforthilfsmaßnahmen zu plädieren. Die Wohnungserhebung verschob das Organisationsamt auf 1920, um im Zuge der geplanten Volkszählung statistisches Material zur Verfügung gestellt zu bekommen. In der siebenten Plenarsitzung am 27. Januar 1919 wurden die Statuten des Organisationsamtes angenommen. Anitta Müller-Cohen betonte in der Sitzung auch die Wichtigkeit der Berufsberatung und Berufsvermittlung als sozialpolitische Maßnahme. Als Teil dieser Arbeit sollten unter anderem Berufsausbildungseinrichtungen errichtet werden – Werkstätten für Schuster, Schneider und Buchbinder, die für die in Wien lebende jüdische Bevölkerung aber auch im Hinblick auf die Einwanderung nach Palästina/Erez Israel große Bedeutung hatten. Ab Februar 1919 fanden die Plenarsitzungen des *Jüdischen Nationalrats für Deutsch-Österreich* in größeren Abständen statt. Über regelmäßige wöchentliche Sitzungen konnten keine Quellen gefunden werden.²¹

²⁰ Jüdische Zeitung, 24.1.1919, S. 4f.

²¹ Vgl. Jüdische Zeitung, 31.1.1919, S. 5; Wiener Morgenzeitung (WMZ), 30.1.1919, S. 4.

Das Sozialengagement des *Jüdischen Nationalrates* und seine dynamische Entwicklung konnten zunächst ideologische Gegensätze der einzelnen Mitgliedsorganisationen überdecken. Nach einigen Monaten kam es jedoch zu Konflikten zwischen der bürgerlich rechtsorientierten *Jüdischnationalen Partei* und den linksorientierten Mitgliedern, wie z.B. der *Po'ale Zion*, sowie zwischen zionistischen und nichtzionistischen Gruppen. Die Ausschreibung von allgemeinen Wahlen für Sommer/Herbst 1919 löste diese Konflikte nicht. Bis April 1919 traten alle nichtzionistischen und der Arbeiterbewegung zuzuordnenden Mitglieder aus dem *Jüdischen Nationalrat* aus. Der einzige Neueintritt in dieser Phase war jener der *Sephardischen Gemeinde* im Mai 1919, die stark zionistisch ausgerichtet war und auch in Opposition zur Israelitischen Kultusgemeinde stand. Die Führung des *Jüdischen Nationalrates* hoffte weiterhin, durch die Wahlen ihre Basis und Legitimation zu erweitern. Als ein Mittel dazu diente ihnen das allgemeine Wahlrecht für alle jüdischen Frauen und Männer ab dem 20. Lebensjahr, die in den Wählerlisten eingetragen waren. Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts rief weitere Kritik der Israelitischen Kultusgemeinde Wien hervor und verstärkte deren Ablehnung. Die Kultusgemeinde und nichtzionistische Organisationen wollten daher an den Wahlen nicht teilnehmen. Die zionistische Arbeiterbewegung lehnte die Teilnahme ebenfalls ab, weil sie mit bürgerlichen Parteien wie der *Jüdischnationalen Partei* nicht zusammenarbeiten wollte. Diese Auseinandersetzungen wurden zusätzlich von den finanziellen Problemen überschattet, weshalb auch nie Wahlen stattgefunden haben.

1919 stellte der *Jüdische Nationalrat für Deutsch-Österreich* bereits eine rein bürgerlich zionistische Organisation dar, die ohne eigentliche rechtliche Legitimation weiterhin den Vertretungsanspruch für die jüdische Bevölkerung in Österreich reklamierte.²² Er forcierte seinen Führungsanspruch mit ständiger Ausweitung seines Tätigkeitsbereiches bis Mitte 1920. Eines der zentralen Instrumente war hierbei das Organisationsamt für soziale Fürsorge. Dieses organisierte und unterstützte 1919/20 in- und ausländische jüdische Hilfsaktionen und hatte Einfluss auf die Tätigkeit der anderen Ressorts. Zu seinen Auf-

²² Vgl. WMZ, 11.7.1919, S. 5; Jüdische Rundschau, 15.7.1919, S. 388; Jüdische Nachrichten für die deutschösterreichische Provinz, 24.9.1919, S. 1f.

gaben zählte die Betreuung von ehemaligen Soldaten und Kriegsgefangenen im Rahmen des Büros für Kriegsgefangenaustausch, die Aus- und Fortbildung von ArbeiterInnen und die Gründung eines Arbeiterheimes im XII. Wiener Gemeindebezirk durch das Amt für Gewerbeförderung.²³ Große Aufmerksamkeit wurde dem Aufbau eines jüdischen Schul- und Erziehungssystems für Mädchen und Knaben gewidmet. Im jüdischnational-zionistischen Sinne sollte Mädchen die gleiche Erziehung wie Knaben zuteil werden. Unterstützung zum Aufbau des Schulsystems erhielt der *Jüdische Nationalrat* vom Oberrabbiner Chajes, mit dessen Hilfe ein Pädagogium, eine Volksschule und ein Gymnasium, das spätere *Chajes-Gymnasium*, gegründet werden konnte. Dem Gründungskuratorium gehörten neben Chajes u.a. Anitta Müller-Cohen und Robert Stricker an.²⁴

Zu den umfangreichsten Aktionen des Organisationsamtes für soziale Fürsorge zählten die Hilfe für die Pogromopfer in der Ukraine und Osteuropa zwischen 1918 und 1921 und die *Jüdische Hilfe für das Jüdische Kind* durch Anitta Müller-Cohen.²⁵ In ihrem Referat auf der Plenarsitzung vom 21. Juni 1920 schilderte Anitta Müller-Cohen die Organisation der Kinderhilfsaktion und die diesbezügliche Kooperation mit anderen Hilfsorganisationen. Gleichzeitig betonte sie auch die politischen Aspekte der Arbeit des *Jüdischen Nationalrates* – nämlich,

„dass die Zionisten die soziale Arbeit nicht im alten philanthropischen Stil begonnen haben, sondern dabei das ganze jüdische Volk im Auge behalten, wenn sie dem einzelnen Mitgliede des Volkes Hilfe leisten. Es geht um die Rettung des Volkes in materieller, geistiger und moralischer Hinsicht, vor allem musste angesichts der Kriegsnot die materielle Hilfe in die Wege geleitet werden. In dieser Hinsicht war der Jüdische Nationalrat der erste, welcher die Notwendigkeit eines übersichtlichen Materials über die materielle Notlage der Juden in Wien und Österreich erkannt hat. Um die-

²³ Vgl. Arbeitsbericht des Jüdischen Nationalrates (Dezember 1918), CZA, L6/93; Jüdische Rundschau, 23.9.1919, S. 524; WMZ, 23.6.1920, S. 3f.

²⁴ Weitere Kuratoriumsmitglieder waren: Adolf Böhm, Bernhard Geiger, Isidor Schalit und Bruno Pollack-Parnau. *Misrachi*, S. 46. Vgl. auch Shimron, *Das Chajesrealgymnasium*, S. 11–25.

²⁵ Spendenaufruf des *Jüdischen Nationalrates* für die Opfer der Pogrome. Jüdisches Pressbüro, 11.12.1918, S. 1; Jüdische Nachrichten für die deutschösterreichische Provinz, 6.6.1919, S. 4.

ses Material zu sammeln, wurde das statistische Bureau des Nationalrates begründet. [...] Die Kinderhilfsaktion des Jüdischen Nationalrates hat gezeigt, wie es möglich ist, mit verhältnismäßig kleinen Mitteln Großes zu leisten. Allerdings ist der sozialen Einsicht des ‚American Joint Distribution Committee‘ tatkräftige finanzielle Förderung des Hilfswerkes zu danken. So wird es auch ermöglicht, dass im Herbst bei jüdischen Familien in Belgien einige hundert jüdische Kinder werden untergebracht werden können. Hier und in der Tatsache, dass die Kinderaktion des Jüdischen Nationalrates die erste war, welche nach dem Kriege Kinder nach Italien senden konnte, ist die politische Bedeutung der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu den früher feindlichen Staaten deutlich sichtbar.“²⁶

Seine politischen Ambitionen vertrat der *Jüdische Nationalrat* nicht nur innerhalb der jüdischen Bevölkerung Österreichs, vor allem der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, sondern auch in der allgemeinen österreichischen Politik. Dazu gehörte gemeinsam mit jüdischen Nationalräten anderer Staaten die Entsendung von Vertretern zu den Friedensverhandlungen, um für den Minoritätenschutz einzutreten. Die jüdischen Gesandten traten als *Komitee der jüdischen Delegationen* auf, aus welchem später die *Jüdische Völkerbundliga* (1923) hervorging. Die Gründung einer eigenen österreichischen Teilorganisation erfolgte erst am 16. Februar 1924 unter dem Vorsitz von Zwi Perez Chajes.²⁷ In diesem Kontext erlangten das Engagement des *Jüdischen Nationalrates* für das Optionsrecht und der Kampf gegen die Abschiebung jüdischer Kriegsflüchtlinge große Bedeutung. 1919 drohte in Österreich rund 40.000 jüdischen Kriegsflüchtlingen die Abschiebung. Zu den vehementesten Befürwortern zählte der Landeshauptmann von Niederösterreich Albert Sever mit seinem Ausweisungsbefehl vom 9. September 1919. Mitglieder des *Jüdischen Nationalrates* versuchten, die Zwangabschiebung zu verhindern und intervenierten bei verschiedenen Regierungsbehörden und Politikern.²⁸ Die Position der Behörden war im Allgemeinen durch eine feindliche Einstellung Juden

²⁶ WMZ, 23.6.1920, S. 3.

²⁷ Dem Komitee der jüdischen Delegierten gehörten auch einige nichtjüdisch-nationale Organisationen an, wie z. B. das *American Jewish Joint Distribution Committee* und *Bnei Brith*. Andere jüdische Organisationen, wie die *Agudat Israel* oder die *Alliance Israélite Universelle*, traten gesondert auf. WMZ, 17.2.1924, S. 1–5. Vgl. Kreppel, *Juden*, S. 631f.

²⁸ Wien gehörte bis 1921 zum Verwaltungsgebiet Niederösterreichs. Vgl. Robert Stricker an Staatskanzler Karl Renner, 27.9.1919. ÖStA, AVA, DÖ-Staatskanzlei, ZI. 3223/6/1919.

gegenüber gekennzeichnet, die aber durch außenpolitischen Druck und die praktische Undurchführbarkeit der offiziellen Pläne relativiert wurde. Ähnlich verhielt es sich auch in Deutschland, wo es seit 1918 immer wieder Pläne zur Massenabschiebung von Juden gab, und wo Ländergesetze und -erlässe oft mit jenen des Staates kollidierten. Die Zwangsabschiebung konnte schließlich verhindert werden.²⁹ Eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Abschiebung der jüdischen Kriegsflüchtlinge kam der Ausarbeitung und Umsetzung eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes zu, das auch die „Optionsfrage“ beinhaltete. Durch das Optionsrecht sollten ehemalige österreichische Staatsbürger, die nicht auf dem Territorium der Republik Österreich heimatberechtigt waren, die Möglichkeit erhalten, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Rechtslage bezüglich Option, die zunächst im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye nur allgemein festgelegt worden war, gestattete der österreichischen Regierung später einen Interpretationsspielraum, der eine rassistische Auslegung ermöglichte. Diese wurde vor allem unter dem deutschnationalen Innenminister Leopold Waber angewandt, der jüdische Bewerber prinzipiell ablehnte. Unter seinem Nachfolger änderte sich die Vollzugspraxis wieder zum Positiven. Die Diskussion über jüdische Flüchtlinge verebbte jedoch erst nach der großen Einbürgerungswelle in Wien im Jahr 1923.³⁰

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der *Jüdische Nationalrat für Deutsch-Österreich* nach Absinken in die Bedeutungslosigkeit jedoch bereits aufgelöst. Seine letzte nachweisbare Plenarsitzung hatte der *Jüdische Nationalrat* am 24. November 1920.³¹ Danach trat er nicht mehr zusammen, löste sich aber auch nie formell auf. Dieses schnelle „Verschwinden“ deutet zunächst auf einen gänzlichen Fehlschlag jüdischnationaler Bestrebungen hin, was aber über verschiedene positive Errungenschaften hinweg täuschen würde. Der Erfolg des *Jüdischen Nationalrates* muss vor allem in der Ausfüllung des politischen Vakuums der ersten Nachkriegszeit gesehen werden, wo er mit seinem Programm vor allem der jüdischen Mittel- und Unterschicht neue politische Perspektiven bot. Mit seinen verschiedenen Ressorts konnte er einen wesentlichen Beitrag zur Reorganisation sowie zum Auf- und Umbau der jüdischen

²⁹ ÖStA, AVA, DÖ-Staatskanzlei, Zl. 3223/10/1919. Vgl. Mauer, *Ostjuden*.

³⁰ Grandner, *Staatsbürger*, S. 60–79. Hoffmann-Holter, „*Abreisendmachung*“, S. 225–265.

³¹ WMZ, 28.11.1920, S. 2.

Gemeinde in Wien leisten. Besondere Bedeutung kam dem Organisationsamt für soziale Fürsorge zu, das mit seiner Arbeit wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen unter der jüdischen Bevölkerung Wiens beitrug.³²

Diesen unmittelbaren Nachkriegserfolgen steht aber das langfristige Scheitern des *Jüdischen Nationalrates* gegenüber. Er avancierte letztendlich zu einer vorwiegend sozialen Einrichtung, die bürgerlich zionistische Interessen vertrat und nicht zu einer integrativen gesamtjüdischen Institution geworden war. Seine Aufgaben übernahm das *Zionistische Landeskomitee für Deutsch-Österreich*. Häufige ideologische Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Landeskomitees über die Arbeit in Palästina/Erez Israel und in der Diaspora sowie geringe Mitgliederzahlen verhinderten jedoch eine dynamische Entwicklung und marginalisierten seine Bedeutung.³³ Dem Vorstand gehörten mehrheitlich ehemalige Mitglieder des *Jüdischen Nationalrates* an, z.B. Robert Stricker, Isidor Schalit, Adolf Böhm und Anitta Müller-Cohen.³⁴ Einer der Hauptgründe für das Scheitern des *Jüdischen Nationalrates* lag in der Zer-
splitterung der zionistischen Parteien und dem massiven Widerstand der nicht-zionistischen Gruppen wie der Israelitischen Kultusgemeinde Wien begründet. Letztere befand sich als Teil des *ancien régime* nach dem Zerfall der Monarchie zwar in einer Krise, nach ihrer Konsolidierung und der Adoption einiger demokratischer Ideen setzte sie sich aber wieder durch und verhinderte jüdisch-nationale Bestrebungen, vor allem die Anerkennung der Juden als Nation.³⁵ An diesem Anspruch scheiterte schließlich die Existenzberechtigung des Jüdischen Nationalrats als politisches Gremium.

Einer der Hauptgründe für die Nichtanerkennung lag in der Eigendefinition der Republik Österreich als Nationalstaat, der sich zur „deutschen Nation“ bekannte und sich Deutschland anschließen wollte. Dies bedingte, dass sich seine Staatsbürger zu *einer* Nation bekennen mussten. Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye zwang Österreich zwar zur Anerkennung nationaler Minderheiten, wie der Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Slowenen,

³² Vgl. Weltsch, *Jüdischer Nationalrat*, S. 205–211.

³³ Vgl. Berichterstattung über den Parteitag der österreichischen Zionisten. In: *Jüdische Zeitung*, 12.11.1920, S. 1–5.

³⁴ *Jüdische Rundschau*, 21.4.1919, S. 210.

³⁵ Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 185f.

d.h. der angrenzenden Nachbarstaaten; für die Anerkennung weiterer Minderheiten, wie z. B. der Juden, war innerhalb dieses Konzepts aber kein Platz.³⁶ In den Bemühungen um die Anerkennung der Juden als Nation spielten in Österreich neben nationalen Erwägungen auch traditionell antijüdische Resentiments eine Rolle. Beide Faktoren führten auch in Ländern, wo die Juden als Nation anerkannt wurden, letztendlich zum Scheitern der jüdischnationalen Politik. Das Paradebeispiel hierfür ist die Tschechoslowakei. Die Arbeit des *Jüdischen Nationalrats* der Tschechoslowakei mit Sitz in Prag gestaltete sich ähnlich jener in Österreich. In Prag konstituierte sich der *Jüdische Nationalrat* am 28. Oktober 1918 unter der Führung von Ludwig Singer, Karl Fischel und Max Brod. In der ersten Zeit konnte er rasch Erfolge erzielen, die durch die staatliche Anerkennung der Juden als Nation im Jahr 1920 gekrönt wurden. Der Missbrauch dieser Anerkennung von antisemitischen tschechoslowakischen Parteien und Behörden für nationalistische Zwecke führte gemeinsam mit Differenzen zur antizionistischen Israelitischen Kultusgemeinde Prag schließlich zum Scheitern der nationalen Autonomie der Juden in der Tschechoslowakei.³⁷

Im österreichischen Parlament

Die ersten Wahlen in der Republik Österreich fanden am 16. Februar 1919 als Wahlen zum österreichischen Parlament statt. Nach den Erfahrungen mit dem *Jüdischen Nationalrat* war die Erwartungshaltung der *Jüdischnationalen Partei* hoch. Die Hoffnungen und Euphorie unter den AnhängerInnen beschrieb Emanuel Fiscus (1900–1984), der als Wahlhelfer arbeitete, in seinem Tagebuch am 15. Februar 1919:

„Für heute 2 Uhr war ein Demonstrationszug angesagt. Schon um 1 Uhr scharten sich Gruppen und einzelne in dem Wahllokal Lillienbrunngasse 2. Es waren überwiegend Stabsschüler und Offiziere. Um 2 Uhr begann man mit der Aufstellung. Ich ging mit einem Leutnant mit blau-weißen Fahnen als erster. Uns folgten hunderte von Offizieren, Soldaten, Studenten jüdischer Nation und Aufschriften: Wählet Stricker usw.

³⁶ Vgl. Hobsbawm, *Nations*, S. 32–40.

³⁷ Rozenblit, *Reconstructing a National Identity*, S. 144–148. Zur Bedeutung vgl. Wein, *Nation Cleansing*, S. 207f.

Der Zug von über 2000 Personen nahm den Weg über die Taborstraße, singend Hatikvah und andere zionistische Lieder. Es war das erste Mal in meinem Leben, wo ich mit so einem gewaltigen Zug von jüd[isch]-Nat[ionalen] ging. Von der Taborstraße in die Praterstr[aße] und dann ins jüdische Ghetto. Die Freude, die hier herrschte, kann kaum beschrieben werden: [...] ,Hoch auf die jüd[isch] Nat[ionalen]‘ wurde hörbar, mit den Taschentüchern wurde geweht. Von hier zogen sie in die Hauptstraßen Brigittenaus, verteilten Flugzettel. Die Hatikvah klang auch hier. Der Zug vermehrte sich und bald bestand der Zug aus über 3000 Personen mit blau-weißen Fahnen und mit Aufschriften „jüdische Wähler wählet jüdisch national.“ Von hier begab sich der Zug zurück zum Wahllokal Lillienbrunngasse 2. Nach einer knappen Ansprache löste sich der Zug, der sehr würdig verlaufen ist, auf. Es war schön. Ein Tag, der von meinem Gedächtnis nicht verschwinden wird. Erlebe ich schon den Einzug nach Palästina? Die Stunde der Befreiung. Judäa erwache.“³⁸

Diese Euphorie findet sich auch auf den nächsten Seiten des Tagebuches, wo es um die erfolgreiche Wahl von Robert Stricker bzw. die Wiener Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1919 ging. Robert Stricker wollte in seiner etwas mehr als einjährigen Tätigkeit als Abgeordneter jüdischnationale Politik betreiben. Die Schwerpunkte waren der Kampf für die Rechte der jüdischen Bevölkerung und gegen Antisemitismus. Als politische Basis im Sinne eines Parteiprogramms diente ihm neben seinen eigenen Schriften das *Krakauer-Programm*. Mit seiner Politik gab Stricker auch die politische Richtlinie für die *Jüdischnationale Partei* im Wiener Gemeinderat und dem niederösterreichischen Landtag vor. Bedeutend für die Position der *Jüdischnationalen Partei* war Strickers Engagement gegen den Anschluss der Republik Deutsch-Österreich an Deutschland, der von einer großen Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien befürwortet wurde. Stricker verurteilte in seiner Rede vom 12. März 1919 den Anschlussgedanken scharf und forderte die Neutralität Deutsch-Österreichs sowie seine Aufnahme in den Völkerbund. Das österreichische Parlament beschloss vier Tage später das Anschlussgesetz, welches allerdings – wie auch der Name Deutsch-Österreich – durch den Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye vom 10. September 1919 verboten wurde.³⁹

³⁸ Adunka, *Tagebücher*, S. 51f.

³⁹ Stricker, *Die wirksamste Abwehr*, S. 1–14. Vgl. Laqueur, *A History of Zionism*, S. 1–39.

Teil der jüdischnationalen Politik war die öffentliche Kritik an jüdischen Prominenten und der Israelitische Kultusgemeinde Wien, die sich laut Jüdischnationalen in der Öffentlichkeit zu wenig für das Judentum einsetzten. Besonders stark wurden diese Vorwürfe in Wahlzeiten erhoben, wie z. B. bei den Parlamentswahlen vom 16. Februar 1919 gegen Julius Ofner und bei den Wiener Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919 gegen Edmund Melcher.⁴⁰ Mit prononzierten Angriffen gegen jüdische Kandidaten anderer Parteien hoffte die *Jüdischnationale Partei*, Wähler mobilisieren zu können. Am Höhepunkt der jüdischnationalen Bewegung in Österreich hatte sie mit ihrer Strategie Erfolg und konnte binnen weniger Monate neben dem Parlamentsmandat, drei Mandate und zehn Bezirksräte für den Wiener Gemeinderat sowie ein Mandat für den niederösterreichischen Landtag erreichen. Das Jahr 1919 wurde durch diese Wahlerfolge zum erfolgreichsten Jahr der *Jüdischnationalen Partei* in der österreichischen Politik.

Diese Erfolge wären ohne die Mitarbeit und den Stimmen von Frauen nicht möglich gewesen. Aber Frauen stellten keine Mandatare in der *Jüdischnationalen Partei*. Die bedeutendste Stellung einer Frau in der Partei erreichte Anita Müller-Cohen. Sie vertrat als Abgeordnete der *Freiheitlich-Bürgerlichen Partei* im provisorischen Wiener Gemeinderat jüdischnationale Positionen. Neben ihrer Arbeit im *Jüdischen Nationalrat* kandidierte sie bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Mai 1919 sowie bei den Nationalratswahlen im Oktober 1920. Einen schönen Beleg dafür stellt eines der Wahlplakate der *Jüdischnationalen Partei* dar. Mit dem bekannten jüdischnationalen Politiker und Nationalratsabgeordneten Robert Stricker als Spitzenkandidat und der bekannten Sozialarbeiterin Anita Müller-Cohen erhoffte sich die *Jüdischnationale Partei* bei den Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 eine Wiederholung des Wahlerfolges von 1919. Die Partei trat bei den Wahlen unter dem Namen *Jüdische Reichsliste* an. Auf den weiteren Listenplätzen folgten Adolf Böhm, Leopold Plaschkes und als zweite Frau Erna Patak.⁴¹

Mit Erna Patak kandidierte eine weitere bekannte zionistische Veteranin, die seit Herzls Tagen auf politischem und sozialem Gebiet tätig war. Mit zwei

⁴⁰ Stricker, *Die Vertreter*, S. 1–15. Vgl. auch die Wahlplakate im Abbildungsteil.

⁴¹ Aufruf der *Jüdischnationalen Partei* „An die jüdische Wählerschaft Österreichs!“. CAHJP, AU 121. Zu Erna Patak vgl. hier den Beitrag „Wählen Sie die Frau“

Frauen auf den ersten fünf Listenplätzen wollte man zum einen ideologische Ansprüche wie die Gleichberechtigung der Frau berücksichtigen und zum anderen Wählerinnen verstärkt ansprechen. Um die Stimmen von Frauen bemühten sich nach der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechtes alle Parteien. Die Ungewissheit über das Wahlverhalten von Frauen veranlasste die Parteien, sich verschiedene Strategien zurechtzulegen. Die *Jüdischnationale Partei* versuchte, Frauen sowohl mit Wahlauftritten von Anitta Müller-Cohen und Erna Patak als auch in publizistischer Hinsicht mit der Frauenbeilage der *Wiener Morgenzeitung* direkt anzusprechen.⁴² Inwieweit sich die Strategie der *Jüdischnationalen Partei* zur Gewinnung der Frauenstimmen bei den ersten Wahlen bewährt hat, lässt sich anhand der Wahlergebnisse nicht nachweisen. Die einzigen verlässlichen Statistiken liegen diesbezüglich für 1927 vor, wo die Wahlkarten für Frauen und Männer eine unterschiedliche Farbe hatten. Frauen entsprachen unter den WählerInnen der *Jüdischnationalen Partei* ihrem Bevölkerungsanteil.⁴³

Bei den Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 konnte die *Jüdischnationale Partei* zwar einen Stimmenzuwachs verzeichnen, aber aufgrund der geänderten Wahlarithmetik erreichte sie kein Mandat. Das Ausscheiden aus dem Nationalrat stellte einen schweren Rückschlag für die *Jüdischnationale Partei* und ihre Politik dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der Partei konzentrierte sich in den kommenden drei Jahren vor allem auf den Wiener Gemeinderat. Auch dort war die Position der *Jüdischnationalen Partei* durch die Wahlrechtsreform nicht weiter gesichert. Zur Abwendung einer drohenden Niederlage schloss die *Jüdischnationale Partei* für die Nationalrats- und Wiener Gemeinderatswahlen vom 21. Oktober 1923 eine Koalition mit dem liberalen jüdischen Politiker Rudolf Schwarz-Hiller. Dieses Bündnis trat unter dem Namen *Jüdische Wahlgemeinschaft* an.⁴⁴ Auf der Kandidatenliste der *Jüdischen Wahlgemeinschaft* finden sich 1923 keine Frauen auf den vorderen Listenplätzen. Damit folgte die Partei dem allgemeinen Trend zur Verdrängung der Frauen aus dem öffentlichen Leben, der auch zum Rückgang des Frauenanteiles in den politischen

⁴² Vgl. hier den Beitrag Hecht „Jüdischnational-Zionistische Parteizeitung“.

⁴³ Seliger/Ucakar, *Wahlrecht*, S. 169f.

⁴⁴ Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 67–69.

Vertretungen führte.⁴⁵ Der intensive Wahlkampf brachte der *Jüdischnationalen Partei* sowohl im Nationalrat als auch im Wiener Gemeinderat große Stimmen gewinne, jedoch konnten sie nur mehr ein Mandat im Wiener Gemeinderat er ringen. Bei den nächsten Nationalrats- und Wiener Gemeinderatswahlen vom 24. April 1927 verlor die *Jüdischnationale Partei* mehr als 50 Prozent der Stimmen von 1923. In absoluten Zahlen sahen die Wahlergebnisse folgendermaßen aus: 1919 erhielt die *Jüdischnationale Partei* bei Nationalratswahlen in Wien 7.760 Stimmen; 1920 bereits 18.358 Stimmen (davon 9.130 Frauen); 1923 waren es 24.790 (davon 12.289 Frauen) und 1927 nur 10.845 Stimmen (davon 5.351 Frauen). Bei den Gemeinderatswahlen erhielt die *Jüdischnationale Partei* 1919 insgesamt 13.075 Stimmen; 1923 bereits 24.253 Stimmen und 1927 nur 7.172 (davon 3.543 Frauen).⁴⁶ Rückschlüsse auf die Ursachen für diesen dramatischen Verlust bietet der Vergleich der Wahlergebnisse auf Bundes- und Wiener Gemeinderatsebene. Seit 1920 erreichte die *Jüdischnationale Partei* für Nationalratswahlen in Wien immer ein weit besseres Wahlergebnis als für den Wiener Gemeinderat, wobei der Anteil von Frauenstimmen bei den Nationalratswahlen unter jenem der Männer lag.

Für die besseren Ergebnisse bei den Nationalratswahlen, die für den unmittelbaren Lebensbereich geringe Bedeutung hatten, dürfte die betont jüdische Politik der *Jüdischnationalen Partei* ausschlaggebend gewesen sein. Bei den Gemeinderatswahlen standen hingegen häufig lokalpolitische Überlegungen im Vordergrund, zu denen auch die Unterstützung jüdischer KandidatInnen von nichtjüdischen Parteien zählte. Nur 1923 – während der Koalition mit dem liberalen Politiker Rudolf Schwarz-Hiller – erreichte die *Jüdischnationale Partei* bei beiden Wahlen ein annähernd gleiches Ergebnis. Die Wahlniederlage von 1927 hatte mehrere Ursachen. Zum einen gelang es der *Jüdischnationalen Partei* während der frühen 20er Jahre nicht, zur integrativen politischen Kraft der österreichischen Juden zu werden. Ihre Kernwählerschicht blieb das Kleinbürgertum. Zum anderen führten die wirtschaftliche Stabilisierung, die Abwanderung oder die gesellschaftliche Etablierung ehemaliger WählerInnen, aber auch die zunehmende Attraktivität anderer Parteien – allen voran der So-

⁴⁵ 1919 gab es im Wiener Gemeinderat 22 Frauen, 1923 nur 11; 1927 wieder nur 11 Frauen. Erst 1932 erhöhte sich die Zahl der Frauen auf 15. Vgl. Seliger/Ucakar, *Wien*, S. 1181.

⁴⁶ Seliger/Ucakar, *Wahlrecht*, S. 140f. und 238–253.

zialdemokraten – für die jüdischen Wähler zum Niedergang der *Jüdischnationalen Partei*.⁴⁷

Ende der 1920er Jahre stellte die *Jüdischnationale Partei* für die Mehrheit der jüdischen WählerInnen keine Alternative zu den anderen vorhandenen Parteien mehr dar. Ihre Mitglieder zogen sich weitgehend auf die Arbeit in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und in den zionistischen Organisationen zurück. Robert Stricker kandidierte 1930 mit der *Jüdischnationalen Partei* wieder bei den Nationalratswahlen und erhielt 2.134 Stimmen. Danach erkannte auch er, dass die Kandidatur bei landesweiten Wahlen in Österreich keinen Sinn mehr hatte. Er wandelte die *Jüdischnationale Partei* zunächst in den *Jüdischen Volksverein* und 1932 in die *Jüdische Volkspartei* um. Letztere wurde nach der Einführung des Einparteiensystems im März 1934 in *Jüdischer Volksbund für Österreich* umbenannt.⁴⁸ Erst im Austrofaschismus (1933–1938) unter Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg, nach der weitgehenden Ausschaltung links orientierter (jüdischer) Organisationen und Parteien, konnten jüdischnationale Politiker als Vertreter des Bürgertums abermals an der österreichischen Politik teilnehmen. So wurde Desider Friedmann (1880–1944 Auschwitz), der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, als Vertreter der Juden in den Staatsrat berufen und Jakob Ehrlich (1877–1938) in den Gemeinderat von Wien. Sie unterstützten damit letztendlich jene Regierung, die mit ihrer Partei, der *Vaterländischen Front*, sowie deren paramilitärischer Organisation, der *Heimwehr*, Antisemitismus und die zunehmende Verdrängung von Juden aus dem öffentlichen Leben in Österreich forcierte.⁴⁹

Im Wiener Gemeinderat

Die politischen Veränderungen durch den Zusammenbruch der Monarchie bestrafen auch Wien. Infolge des Staatsratsgesetzes vom 12. November 1918 sollten die Gemeindevertretungen innerhalb von drei Monaten neu gewählt werden. Dieses Gesetz beinhaltete die Abschaffung des Kurienwahlrechts zugunsten eines allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlrechtes. Wahlbe-

⁴⁷ Lichtblau, *Partizipation*, S. 242–246. Vgl. Seliger/Ucakar, *Wahlrecht*, S. 169f.

⁴⁸ Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 71f. und 192.

⁴⁹ Vgl. Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 193–202.

rechtiert waren alle österreichischen StaatsbürgerInnen im Alter von 21 Jahren. Die Voraussetzung für das passive Wahlrecht war die Vollendung des 29. Lebensjahres. Die ersten Gemeinderatswahlen fanden nicht wie geplant nach drei Monaten, sondern erst am 4. Mai 1919 statt. Für die Periode dazwischen tagte der provisorische Wiener Gemeinderat, der seine konstituierende Sitzung am 3. Dezember 1918 hatte und bis zum 5. Mai 1919 arbeitete. Zunächst musste der christlichsoziale Wiener Bürgermeister Weiskirchner in Verhandlungen mit den anderen Parteien die Zahl der Mandate – unter Beibehaltung der Gesamtzahl von 165 – neu festlegen.⁵⁰ In den Verhandlungen um den neuen Wiener Gemeinderat im November 1918 wurden den *Christlichsozialen* 84 Mandate, den *Sozialdemokraten* 60, den *Freiheitlich-Bürgerlichen* (Liberalen) 19 und den *Deutschnationalen* zwei Mandate zuerkannt.

Eine heiße Diskussion entspann sich um die Mandatsverteilung für Frauen. Einem Vorschlag von Jakob Reumann zufolge, sollten von den 165 Mandaten des provisorischen Wiener Gemeinderates 24 Mandate an Frauen vergeben werden. Je zehn von den *Christlichsozialen* und von den *Sozialdemokraten* und vier von den *Freiheitlich-Bürgerlichen* und *Deutschnationalen*. Am 16. November 1918 wurde jedoch folgende Verteilung festgelegt: *Christlichsoziale* und *Sozialdemokraten* entsandten jeweils fünf Frauen und die *Freiheitlich-Bürgerlichen* zwei.⁵¹ Der Anteil der Frauen wurde gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag von Reumann also halbiert (von 24 auf 12 Mandate). Keine einzige Frau wurde zur Stadträtin ernannt.⁵² Die *Jüdischnationale Partei* war als Partei nicht im provisorischen Gemeinderat vertreten. Eine Fürsprecherin fand sie aber in Anita Müller-Cohen, die als Mandatarin der *Freiheitlich-Bürgerlichen* für jüdischnationale Anliegen eintrat. Ein weiteres prominentes Mitglied der *Freiheitlich-Bürgerlichen Partei* war Rudolf Schwarz-Hiller, der 1923 mit der *Jüdischnationalen Partei* koalierte.⁵³

Nach den Wahlen zum ersten Wiener Gemeinderat am 4. Mai 1919 veränderten sich die politischen Verhältnisse in Wien grundlegend. Die *Sozial-*

⁵⁰ Seliger/Ucakar, *Wahlrecht*, S. 62f.

⁵¹ Patzer, *Der Wiener Gemeinderat*, S. 24–29.

⁵² Amtsblatt der Stadt Wien, 7.12.1918, S. 2334.

⁵³ Zur Tätigkeit von Anita Müller-Cohen vgl. hier den Beitrag „Wählen Sie die Frau . . .“, Zu Schwarz-Hiller vgl. Jäger-Sunstenau, *Der Wiener Gemeinderat*, S. 13–16.

demokratie errang einen überragenden Sieg und erhielt 100 Mandate, gefolgt von den *Christlichsozialen* mit 50, der Partei der *Tschechoslowaken* mit acht, den *Großdeutschen* und der *Jüdischnationalen Partei* mit jeweils drei und der *Demokratischen (Liberalen) Partei* mit einem Mandat. Die *Jüdischnationale Partei* gewann also drei Mandate, wovon zwei auf den Wahlverband *Nordost*, d.h. den II. und XX. Bezirk, entfielen und eines auf den IX. Darüber hinaus konnte sie insgesamt neun Bezirksräte stellen (vier im II., einen im VI., einen im VII., zwei im IX. und einen im XX.). Ein Mandat im niederösterreichischen Landtag, weil Wien bis 1921 ein Teil von Niederösterreich war, versäumte die *Jüdischnationale Partei* schließlich knapp. Die jüdischnationalen Gemeinderäte waren Jakob Ehrlich (1877–1938), Leopold Plaschkes (1884–1942) und Bruno Pollack-Parnau (1879–1958). Anitta Müller-Cohen kandidierte zwar bei diesen Wahlen, aber auf unrealistischen Listenplätzen. Ehrlich und Plaschkes waren beide Anwälte und langjährige Weggefährten von Robert Stricker. Beide waren Vorstandsmitglieder in der Israeltischen Kultusgemeinde und hatten verschiedene Funktionen in zionistischen Gremien. Pollack-Parnau war Industrieller und von 1913 bis gegen Ende des Ersten Weltkriegs Vizepräsident der *Österreich-Israelitischen Union*. Nach einer ideologischen Richtungsänderung kandidierte er für die *Jüdischnationale Partei* und war Mitglied im *Jüdischen Nationalrat für Deutsch-Österreich*. Im Wiener Gemeinderat trat er seltener in Erscheinung. Ehrlich und Plaschkes hielten regelmäßig Reden, in denen sie vor allem die antisemitische Politik der *Christlichsozialen* und *Deutschnationalen* vehement kritisierten. Bei den Abstimmungen stimmten sie zwar meistens mit den *Sozialdemokraten*, kritisierten diese aber auch für die schlechte Behandlung jüdischer Flüchtlinge, die fehlende finanzielle Unterstützung jüdischer Einrichtungen und die fehlende Aufnahme von jüdischen Gemeindebeamten.⁵⁴

Bei den nächsten Gemeinderatswahlen am 21. Oktober 1923 konnte die *Jüdischnationale Partei* nach einer Wahlrechtsänderung und der Reduzierung der Gemeinderatssitze auf 120 als einzige Kleinpartei neben *Sozialdemokraten* (78 Mandate) und *Christlichsozialen* (41 Mandate) bestehen. Die *Jüdischna-*

⁵⁴ Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 65–67. Zur *Österreich-Israelitischen Union* vgl. Wistrich, *The Jews of Vienna*, S. 310–341. Bzgl. der Informationen über den Niederösterreichischen Landtag möchte ich mich bei Achim Doppler und Evelyn Adunka herzlich bedanken.

tionale Partei erzielte trotz einer Steigerung ihres Stimmenanteils von 1,9 Prozent auf 2,4 Prozent nur ein Mandat. Dieses hatte Leopold Plaschkes bis 1927 inne. Bei der Wahl vom 27. April 1927 erreichte die *Jüdischnationale Partei* bei den Wiener Gemeinderatswahlen nur mehr 0,6 Prozent der Stimmen und kein Mandat. Bei dieser Wahl lassen sich aufgrund einer getrennten Auszählung Rückschlüsse über das Wahlverhalten von Frauen ziehen. Der Anteil der Frauenstimmen für die *Jüdischnationale Partei* lag mit 49,7 Prozent unter dem Anteil der gültigen Frauenstimmen (54,8 Prozent). Demzufolge wären weibliche Wähler in der *Jüdischnationalen Partei* unterrepräsentiert gewesen. Wird hingegen der tatsächliche Frauenanteil der jüdischen Bevölkerung mit 48,4 Prozent (gegenüber jenem der Nichtjuden mit 54,6 Prozent) laut Volkszählung von 1923 zum Vergleich herangezogen, ergibt sich, dass Frauen ihrem Bevölkerungsanteil gemäß für die *Jüdischnationale Partei* stimmten.

1919 erhielt die *Jüdischnationale Partei* bei den Wiener Gemeinderatswahlen 13.075 Stimmen. 1923 erhielt sie 24.253 Stimmen und 1927 nur mehr 7.172 Stimmen, davon 3.543 von Frauen.⁵⁵ In den späten 1920er Jahren war die *Jüdischnationale Partei* außer in der Israelitischen Kultusgemeinde in keiner öffentlichen Vertretungsbehörde präsent. Der Rückgang des politischen Einflusses der *Jüdischnationalen Partei* in der österreichischen Politik Ende der 1920er Jahre führte zunehmend zur Arbeitsschwerpunktverlagerung auf die Israelitische Kultusgemeinde und den Zionistischen Weltkongress, ohne die allgemeine Politik jedoch gänzlich zu vernachlässigen.

Jüdischnationale Politik in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Die *Jüdischnationale Partei* engagierte sich neben der österreichischen Politik auch intensiv innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinden. In Wien hatte sie seit den Wahlen zur Kultusgemeinde vom 24. November 1912 mit Robert Stricker und Jakob Ehrlich zwei Mitglieder im Vorstand.⁵⁶ Mit ihren Forderungen stießen sie auf den Widerstand der mehrheitlich liberalen, assimilier-

⁵⁵ Seliger/Ucakar, *Wahlrecht*, S. 226–232; Lichtblau, *Partizipation*, S. 243f.

⁵⁶ CAHJP, A/W 56,2.

ten Führung der Israelitischen Kultusgemeinde.⁵⁷ Der Konflikt zwischen der liberalen Führung der Kultusgemeinde und den jüdischnational-zionistischen Mitgliedern soll im Folgenden anhand des Kampfes um das allgemeine Frauenwahlrecht dargestellt werden. Für die *Jüdischnationale Partei* war das Frauenwahlrecht Teil ihrer Forderung nach Gleichberechtigung für Frauen. Nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich im November 1918 ergriff sie die Gelegenheit, von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien allgemeines Männer- und Frauenwahlrecht zu fordern. Vom allgemeinen Wahlrecht in der Kultusgemeinde erhoffte sich die *Jüdischnationale Partei* unter anderem einen großen Stimmenzuwachs, weil ihre Anhängerschaft durch die bisherigen Bestimmungen großteils vom Wahlrecht ausgeschlossen war. Die Auseinandersetzung um das Frauenwahlrecht spiegelt zusätzlich den Konflikt zwischen Orthodoxie und Reform bzw. nichtreligiösem, national orientiertem Judentum wider. Letztere traten vor allem aus nationalen Gründen für das Frauenwahlrecht ein. Die Orthodoxie lehnte es wegen religiöser Vorbehalte weitgehend ab. Nach der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts versuchten jedoch einige orthodoxe Rabbiner in Deutschland und Österreich, auch in den israelitischen Kultusgemeinden das Frauenwahlrecht einzuführen.⁵⁸

Der politische Systemwechsel von der Monarchie zur Republik bedurfte auch einer Reform der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Einen zentralen Punkt stellte das Wahlrecht dar. Der mehrheitlich liberale Vorstand der Kultusgemeinde versuchte sich mit dessen Reform an die demokratischen Verhältnisse anzupassen, ohne seine Vorherrschaft aufzugeben. Das neue Kultusgemeindewahlrecht wurde im Mai 1919 gegen den Willen der Vertreter der *Jüdischnationalen Partei* beschlossen: In einem eingeschränkten Proportionalwahlrecht erhielten Frauen und Gemeindeangestellte das aktive Wahlrecht, nicht aber das passive. Voraussetzungen für das aktive und passive Wahlrecht für Männer waren die Deutsch-Österreichische Staatsbürgerschaft und die Bezahlung der Kultussteuer;⁵⁹ Frauen hingegen besaßen unter diesen Voraussetzungen nur das aktive Wahlrecht. Mit diesem sehr restriktiven Wahlrecht waren die Mehr-

⁵⁷ Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde 1912–1924, S. 1f.; WMZ, Wahlkampfberichte Mai/Juni 1920.

⁵⁸ Österreichische Wochenschrift, 28.2.1919, S. 135f.

⁵⁹ Rechter, *The Jews of Vienna*, S. 185f.

heit der jüdischen Männer und nahezu alle Frauen in Wien vom Wahlrecht ausgeschlossen. Trotz ihres Ausschlusses vom Wahlrecht engagierten sich Frauen an führender Stelle im Wahlkampf der *Jüdischnationalen Partei* für die Kultusgemeindewahlen. Sie forderten bei Wahlversammlungen die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechtes. Die bestehende Situation stellte für sie einen Anachronismus dar, weil Frauen das allgemeine Wahlrecht in Österreich bereits besaßen.⁶⁰ Bei den ersten Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg, am 27. Juni 1920, trat die *Jüdischnationale Partei* gemeinsam mit anderen zionistischen Fraktionen unter dem Namen *Zionistische Liste* an, die 13 der 36 Mandate erringen konnte. Für diese Liste kandidierten unter anderem Robert Stricker, Isidor Schalit, Jakob Ehrlich, Leopold Plaschkes und Desider Friedmann.⁶¹ Der starke Mandatszuwachs im Vergleich zur Vorkriegszeit spiegelt die neuen Kräfteverhältnisse wider. Für die Einführung des Frauenwahlrechts in der Kultusgemeinde reichte das Ergebnis jedoch nicht.

Das Thema Frauenwahlrecht in der Israelitischen Kultusgemeinde hatte auch bei den nächsten Wahlen vom 9. November 1924 zentrale Bedeutung, wie Zeitungsartikel von Anita Müller-Cohen belegen. Zur Umsetzung ihrer Ziele schloss sich die *Jüdischnationale Partei* mit anderen zionistischen Fraktionen zu einer breit angelegten Wahlplattform mit konservativen und liberalen nichtzionistischen Parteien unter dem Namen *Vereinigte Jüdische Parteien* zusammen. In dieser Wahlplattform vereinten sich konservative, liberale und nationale Kräfte, um einen Erfolg der *Sozialdemokraten* zu verhindern, die als *Wahlvereinigung für soziale Tätigkeit in der Kultusgemeinde* antraten. Die Wahlplattform der *Vereinigten Jüdischen Parteien* gewann schließlich 28 der 36 Mandate.⁶² Den Sieg verdankte die Wahlplattform nicht nur ihrem Wahlbündnis, sondern auch einer Wahlrechtsänderung, bei der die männlichen (ostjüdischen) Steuer zahlenden Einwanderer das Wahlrecht erhielten.⁶³

Die *Jüdischnationale Partei* sah im restriktiven Wahlrecht weiterhin eine fundamentale Einschränkung ihrer Interessen. Um eine Änderung herbeizuführen, brachte die zionistische Fraktion unter Robert Stricker im Dezember

⁶⁰ WMZ, 18.6.1920, S. 4 und 28.6.1920, S. 4f.

⁶¹ CAHJP, A/W 57,3.

⁶² CAHJP, A/W 59,5. WMZ, 6.11.1924, S. 2.

⁶³ Budischowsky, *Assimilation*, S. 98.

1927 neuerlich einen Antrag auf Wahlrechtsreform in der Israelitischen Kultusgemeinde ein, der auch das Frauenwahlrecht beinhaltete. Dieser Antrag wurde mit 17:15 Stimmen abgelehnt, wobei die Zionisten von den *Sozialdemokraten* unterstützt wurden.⁶⁴ Diese Niederlage führte gemeinsam mit Budgetstreitigkeiten und internen zionistischen Fraktionskämpfen zum Austritt führender Funktionäre der *Jüdischnationalen Partei* (Robert Stricker und Leopold Plaschkes) aus dem Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde und schließlich auch aus dem *Zionistischen Landesverband*.⁶⁵ Das Frauenwahlrecht verlor mit dem Austritt zwei seiner wichtigsten Proponenten eine weitere Chance verwirklicht zu werden.

Die Wahlen von 1928 führten zu keiner wesentlichen Veränderung in der parteipolitischen Zusammensetzung der Israelitischen Kultusgemeinde. Das Frauenwahlrecht blieb zwar auf der politischen Agenda, wurde aber nicht weiter vorangetrieben. Für die *Jüdischnationale Partei* rückte in den folgenden Jahren das Frauenwahlrecht zunehmend in den Hintergrund. Höhere Priorität erhielten die „zionistische Eroberung“ der Kultusgemeinde und deren Umwandlung in eine „Volksgemeinde“.⁶⁶ Der entscheidende Schritt für die *Jüdischnationale Partei* zur Verbreiterung der Wählerbasis in der Israelitischen Kultusgemeinde war die Fusion mit der Partei der *Revisionisten* am 28. November 1931.⁶⁷ Mit dieser Fusion verlor Stricker einen langjährigen Weggefährten, nämlich Leopold Plaschkes, der vehement gegen eine Zusammenarbeit mit den *Revisionisten* auftrat.⁶⁸ Einen weiteren Schritt stellte die Wahlrechtsreform im Jahr 1932 dar, welche die Zahl der männlichen Wähler erweiterte, jedoch die Bezahlung der Kultussteuer als Voraussetzung für das Wahlrecht beibehielt. Damit überstieg die Zahl der Wahlberechtigten nie mehr als ein Drittel der Mitglieder in der Kultusgemeinde.⁶⁹

⁶⁴ Neue Welt, 9.12.1927, S. 4.

⁶⁵ Budischowsky, *Assimilation*, S. 219f; *Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde 1925–1928*, S. 4.

⁶⁶ In Berlin hatten die Zionisten bereits von 1926–1930 in einer Mehrparteienkoalition die Mehrheit in der jüdischen Gemeinde errungen. Vgl. Brenner, *The Jüdische Volkspartei*, S. 237–240.

⁶⁷ Schechtmann/Benari, *History*, S. 355–357.

⁶⁸ Sahawi-Goldhammer, *Dr. Leopold Plaschkes*, S. 69f.

⁶⁹ Freidenreich, *Jewish Politics*, S. 218.

Bei den Wahlen vom 14. Dezember 1932 erhielten die verschiedenen zionistischen Parteien erstmals die Mandatsmehrheit. Desider Friedmann wurde zum Präsidenten gewählt. Der Erfolg der ZionistInnen wurde aber bereits kurze Zeit später durch die Zerstörung der Demokratie und der Errichtung des Austrofaschismus überschattet. Die Israelitische Kultusgemeinde passte sich den politischen Veränderungen weitgehend an, d.h. der Sozialdemokratie nahestehende Fraktionen verloren ihre Mandate. Innerhalb der Kultusgemeinde bestanden aber weiterhin verschiedene Parteien, die bei den nächsten Wahlen am 8. November 1936 kandidierten, darunter auch eine zionistische Arbeiterpartei. Durch das Wahlergebnis konnte die zionistische Koalition ihre Stellung weiter ausbauen.⁷⁰ Die Verwirklichung ihrer Ziele erreichten die österreichischen ZionistInnen aber nur ansatzweise. Aufgrund ständiger interner Differenzen, der politischen Veränderungen in Österreich und des zunehmenden Antisemitismus konnten sie zwischen 1932 und 1938 weder die Israelitische Kultusgemeinde in eine „Volksgemeinde“ umwandeln noch deren Demokratisierung durch die Einführung des Frauenwahlrechtes verwirklichen.

Judenstaatspartei

Zionistische Politik hatte für die *Jüdischnationale Partei* trotz ihres Landespolitik-Schwerpunktes immer große Bedeutung. Mit der *Jüdischnationalen Partei* im Hintergrund dominierte Robert Stricker stets die Wahlen für den *Zionistischen Weltkongress* in Österreich. Er kandidierte gemeinsam mit verschiedenen bürgerlichen Parteien des *Zionistischen Weltkongresses* und erreichte mit seinen jeweiligen Partnern immer die meisten Stimmen und Mandate, wodurch die starke bürgerliche Orientierung des österreichischen Zionismus deutlich wird. Im Gegensatz dazu wurde der *Zionistische Weltkongress* seit Beginn der 1930er Jahre von der Arbeiterbewegung dominiert. Strickers bürgerliche Parteien waren im Weltkongress nur eine Minderheit.⁷¹ Innerhalb Österreichs stellte die Organisation des XIV. *Zionistischen Weltkongresses* vom 18. bis 31. August 1925 in Wien den Höhepunkt der zionistischen

⁷⁰ Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde 1929–1932, S. 3–6; Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde 1933–1936, S. 8–12.

⁷¹ Zu den verschiedenen ideologischen Strömungen und Parteien im Zionistischen Weltkongress vgl. Shiloni, *The Zionist Ideology*.

Arbeit der *Jüdischnationalen Partei* in den 1920er Jahren dar.⁷² Gleichzeitig bedeutete dieses Ereignis einen weiteren Tiefpunkt im öffentlichen Umgang mit Antisemitismus in der Ersten Republik. Bereits in den Wochen vor dem Kongress kam es häufig zu antisemitischen Kundgebungen und Stellungnahmen von Politikern. Am 23. August 1925 hielten deutschationale Vereine mit Genehmigung der Regierung einen „Deutschen Volkstag“ ab, auf dem sie während der Demonstration am Ring offen „Juden raus! Hängt sie auf!“ forderten. Die österreichische Regierung versuchte zwar offene Gewalttätigkeiten zu verhindern, weil diese ihrem Ruf im Ausland geschadet hätten, an der Bekämpfung von Antisemitismus zeigte sie aber kein besonderes Interesse.⁷³

In den früheren 1930er Jahren bildete die Fusion der *Jüdischnationalen Partei* mit den *Revisionisten* im Jahr 1931 und deren Spaltung im Jahr 1933 die Eckpfeiler ihrer Politik im *Zionistischen Weltkongress*. Der Bruch mit den *Revisionisten* über den Verbleib im *Zionistischen Weltkongress* führte auch zur Gründung der *Judenstaatspartei*. Eine Passage des Parteiprogramms der *Judenstaatspartei* von 1933 fasst den Kern jüdischnationaler Ideologie gut zusammen:

„Die Judenstaatspartei will die jüdische Jugend im Herzlschen Geist und zu nationaler Disziplin erziehen, sie vor den Lockungen der Assimilation und vor dem jüdischen Geist fremden Kampfmethoden bewahren. Die Partei wird ihr Augenmerk darauf richten, aufrechte, jüdische Menschen zu erziehen, die nicht nur in Erez Israel, sondern auch in der Galuth treu dem jüdischen Staatsgedanken der Ehre und dem Wohl des Judentums dienen.“⁷⁴

Robert Stricker zählte auf internationaler Ebene und in Österreich zu den führenden Proponenten der *Judenstaatspartei*. Bis zum Jahr 1935 konnte die Partei rund 1600 Mitglieder (davon rund 300 Jugendliche in einer eigenen Organisation, dem *Brith Hakana'im*) anwerben und war in Wien in Bezirksgruppen und in der Provinz (z.B. in Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz) in

⁷² WMZ, 6.3.1925, S. 1f.

⁷³ Vgl. Zeitungsausschnitte im Tagblattarchiv. WStLA, Tagblattarchiv der Arbeiterkammer Wien, 1919–1927.

⁷⁴ Vgl. Stricker, *Was will die Judenstaatspartei?*, S. 1–20.

Ortsgruppen organisiert.⁷⁵ Die erste österreichische Landeskonferenz fand bereits am 26. November 1933 in Wien statt. Im Vorstand der *Judenstaatspartei* waren neben Stricker, Salomon Wolf, Fritz Richter und Theodor Grubner vertreten.⁷⁶ Trotz einer zunächst positiven, politischen Entwicklung hatte Stricker mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen.⁷⁷ Die Arbeit und Agitation der Partei waren im Großen und Ganzen durch die politischen Verhältnisse im Austrofaschismus geprägt. Dies führte auch dazu, dass Ende 1935 die *Judenstaatspartei* in *Judenstaatszionisten Österreichs* umbenannt werden musste.⁷⁸ Der politische Druck spiegelte sich auch im Umgang mit zionistischen Kontrahenten. In zionistischen Angelegenheiten vertrat Stricker die Ansicht, dass er Mitglieder linker zionistischer Organisationen gegenüber der österreichischen Regierung in Schutz nehmen musste. In Palästina oder auf dem Weltkongress bekämpfte er sie jedoch aufs Schärfste:

„Ich bin ein grundsätzlicher Gegner des zionistischen Sozialismus marxistischer oder sonstiger Färbung. Das hat mich selbstverständlich nicht daran gehindert, beim Umsturz (die Ausschaltung des Parlamentes sowie das Verbot linker Parteien durch Dollfuß) alles daranzusetzen, um die linken sozialistischen Organisationen, soweit es in meinen Kräften stand, vor Verfolgungen zu schützen. [...] Meine Freunde und ich werden selbstverständlich weiterhin gegen den Kommunismus aller Abarten in Palästina kämpfen [...]“⁷⁹

Erste Anzeichen einer existentiellen Krise innerhalb der *Judenstaatspartei* in Österreich wie auch weltweit zeigten sich ab 1936. Zweifel über den Erfolg der Partei und ihrer Positionen tauschte Stricker mit einem der Mitbegründer aus, mit Meir Großmann, der in Tel Aviv lebte. Sie erwogen sogar, die Partei entweder aufzulösen oder sich wieder den *Revisionisten* anzunähern. Die

⁷⁵ In den Bezirken I–IV, VI–X und XVI–XX gab es Sektionen. Außerdem gab es noch welche in Leoben, Judenburg, St. Pölten, Güssing und Oberwart. Archiv der Österreichischen Judenstaatspartei, CZA, CM 462–463,1-2.

⁷⁶ Bulletin der Judenstaatspartei, 28.1.1934, S. 5f. Österreichische Judenstaatspartei an Meir Großmann, 28.12.1936. JIA, 35/2/59-P.

⁷⁷ Robert Stricker an Meir Großmann, 10.4.1934. JIA, 6/108/2/59-P.

⁷⁸ Archiv der Österreichischen Judenstaatspartei, CZA, CM 463,2.

⁷⁹ Robert Stricker an das Zentralbüro der Zionistischen Organisation in London, 6.6.1935. CZA, Z4/3311 IV.

Hauptprobleme waren für Stricker die unzureichende Organisation, verbunden mit einem schwachen Profil und latentem Geldmangel. Eine Zusammenarbeit mit den *Revisionisten* kam zunächst aber nicht zu Stande, weil Jabotinsky nicht in den *Zionistischen Weltkongress* zurück wollte.⁸⁰ Indessen verschlechterte sich die Position der *Judenstaatspartei* durch einen Konflikt mit der Exekutive des *Zionistischen Weltkongresses*.⁸¹ In Österreich steckte die *Judenstaatspartei* Anfang 1938 tief in der Krise, welche durch die schwer defizitäre Zeitung die *Neue Welt* noch verschärft wurde. Stricker versuchte, die finanzielle Sanierung durch eine Kooperation mit den *Revisionisten* zu erreichen, die grundsätzlich zustimmten. Anfang März 1938 gründeten beide Parteien ein gemeinsames Komitee, um ihre Arbeit besser koordinieren und gemeinsame Aktionen durchführen zu können.⁸² Wenige Tage später wurden diese Pläne durch den *Anschluss* zunichte gemacht. Die weltweite Krise der *Judenstaatspartei* wurde dadurch weiter verstärkt. Im Jahr 1939 war auch Großmanns Existenz in Palästina gefährdet, weshalb er mit seiner Familie in die USA ging.⁸³ Die *Judenstaatspartei* war somit eine marginale Gruppe geworden, die weder in Palästina noch in der Diaspora Einfluss hatte. Unter der Führung von Großmann waren in der *Judenstaatspartei* zwar viele bekannte und geachtete Zionisten tätig gewesen, jedoch mangelte es der Partei an einer breiten Gefolgschaft und klaren Positionen, die sie von anderen unterschieden hätte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als die *Revisionisten* im Jahr 1946 wieder in die Zionistische Weltorganisation eintraten, vereinigte sich die *Judenstaatspartei* mit den *Revisionisten*.⁸⁴

⁸⁰ Robert Stricker an Meir Großmann, 17.4.1936 und 20.3.1937. Meir Großmann an Robert Stricker, 4.2.1937. JIA, 6/108/2/59-P. Archiv der Österreichischen Judenstaatspartei, CZA, CM 463,2.

⁸¹ Archiv der Österreichischen Judenstaatspartei, CZA, CM 463,2.

⁸² Robert Stricker an Meir Großmann, 9.3. 1938. JIA, 6/108/2/59-P. Benjamin Akzin an Meir Großmann, 18.3.1938. JIA, 9/2/59-P.

⁸³ Meir Großmann an Robert Stricker, 17.4.1939. JIA, 6/108/2/59-P.

⁸⁴ Laqueur, *A History of Zionism*, S. 359.